



Plenarprotokoll

114. Sitzung

Mittwoch, 24. März 2021

Gedenken an die Opfer der Coronapandemie	8631	Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2882	
Mündlicher Bericht zur Ministerpräsidentenkonferenz am 22. März 2021.....	8631	Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	8632
Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2878		Psychische Gesundheit in der Pflege stärken.....	8633
Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	8632	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2868	
Lockdown-Folgen abmildern: Nachhaltige Hilfen für Beschäftigte in Kurzarbeit und für Unternehmen.....	8632	Ursachen heilen statt Symptome lindern.....	8633
		Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2886	

Gesundheitsprävention in der Pflege und im Krankenhaus.....	8633	Oliver Kumbartzky [FDP].....	8647
		Christian Dirschauer [SSW].....	8648
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2887		Beschluss: Der Berichts Antrag Drucksache 19/2852 (neu) hat durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden.....	8649
Christian Dirschauer [SSW].....	8633		
Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	8634		
Birte Pauls [SPD].....	8635		
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8636		
Dennys Bornhöft [FDP].....	8637		
Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	8638		
Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren.....	8639		
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2868 und des Alternativantrags Drucksache 19/2886 2. Annahme des Alternativantrags Drucksache 19/2887.....	8641		
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Durchführung von Abschnittskontrollen.....	8641		
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 19/2847			
Beschluss: Überweisung des Gesetzentwurfs federführend an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuss.....	8641		
Sachstand zur Geflügelpest in Schleswig-Holstein.....	8641		
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2852 (neu)			
Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.....	8641		
Heiner Rickers [CDU].....	8643		
Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	8644		
Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8645		
		Gemeinsame Beratung	
		a) Binnenlandtourismus stärken, Pandemiefolgen abmildern.....	8649
		Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2766	
		b) Tourismus besonnen wieder starten.....	8649
		Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2857	
		Regina Poersch [SPD].....	8649, 8659
		Klaus Jensen [CDU].....	8650
		Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8651
		Annabell Krämer [FDP].....	8653
		Christian Dirschauer [SSW].....	8654
		Völker Schnurrbusch [AfD].....	8655
		Anette Röttger [CDU].....	8656
		Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	8657
		Serpil Midyatli [SPD].....	8660
		Christopher Vogt [FDP].....	8660
		Lukas Kilian [CDU].....	8661
		Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	8662
		Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2766 2. Annahme des Antrags Drucksache 19/2857.....	8663
		Gemeinsame Beratung	
		a) Mündlicher Bericht zur Ministerpräsidentenkonferenz am 22. März 2021.....	8664
		Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2878	

b) Die digitale Kontaktnachverfolgung organisieren.....	8664	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/2816	
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2855			
Digitale Kontaktnachverfolgung zügig vorantreiben.....	8664	b) Bericht zur Situation der Medienlandschaft in Schleswig-Holstein.....	8695
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2883		Bericht der Landesregierung Drucksache 19/2650	
c) Lockdown-Folgen abmildern: Nachhaltige Hilfen für Beschäftigte in Kurzarbeit und für Unternehmen.....	8664	Daniel Günther, Ministerpräsident.	8695
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2882		Stefan Weber [SPD].....	8697
Daniel Günther, Ministerpräsident.	8664	Tim Brockmann [CDU].....	8698
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	8667, 8694	Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8700
Tobias Koch [CDU].....	8674	Jan Marcus Rossa [FDP].....	8702
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8678	Lars Harms [SSW].....	8703
Christopher Vogt [FDP].....	8681	Volker Schnurrbusch [AfD].....	8705
Lars Harms [SSW].....	8685		
Jörg Nobis [AfD].....	8689	Beschluss: 1. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/2816 an den Innen- und Rechtsausschuss	
Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	8690	2. Überweisung des Berichts Drucksache 19/2650 an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung.....	8706
Lukas Kilian [CDU].....	8690		
Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]....	8691		
Jan Marcus Rossa [FDP].....	8692		
Thomas Hölck [SPD].....	8693		
Beschluss: 1. Der Berichts Antrag Drucksache 19/2878 hat durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden			
2. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2855			
3. Annahme des Antrags Drucksache 19/2883			
4. Überweisung des Antrags Drucksache 19/2882 an den Wirtschaftsausschuss.....	8695		
Gemeinsame Beratung			
a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrags über den Norddeutschen Rundfunk (NDR-Staatsvertrag).....	8695		

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:10 Uhr**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ministerpräsident hat gerade den Ältestenrat darüber informiert, dass es um 11 Uhr eine Sonderministerpräsidentenkonferenz geben wird. Darauf hat auch Schleswig-Holstein gedrungen - ich tue das in Absprache mit dem Ministerpräsidenten gern kund, damit Sie und die Öffentlichkeit wissen, warum sich die Sachlage im Beratungsmodus des Landtags ändert -, weil es um den Kern der Dinge geht, die in der letzten Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen worden sind, nämlich um die Regelung der Ruhetage über Ostern. Wir alle wissen, dass mehr als Zweifel bestehen, ob das praktikabel ist.

(Beifall)

Ich versuche einmal, das mit der Zurückhaltung, die mir obliegt, zu formulieren.

Wir sind übereingekommen, dass wir vor dem Hintergrund nicht, wie es eigentlich geplant war, mit dem Bericht des Ministerpräsidenten über die Beschlüsse, die es gegeben hat, anfangen können. Wir haben die starke Hoffnung, dass es gelingt, da etwas abzuändern und zu einer vernünftigen und praktikablen Lösung zu kommen. Deswegen haben wir gesagt: Der Ältestenrat wird sich um 14:30 Uhr wieder treffen - wir wissen ja auch nicht, wie lange die Beratungen dauern -, um dann miteinander zu beraten, wie es heute Nachmittag zu diesem Tagesordnungspunkt weitergeht.

Da wir die Tagesordnung jetzt ändern und Punkte vom Nachmittag vorziehen müssen und wir alle wissen, dass das nicht einfach ad hoc geschehen kann, haben wir miteinander vereinbart, dass die Sitzung erst um 10:30 Uhr beginnt. Zumindest müssen die Kolleginnen und Kollegen, die dann all das, was für den Nachmittag geplant war, auf den Vormittag vorziehen müssen, die Chance haben, sich noch einmal ein bisschen zu sortieren. Ich freue mich im Übrigen über viele frei gehaltene Reden, die wir in diesem Zusammenhang hören werden.

(Heiterkeit und Beifall - Oliver Kumbartzky [FDP]: Welche Punkte werden vorgezogen?)

- Wir nehmen einfach den Nachmittag und ziehen ihn auf den Vormittag vor, in der Reihenfolge, wie es nachmittags gewesen wäre. Die Sitzung ist unterbrochen

(Präsident Klaus Schlie)

(Unterbrechung: 10:12 bis 10:36 Uhr)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne wieder die Sitzung, und wir steigen in den Ablauf der 46. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags ein. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt sind die Abgeordneten Anita Klahn, Claus Schaffer und Wolf Fehrs. Wir wünschen ihnen gute Genesung.

(Beifall)

Seitens der Landesregierung sind der Ministerpräsident - für die Teilnahme an der Ministerpräsidentenkonferenz heute Vormittag; Sie wissen es - sowie ab 12 Uhr die Finanzministerin Frau Heinold beurlaubt.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich Ihnen noch den Sachstand mitteilen; ich denke, dass die Parlamentarischen Geschäftsführer das geklärt haben. Wir beginnen mit der Beratung über Tagesordnungspunkt 31. Der Tagesordnungspunkt 42 - Mündlicher Bericht zum KI-Handlungsrahmen - soll auf die Sitzung am Donnerstag nach der Beratung über Tagesordnungspunkt 17 verschoben werden. Wir beraten nach Tagesordnungspunkt 31 über die Tagesordnungspunkte 21, 10 und 24 sowie über - wenn wir es heute Vormittag noch schaffen - Tagesordnungspunkt 28. Um 14:30 Uhr bitte ich Sie in den Schleswig-Holstein-Saal zur Ältestenratssitzung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Zu Beginn dieser Tagung, bei der wir uns erneut mit der Bewältigung und den Folgen der Coronapandemie beschäftigen, wollen wir gemeinsam an die Opfer erinnern, die diese Pandemie bis heute gefordert hat. Vor etwas mehr als einem Jahr, am 28. Februar 2020, bestätigte das Robert Koch-Institut eine erste Coronainfektion in Schleswig-Holstein. Das erste deutsche Todesopfer war ein Mann aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg, der am 8. März 2020 während seines Urlaubs in Ägypten verstarb.

Wir alle durchleben eine Zeit großer Unsicherheit, großer Sorgen und eine Zeit oft voller Einsamkeit. Wir haben viele Verstorbene zu betrauern, deren Tod noch schwerer zu ertragen ist, da man nicht richtig voneinander Abschied nehmen kann, sich

am Sterbebett nicht mehr aussprechen, bedanken oder ein letztes Mal sehen kann.

Es fehlt auch die persönliche Begegnung, die persönliche Beileidsbekundung, das Mitgefühl bei der Trauerfeier, weil Familienmitglieder, Freundinnen und Freunde nicht so teilnehmen können, wie es in normalen Zeiten üblich gewesen wäre.

Wir trauern um die Verstorbenen. Und wir hoffen mit allen, die um ihr Leben kämpfen. Ihnen wünschen wir, dass sie schnell wieder gesund werden. Wir sind bei allen, die aufgrund der Pandemie um die Gesundheit ihrer Lieben, um ihre wirtschaftliche Existenz oder um die Zukunft ihrer Kinder bangen.

Wir sind zutiefst all jenen dankbar, die durch ihren Einsatz im Gesundheitswesen, in der Pflege, in Betreuung- und Bildungseinrichtungen, bei der Polizei, bei der Feuerwehr, im Rettungsdienst und in der Forschung dafür sorgen, dass unser Gemeinwesen weiter funktioniert. Wir sind auch allen anderen dankbar, die Tag für Tag Risiken auf sich nehmen, um in allen Lebensbereichen den Betrieb aufrechtzuerhalten, die Grundversorgung zu garantieren, anderen Mut zu machen und die Zukunft zu sichern. Anerkennende Worte allein sind für deren Engagement bei Weitem nicht genug. Wir wissen das.

Die Pandemie mutet uns allen Ungeheures zu. Sie ist noch nicht besiegt. Doch es gibt einen deutlichen Lichtstreifen am Horizont. Ein entscheidender Schritt ist die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, die zur Bekämpfung der Pandemie ergriffenen Maßnahmen mitzutragen. Für ihre Disziplin und ihre Solidarität mit den Schwachen und den Gefährdeten kann ihnen nicht oft genug gedankt werden.

Meine Damen und Herren, am 18. April 2021 wird der Herr Bundespräsident und mit ihm ganz Deutschland bei einer zentralen Veranstaltung all derer gedenken, die seit Beginn der Pandemie an oder mit Corona gestorben sind.

Heute, ein Jahr nach Beginn der Pandemie in Schleswig-Holstein, wollen wir innehalten und uns in aller Stille an die Opfer erinnern, die wir auf vielen Feldern zu beklagen haben. Ich bitte Sie um einen Augenblick der inneren Einkehr. - Ich danke Ihnen.

Mündlicher Bericht zur Ministerpräsidentenkonferenz am 22. März 2021

(Präsident Klaus Schlie)

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2878

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und die Abgeordneten des SSW haben im Wege der Dringlichkeit mit der Drucksache 19/2878 einen Dringlichkeitsantrag „Mündlicher Bericht zur Ministerpräsidentenkonferenz am 22. März 2021“ vorgelegt. Wir müssen über die Dringlichkeit abstimmen. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer stimmt der Dringlichkeit zu? - Das ist einstimmig so beschlossen. Die Dringlichkeit wird mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit bejaht. Wir werden heute Mittag beraten, wie wir mit dem Punkt umgehen.

Lockdown-Folgen abmildern: Nachhaltige Hilfen für Beschäftigte in Kurzarbeit und für Unternehmen

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2882

Weiter hat die Fraktion der SPD im Wege der Dringlichkeit mit der Drucksache 19/2882 einen Dringlichkeitsantrag „Lockdown-Folgen abmildern: Nachhaltige Hilfen für Beschäftigte in Kurzarbeit und für Unternehmen“ vorgelegt. Ich denke, dass auch hier das Wort zur Begründung nicht gewünscht wird.

Wer auch hier der Dringlichkeit zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, dass das wiederum einstimmig so geschehen ist. Dann werden wir auch damit so verfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln - die Reihenfolge habe ich eben aufgrund der besonderen Situation in der veränderten Form dargestellt -: Zu den Tagesordnungspunkten 6 bis 8, 26 und 38 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 12, 16, 23, 27, 40, 41, 44 und 47.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 2 und 4 - Gesetze zur Änderung

der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften -, die Punkte 5 und 43 - Gesetz zum Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk und Bericht zur Situation der Medienlandschaft in Schleswig-Holstein -, die Punkte 9, 36, 39 und 46 - Europabericht und europapolitische Anträge -, die Punkte 10 und 24 - Binnenlandtourismus stärken, Pandemiefolgen abmildern, Tourismus besonnen wieder starten -, die Punkte 18, 19 und 37 - Landeselternvertretungen und Landeschülervertretungen stärken, weitere Unterstützungsmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler -, die Punkte 20 und 45 - Altem und neuem Rassismus den Nährboden entziehen - Diskriminierung vorbeugen und Mündlicher Bericht zur Umsetzung des Aktionsplans gegen Rassismus sowie die Punkte 36 a, 22 und 36 b - Mündlicher Bericht zur Ministerpräsidentenkonferenz am 22. März 2021 und natürlich aktuell zum Ergebnis der heutigen Ministerpräsidentenkonferenz, Antrag zur digitalen Kontaktnachverfolgung und Antrag „Lockdown-Folgen abmildern“.

Ein Antrag zu einer Fragestunde oder zu einer Aktuellen Stunde liegt nicht vor. Wann wir nach dem, was ich Ihnen eben mitgeteilt habe, die weiteren Tagesordnungspunkte aufrufen, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht oder aus der jetzt notwendigerweise zu ändernden Abfolge.

Wir werden heute und morgen unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr und Freitag ohne Mittagspause bis circa 15 Uhr tagen. Der Termin ist fix. Sie wissen, das haben wir im Ältestenrat aufgrund einer weiteren Notwendigkeit, die sich im Anschluss daran ergibt, miteinander vereinbart. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Ich begrüße die auf der Tribüne erschienenen Besucherinnen und Besucher ganz herzlich bei uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag. - Seien Sie uns willkommen!

(Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, will ich doch die Gelegenheit wahrnehmen, weil es nicht so oft vorkommt, dass wir an so einem Tag hier zusammenkommen, auf Folgendes hinzuweisen: Am 24. März 1996 hat eine Landtagswahl stattgefunden. Seinerzeit ist unter anderem der Kollege Baasch gewählt worden, der dem Landtag seit nunmehr 25 Jahren angehört. - Lieber Wolfgang, herzlichen Glückwunsch dazu!

(Beifall)

(Präsident Klaus Schlie)

Ich will wegen der Historie nicht unerwähnt lassen, dass seinerzeit noch ein anderer Abgeordneter gewählt worden ist. Dieser hat es aber nicht 25 Jahre als Abgeordneter ausgehalten und musste zwischendurch noch etwas anderes machen. Der sitzt hier oben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

Psychische Gesundheit in der Pflege stärken

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2868

Ursachen heilen statt Symptome lindern

Alternativantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2886

Gesundheitsprävention in der Pflege und im Krankenhaus

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2887

Ich sehe, das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer.

Christian Dirschauer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für mein Gefühl ist das Bild vom „Brennglas Corona“, das gesellschaftliche Missstände verdeutlicht, ziemlich überstrapaziert. Aber es gibt nun einmal Themen, auf die dieses Bild exakt zutrifft. Hierzu zählen für mich und meine Partei die Situation auf Intensivstationen, aber auch in Altenheimen und Krankenhäusern insgesamt. Aus unserer Sicht ist das, was die Menschen in Pflegejobs tagtäglich leisten, wirklich beeindruckend. Dieser Einsatz verdient auch ohne erschwerte Bedingungen einer Pandemie unseren größten Respekt und unsere Anerkennung. Für diese Arbeit möchte ich mich an dieser Stelle aufrichtig bedanken.

(Beifall)

Leider müssen wir spätestens jetzt, nach einem Jahr Coronakrise, erkennen, dass ausgerechnet die Gruppe der Pflegenden besonders stark belastet ist, und noch dazu in mehrfacher Hinsicht, denn Pflegefachkräfte infizieren sich nicht nur überproportional

häufig mit dem Virus, auch ihr Arbeitsalltag in Heimen und Kliniken hat sich durch die Pandemie gravierend verändert.

Nicht nur auf den Intensivstationen nimmt die Arbeitsverdichtung zu. Bei vielen Pflegenden wächst die Zahl der Überstunden immer weiter. Nach dem, was ich an Rückmeldungen bekomme, ist die Arbeitsbelastung in vielen Einrichtungen mittlerweile wirklich mehr als grenzwertig. Pflege ist ein echter Knochenjob, und es ist kein Geheimnis, dass Pflegenden viel zu oft auch psychisch sehr belastet sind. Die Krankenstände sind deutlich höher als bei anderen Berufsgruppen.

Deshalb wurden die Rahmen- und Arbeitsbedingungen in der Pflege auch hier im Landtag immer wieder diskutiert. Doch geändert hat sich bisher wenig. Die Arbeitsbelastung bleibt hoch und die Wertschätzung gering. Aus unserer Sicht muss aber spätestens durch die Erfahrung des vergangenen Jahres allen klar sein, dass es so nicht weitergehen kann und darf. Wir können nicht nur darauf warten, dass der Bund endlich liefert und zum Beispiel für eine verbindlichere Personalbemessung sorgt. Wir müssen auch als Land mehr tun, um die Situation für unsere Pflegekräfte zu verbessern.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Mit unserem Antrag wollen wir hier einen Beitrag leisten und den Blick auf die psychische Gesundheit von Pflegekräften lenken. Unsere Vorschläge beziehen sich also auf einen sehr wichtigen Aspekt des Pflegeberufs, aber es ist natürlich nur ein Teilbereich. Und doch ist die Frage der psychischen Gesundheit von Pflegenden in diesen Zeiten wichtiger denn je, denn viele sind seit Monaten in einer Extremsituation. Corona stellt sie längst nicht nur beruflich vor neue Herausforderungen. Neben dem ohnehin hohen Druck leben sie zusätzlich mit der Angst, nicht nur sich selbst, sondern auch Familie und Freunde anzustecken. Ich kann gut verstehen, dass diese Doppelbelastung für viele kaum noch zu ertragen ist.

Daraus folgt für uns, dass wir möglichst viele pflegende Menschen besser vor psychischen Belastungen und Erkrankungen schützen müssen: nicht nur, aber auch unter den verschärften Bedingungen einer Pandemie. Hierfür brauchen wir eine Art Früherkennungs- oder Frühwarnsystem, das stressbedingte Erkrankungen schon in einem frühen Stadium aufdeckt. Pflege-, Assistenz- und Betreuungskräfte müssen flächendeckend Zugang zu Schulungen und im Zweifel auch zu psychologischer Betreuung haben. Wir hoffen, dass wir am Ende zu ei-

(Christian Dirschauer)

ner landeseigenen Strategie und einem Präventionsprogramm kommen, das die psychische Gesundheit unserer Pflegekräfte dauerhaft fördert.

Ich habe schon angedeutet, dass wir mit unserer Initiative längst nicht alle Probleme rund um das Thema Pflege in den Blick nehmen können. Es gibt auch andere große Herausforderungen. Wir dürfen zum Beispiel auch die Gruppe der pflegenden Angehörigen nicht vergessen, die fast zwei Drittel aller Pflegebedürftigen versorgt. Für sie gibt es zwar wertvolle Hilfe durch die Pflegestützpunkte oder die Verbraucherzentrale, aber auch diese Gruppe steht immer stärker unter Druck. Laut einer aktuellen Umfrage des Bundesverbands pflegender Angehöriger haben sich der gesundheitliche Zustand und die Lebensqualität bei 52 % der Befragten deutlich verschlechtert. Diese Entwicklung ist in meinen Augen alarmierend; auch hier müssen wir zeitnah versuchen, zu Entlastungen zu kommen.

Der vorliegende Antrag fordert also nur einige von vielen wichtigen Maßnahmen. Und doch ist eine eigene Strategie des Landes zur Förderung der psychischen Gesundheit gerade jetzt ein wirklich wichtiger und richtiger Schritt. Ich hoffe, dass wir hier möglichst schnell einen gemeinsamen Weg finden, um die Situation der Pflegenden zumindest ein Stück weit zu verbessern. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wie wichtig die Gesundheit ist, merkt man oft erst, wenn man selbst erkrankt ist. Da zeigt sich, wie wahr das Sprichwort ist: Ein gesunder Mensch hat viele Wünsche - ein Kranker jedoch nur einen: gesund zu werden.

Deswegen müssen wir uns als Gesellschaft dafür einsetzen, dass die Menschen gesund bleiben und im Falle von gesundheitlichen Beeinträchtigungen schnell wieder gesund werden oder Präventionsangebote erhalten und diese auch in Anspruch nehmen.

Seit längerer Zeit ist uns bekannt, dass gerade in der Berufsgruppe der Pflege die Krankenfehlzeiten überdurchschnittlich hoch sind. Das dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Gerade diese Menschen, die sich um uns kümmern, wenn wir ihre

Hilfe und Unterstützung brauchen, benötigen auch unsere Unterstützung und Hilfe, wenn sie krank werden oder Gefahr laufen, krank zu werden, weil die Arbeit sie krank macht. Das hat für uns eine große Bedeutung, und deswegen haben wir, die Jamaika-Fraktionen, auch bereits im Februar-Plenum einen Antrag für gute Arbeitsbedingungen auf Intensivstationen gestellt. Das schließt für uns selbstverständlich auch die Gesundheitsprävention ein. Dieser Bedarf ist bereits auf Bundesebene lokalisiert worden. Es gibt da ganz hervorragende Maßnahmen, die im Pflegepersonal-Stärkungsgesetz verankert worden sind.

Neben vielen weiteren sinnvollen Entlastungsmaßnahmen wie Entbürokratisierung, Digitalisierung, Hilfe zur Selbsthilfe und einer besseren Zusammenarbeit mit den Hausärzten bezog sich eine Änderung ganz konkret auf die gesundheitliche Prävention. „Möglichst dauerhaft und lange fit bleiben - betriebliche Gesundheitsförderung für Pflegekräfte“ ist hier als ein Ziel des Gesetzes definiert.

Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen brauchen Unterstützung bei der betrieblichen Gesundheitsförderung. Gerade hier sind die psychischen und körperlichen Belastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immens. Deshalb werden die Krankenkassen dazu verpflichtet, zusätzlich mehr als 70 Millionen € jährlich speziell für die Leistungen zur betrieblichen Gesundheitsförderung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen aufzuwenden. Hier bei uns in Schleswig-Holstein haben die Beteiligten daraus ableitend schon sehr gute Strukturen geschaffen, und es werden laufend neue Projekte umgesetzt. Zu dieser Vielfalt der Angebote beraten die Krankenkassen und auch die regionale Koordinierungsstelle zur betrieblichen Gesundheitsförderung.

Es gibt an die Pflegebetriebe gerichtete Förderungen, die sich auf die individuellen Strukturen und Organisationsabläufe anpassen lassen können, und es gibt auch Fortbildungen, die sich an Führungspersonen richten, damit diese den Bedarf bei den Mitarbeitenden erkennen lernen. Es stehen diverse Netzwerke der Krankenkassen für eine gemeinsame Abstimmung solcher Konzepte zur Verfügung. Daneben gibt es einen Handlungsleitfaden in Kooperation mit dem Sozialministerium, um die Gesundheit und Arbeitssituation von Pflegekräften deutlich zu verbessern. Hier kann die Handreichung „Starke Pflege durch gesunde Mitarbeitende“ helfen, eine Strategie für das betriebliche Gesundheitsmanagement zu finden. In einem sind wir uns dann doch mit Sicherheit einig: Wir werden die Gesundheit

(Katja Rathje-Hoffmann)

derjenigen, die besonders in schlechten und anstrengenden Zeiten wie jetzt für uns da sind, so gut es geht schützen.

Wir sind allerdings der Meinung, dass neben den bestehenden und guten Strukturen, die zugegebenermaßen bis jetzt noch nicht ausreichend genutzt werden konnten, nicht noch zusätzlich parallele Angebote entstehen müssen. Zurzeit bestimmt das Pandemiegeschehen leider gnadenlos den Alltag. Und doch sind gesundheitliche Unterstützungsangebote für Pflegekräfte - aufgrund dieser Herausforderung lieber gestern als morgen - dringend erforderlich. Die vorgesehenen Angebote müssen in Anspruch genommen werden, damit sie sich etablieren können. So manches Angebot ist noch nicht bekannt genug. Ich denke, daran sollten wir arbeiten, denn die Mittel und Angebote sind vorhanden. Sie müssen nur genutzt werden. Deswegen lehnen wir den SSW-Antrag und den Antrag der Fraktion der SPD ab und werden unserem Antrag zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn das aus einem schlechten Anlass heraus so ist, freue ich mich, dass es die Pflege mal wieder auf Mittwochmorgen, 10:30 Uhr, ins Plenum geschafft hat.

Ein chronischer Bluthochdruck kann zu erheblichen Schäden an Organen und Gefäßen führen. Man kann ihn dauerhaft mit Medikamenten behandeln, die ebenfalls Spätfolgen nach sich ziehen können, oder man kann eben auch die Ursachen bekämpfen. Genauso sollten wir es mit dem System kranker Pflege tun: nicht Symptome lindern, sondern die Ursachen bekämpfen. Pflegenden erleiden in den meisten beruflichen Tätigkeitsfeldern eine dauerhafte physische und psychische Belastung. Sie stehen unter einem enormen wirtschaftlichen Druck, ihre Arbeitsabläufe unterliegen dem ökonomischen Diktat eines profitorientierten Gesundheitswesens. Nicht die Fachlichkeit darf das Handeln bestimmen, sondern der Profit. Die Pflege ist fremdbestimmt. Die Schere zwischen dem fachlichen und humanitären Anspruch auf der einen Seite und dem wirtschaftlichen Druck auf der anderen Seite klafft im-

mer weiter auseinander. Genau das ist, was die Kolleginnen und Kollegen krankt macht.

(Beifall Bernd Heinemann [SPD] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Versuche, sich mit mehr Eigenverantwortung aus den Klammern der Fremdbestimmung zu befreien, werden von arbeitgeberfreundlichen Parteien wie der FDP bekämpft. Das Ergebnis werden wir morgen sehen, das ist die sich seit Jahrzehnten ständig verschärfende Arbeitssituation der meisten Pflegenden. Corona hat hier nur als Brennglas gewirkt. Das ist der Grund, warum zu viele den Beruf frühzeitig verlassen, sich Nischen in beratenden Funktionen oder Auswege durch Zeitarbeit suchen, wo sie Tempo und Limit selbst bestimmen können.

Das Resultat - der Fachkräftemangel - ist das beherrschende Thema in der Pflege mit all den Auswirkungen auf Qualität und Sicherheit für die zu Pflegenden und mit all den zusätzlichen Belastungen für die verbleibenden Pflegenden in den Abteilungen.

Ein weiteres Fazit dieser Arbeitsbedingungen ist die im Vergleich zu anderen Berufen überdurchschnittlich hohe Anzahl von Krankheitstagen und Frühverrentung. Wir haben durch die Kleine Anfrage auch zu wissen bekommen, dass es hohe Zahlen von Coronainfektionen in der Pflege gegeben hat. Laut einer Umfrage der Pflegeberufekammer unter ihren Mitgliedern arbeiten nur 41 % in Vollzeit, weil sie es gar nicht anders aushalten können. Altersarmut ist damit vorprogrammiert, viele leiden an Depressionen.

Die Punkte, die der SSW in seinem Antrag dankenswerterweise zur Gesundheitsprävention aufzählt, sollten eigentlich für jeden halbwegs verantwortungsvollen Arbeitgeber eine Selbstverständlichkeit sein - wie gesagt, nicht erst in Zeiten einer Pandemie. Die Große Anfrage der SPD zum Thema Arbeitsschutz macht die Lücken auch an dieser Stelle deutlich. Die Landesregierung wird ihrer Aufgabe in Sachen Arbeitsschutz nicht gerecht.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Was ist das für ein Trugschluss!)

Wir sollten uns nicht darauf konzentrieren, die Symptome einer jahrelangen Belastung zu lindern, sondern wir sollten endlich die Ursachen für den Dauerstress mit all seinen Folgen bekämpfen. Dafür braucht es schlichtweg mehr Personal.

(Beifall SPD)

(Birte Pauls)

Berechnungen ergeben, dass es 20 % bis 30 % mehr Personal braucht, um diese Ursachen zu beheben. Dazu gehört zum Beispiel die sofortige Umsetzung eines gesetzlichen Personalbemessungsschlüssels, der in allen Bereichen der ambulanten und stationären Pflege fachlich begründet ist und aufzeigt, zu welcher Zeit wie viele Personen mit welcher Qualifikation in welchen Abteilungen, Stationen und Wohnbereichen verlässlich vorhanden sein müssen. Ein Frei muss ein Frei bedeuten, ein Urlaub muss Urlaub sein. Darauf müssen sie sich verlassen können. Gebt den Pflegenden endlich die Möglichkeit, so zu arbeiten, wie ihre Fachlichkeit und ihr humanitärer Anspruch es ihnen vorgeben, und nicht wie der Betriebswirt es ihnen ins Ohr flüstert!

(Beifall SPD und SSW)

Dann steigt auch die Arbeitszufriedenheit wieder. Eine dauerhafte finanzielle Wertschätzung durch ein Einstiegsgehalt von circa 4.000 € und eine wirklich spürbare Erhöhung von Zulagen für familienunfreundliche und ungesunde Schichten werden ebenfalls helfen, dem Ansehen dieses eigentlich hervorragenden Berufs Rechnung zu tragen. Kekse, Applaus und ungerecht ausgezahlte Einmalzahlungen - das ist nicht der Anker, der die Pflege an dieser Stelle rettet.

Schauen wir aber noch einmal auf Deutschlands größten Pflegedienst, die pflegenden Angehörigen. In Kooperation mit der DAK-Gesundheit, dem Verein „Wir pflegen“ sind im September 2020 berufstätige pflegende Angehörige zur aktuellen Situation befragt worden. Ihre Pflegebelastung hat über alle Dimensionen hinweg zugenommen. Die Versorgungssituation hat sich verändert, die Pflege ist zeitlich aufwendiger geworden, weil professionelle Hilfen nicht mehr in gewohntem Umfang in Anspruch genommen werden können. Die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ist noch schwieriger geworden. Auch dadurch hat sich der Gesundheitszustand für viele der Betroffenen erheblich verändert, und sie leiden unter Einsamkeit.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir dieses wichtige und durch immer wieder Applaus begleitete Thema heute nicht einfach so abstimmen, sondern in den Ausschuss überweisen. Wir führen dort noch eine Anhörung zum Thema Arbeitsschutz durch. Ich finde, die Pflege ist es wert. Bitte lassen Sie uns die Zeit nehmen, darüber ausführlich zu debattieren. - Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gesundheit ist für uns alle ein hohes Gut. Zur Gesundheit gehört auch die psychische Gesundheit. Es gibt aber viele Arbeitsplätze, bei denen die psychische Gesundheit stark belastet wird. Es ist ganz eindeutig - die Kolleginnen haben das gerade eben schon gesagt -, dass die Pflege vor der Pandemie schon dazu gehört hat. In der Pandemie ist die Situation leider noch viel schlimmer geworden. Sie hat sich zugespitzt und führt zu einer massiven Zunahme der Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege. Als Ausgleich gibt es kaum Kontakte, kaum Möglichkeiten, Sport zu treiben, keinen Urlaub, kein Essen gehen oder keine Ausübung von Hobbys, dafür allerdings für viele - gerade für die Frauen - Homeoffice, Homeschooling und nur ein virtuelles Miteinander. Ein Jahr Corona geht an niemandem spurlos vorbei, und diejenigen, die sich tagtäglich um Patientinnen und Patienten kümmern, die an Corona erkrankt sind - in den Kliniken, in den Praxen und in den ambulanten Bereichen -, stehen jeden Tag unter einem fürchterlichen Druck.

Eines ist auch ganz klar: Die Corona-Hygienemaßnahmen müssen eingehalten werden, aber die machen die Arbeit noch schwerer und noch anstrengender. Die Zeit, die vorher schon viel zu knapp war - natürlich hat das mit der Personalbemessung zu tun -, ist noch knapper geworden. Wir haben bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern allerdings auch viele, die immer wieder - jeden Tag - über ihre Grenzen hinausgehen, weil sie anderen Menschen helfen wollen. Das zerreißt sie innerlich. Das hat die Kollegin Pauls gerade eben schon gesagt: Pausen können nicht eingehalten werden, freie Wochenenden können nicht genommen werden; sobald eine Kollegin oder ein Kollege ausfällt, muss eingesprungen werden. Der tägliche Umgang ist eine enorme Belastung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dazu kommt noch, dass in der Phase, wo noch nicht alle geimpft sind, die Sorge groß ist, sich selbst zu infizieren und - bei vielen die noch viel größere Sorge - die Infektion mit nach Hause zu tragen und die eigene Familie zu gefährden. Auch diese Sorgen dauern jetzt seit zwölf Monaten an und machen die Situation schlimmer und schlimmer. Deswegen finde ich es gut - vielen Dank an die Kolleginnen und Kolle-

(Dr. Marret Bohn)

gen vom SSW -, dass das Thema hier noch einmal aufgebracht wird.

Ich muss allerdings auch sagen, dass ich an einer Stelle deutlich enttäuscht bin: kein Satz, kein Wort, keine Silbe zu den Ärztinnen und Ärzten. Das verstehe ich nicht, weil für sie genauso wie für das Pflegepersonal gilt, dass auf ihren Schultern eine enorme Verantwortung lastet. Stellen Sie sich einmal vor, Sie haben vier Beatmungsgeräte, aber es sind fünf Patientinnen und Patienten da, die eins benötigen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich glaube, in diese Situation wollen wir alle nicht kommen. Eines ist auch klar: Zusätzlich zu den Ärztinnen und Ärzten geht es auch um die medizinischen Fachangestellten in den Praxen. Haben Sie gesehen, wie hoch der Krankenstand dort ist? - Die haben sich auch mit Corona infiziert. Es gibt viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Physiotherapie, in der Ergotherapie. Es geht um sie alle, da ist es richtig - da sind wir beieinander -, dass Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gut für ihre Mitarbeiter sorgen. Sie müssen vor dem Auftreten von Problemen schon für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter da sein, Lösungen anbieten, Ansprechpartner vor Ort haben. Sie sehen, dass das Sozialministerium dort, wo es zuständig ist, auch schon tätig geworden ist.

Aber auch wir als Gesellschaft sind in der Verantwortung. Da dürfen wir uns nicht wegducken. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wenn eines durch die Coronapandemie klar geworden ist, dann ist das, dass es danach so nicht weitergehen darf. Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen. Ich sage Ihnen auch ganz deutlich: Präventions- und Hilfsangebote sind gut, aber der Schlüssel für die Reduzierung der Arbeitsbelastung ist ausreichendes Personal. Wir brauchen mehr Auszubildende, wir brauchen mehr Pflegekräfte, wir brauchen mehr Ärztinnen und Ärzte, und wir brauchen insbesondere auf den hochbelasteten Stationen einen klaren Personalschlüssel. Das ist völlig klar.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ein guter Zeitpunkt, sich an dieser Stelle bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gesundheitswesen für die tägliche Arbeit zu bedanken, die sie für uns alle leisten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, Wolfgang Baasch [SPD] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jede sechste Pflegekraft überlegt, aus dem Beruf auszusteigen - so titelte vor einigen Wochen die überregionale Presse. Zeitgleich forderte ein bayrischer Ministerpräsident, dass Pflegekräfte gegen Corona zwangsgeimpft werden müssten, weil dort nicht die erhofften 80 % ihre Impfbereitschaft gezeigt hätten.

Wenn Begriffe wie „Pflexit“, der Aufruf zum Berufsausstieg, oder wie diese Woche „#pflegeteuchdochselbst“ in den sozialen Netzwerken durch Pflegenden selbst trenden, ist das ein sehr großes Alarmsignal. Da Pflegekräfte coronabedingt nicht mehr mit Hunderten oder Tausenden Leuten vor Landeparlamenten oder dem Bundestag demonstrieren können, verlagert sich auch dieser Protest ins Digitale. Der Unmut vieler Pflegekräfte über mehrere Dinge, die ihren Berufsstand betreffen, hat sich nicht gemindert, er äußert sich nur anders.

Aber auch ganz individuelle widrige Umstände sind natürlich ein Grund, nicht nur den Arbeitgeber zu wechseln, sondern einer Branche gänzlich den Rücken zu kehren. Der individuelle Umstand, der mit das Wertvollste ist, was man selber hat, ist die eigene Gesundheit; darüber sprechen wir heute.

Erschöpfung, Burnout, Stress - nicht erst seit Corona leiden Pflegekräfte unter psychischer Belastung und Ausfallerscheinungen. Eine Studie, die an der Universität Augsburg im vergangenen Jahr durchgeführt und veröffentlicht wurde, bestätigt diesen Zustand: Die sowieso schon hohe psychische Belastung der Pflegekräfte ist durch die Sorge um sich selbst, die Familie und sonstige Angehörige, aber auch durch das erhöhte Infektionsrisiko und den Arbeitsaufwand deutlich gestiegen.

Die Pflegekräfte leisten Außerordentliches und sind selbst außerordentlich hohen Belastungen ausgesetzt. Ich möchte den Pflegekräften für meine Fraktion großen Dank nicht nur für die letzten zwölf Monate, sondern für die gesamte Zeit aussprechen. Vielen Dank für Ihren Einsatz mit allen Entbehrungen, die Sie dadurch hatten!

(Dennys Bornhöft)

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Es gibt viele wissenschaftliche Auseinandersetzungen zu diesem Thema, und eine gute Nachricht gibt es darin gleichermaßen: Die meisten Krankheiten und Erscheinungsbilder sind behandelbar, besser aber natürlich vermeidbar. Das Offenkundigste ist, Arbeitsbedingungen und eine Arbeitsatmosphäre vorzuhalten, die zu weniger Stress im Job führen; das wäre Prophylaxe. Wenn das nicht klappt und die Belastung überschritten wird, gibt es andere Möglichkeiten zur Linderung, zum Beispiel psychotherapeutische Behandlung, um Erkrankungen rechtzeitig zu behandeln. Natürlich ist das nur eine nachrangige Lösung, schließlich lässt sich auch eine hohe Arbeitsbelastung nicht durch Therapiegespräche verhindern oder wegreden.

(Beifall FDP)

Betriebliches Gesundheitsmanagement ist daher nicht nur ein Buzzword, sondern muss insbesondere in personalintensiven Bereichen gelebt werden. Dies gilt umso mehr für Bereiche, die selbst für die Gesunderhaltung anderer Menschen verantwortlich sind.

Dies hat auch der Bundesgesetzgeber so gesehen und beim Pflegepersonalstärkungsgesetz Vorgaben für das Gesundheitsmanagement im Pflegebereich gemacht. Das Bundesgesundheitsministerium selbst schreibt hierzu, dass hierfür zusätzlich 70 Millionen € jährlich von den Krankenversicherungen aufzuwenden sind. Ich zitiere das Gesundheitsministerium auf Bundesebene:

„Der heute für diese Leistungen gesetzlich vorgesehene Mindestausgabewert in Höhe von 2,15 € jährlich je Versicherten wird auf 3,15 € erhöht. Damit erhält die betriebliche Gesundheitsförderung einen Schub, der mit gesunden, motivierten und zufriedenen Beschäftigten letztlich den Patientinnen und Patienten und den pflegebedürftigen Menschen zugutekommt.“

Der Wortlaut, 1 € mehr pro Jahr und Mensch und der Schub, erinnert mich ein bisschen an die Bazooka-Rhetorik der Bundesregierung.

(Beifall FDP)

Eine Erhöhung um 50 % klingt hoch, aber es wird abzuwarten sein, wie sich dies in entsprechenden statistischen Erhebungen positiv auswirkt. Da das Gesetz erst ein gutes Jahr alt ist, ist es noch zu früh, darüber abschließend zu urteilen; ich bleibe aber skeptisch.

Ein funktionierendes Betriebliches Gesundheitsmanagement ist auch ein Wettbewerbsvorteil um knappes Fachpersonal. Des Weiteren sorgt es dafür - wenn man es richtig anwendet -, dass es weniger Krankheitstage gibt, was wiederum für verlässlichere Dienstpläne sorgt und sich auf die Belegschaft positiv auswirkt. Jeder Arbeitgeber, der das nicht so sieht und nicht so handhabt, ist meiner Meinung nach falsch davor. Es ist Aufgabe des Arbeitgebers, das vorzuleben.

(Beifall FDP)

Auch wenn wir heute primär über psychische Gesundheit in der Pflege sprechen, ist auch die physische Gesundheit bei dieser schweren körperlichen Arbeit nicht zu unterschätzen. In Teilen kann es sich sogar gegenseitig bedingen. Deswegen ist der Einsatz von technischen Hilfsmitteln, zum Beispiel um das Heben von Patienten zu unterstützen und Rückenschmerzen zu vermeiden - wir haben das in dieser Legislaturperiode schon besprochen -, ein richtiger Ansatz, Robotik, nicht um Bestandspersonal zu ersetzen, sondern um Bestandspersonal zu helfen.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie uns daran arbeiten und die Diskussion fortführen, die rechtlichen und finanziellen Bedingungen im Sinne der Gesundheit und der Berufszufriedenheit in der Pflege zu stärken. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Heiner Dunckel.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist sicherlich wichtig und von besonderer Bedeutung, und wir haben gerade eine Reihe von Maßnahmen gehört und gelesen. Dass wir das Thema heute hier so behandeln, verweist eigentlich auf ein Versagen des staatlichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes.

(Beifall Birte Pauls [SPD])

Wir haben seit fast 25 Jahren ein Arbeitsschutzgesetz. Dieses Arbeits- und Gesundheitsschutzgesetz verpflichtet den Arbeitgeber, Maßnahmen zu ergrei-

(Dr. Heiner Dunckel)

fen. Eigentlich braucht es diese Diskussion gar nicht, und wir brauchten auch gar nicht an die Arbeitgeber zu appellieren; sie müssen einfach nur nach dem Gesetz handeln. Da dem einen oder anderen offensichtlich nicht mehr ganz klar ist, was im Gesetz steht, erlaube ich mir, das eine oder andere zu zitieren und in Erinnerung zu rufen. Ich fange damit an:

„Dieses Gesetz dient dazu, Sicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten bei der Arbeit durch Maßnahmen des Arbeitsschutzes zu sichern und zu verbessern. ... Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die erforderlichen Maßnahmen unter Berücksichtigung der Umstände zu treffen, die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten bei der Arbeit beeinflussen. ... Die Arbeit ist so zu gestalten, dass eine Gefährdung für das Leben sowie die physische und die psychische Gesundheit möglichst vermieden ... wird ...“

Der Arbeitgeber hat bei der Beurteilung der Arbeitsbedingungen die psychischen Belastungen bei der Arbeit besonders zu berücksichtigen.

Das steht im Gesetz. Dieses Gesetz gilt selbstverständlich auch für das Pflegepersonal; es gilt selbstverständlich für Krankenhäuser, für Altenpflegeeinrichtungen, für alle Einrichtungen, in denen Arbeit erledigt werden muss.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Insofern ist nur die Frage: Wann wird von den Arbeitgebern endlich das gemacht, was sie nach dem Gesetz zu machen haben?

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Oder von der Landesregierung!)

- Ja, das ist der andere Punkt. Ein Versagen des staatlichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes bedeutet auch, dass die Arbeitgeber es offensichtlich nicht machen, weil Versäumnisse praktisch nicht sanktioniert werden. Auch das haben wir schon öfter gefordert: Es muss mehr kontrolliert werden, es muss mehr sanktioniert werden. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung: Ich bin der Abgeordneten Bohn ausgesprochen dankbar dafür, dass sie noch einmal klargemacht hat, dass wir sämtliche Menschen, die an der Versorgung beteiligt sind, mitdenken sollten: Ärztinnen und Ärzte, Pflegende sowie medizinisches und nicht medizinisches Fachpersonal.

Die Pflege und Versorgung in den Krankenhäusern, in den Arztpraxen, in den Pflegeheimen, von den ambulanten Pflegediensten - das sind die Menschen, die von der Coronavirus-Pandemie besonders betroffen sind. Das für pflegebedürftige Menschen meist hochgefährliche Virus hat die Arbeit in diesen Einrichtungen - sowohl ambulant als auch stationär - erheblich erschwert. Das gilt auch für die Krankenhäuser, in denen das Pflegepersonal insbesondere mit der Betreuung der Covid-19-Patientinnen und -Patienten alle Hände voll zu tun hat.

Es bestehen nicht nur für die Pflegenden in der Pandemie eine riesige Belastung und große Herausforderungen, sondern auch für sämtliche anderen Mitarbeitenden in den Diensten, in den Praxen - egal ob im ambulanten oder im stationären Bereich.

Vor allem für die Pflegekräfte in den genannten Bereichen hat die Pandemie noch einmal erhebliche Mehrbelastungen für ihren ohnehin schweren Arbeitsalltag mit sich gebracht. Zu der oft ohnehin schon vorhandenen Personalknappheit kamen arbeitsintensive Hygieneanforderungen und weitere personelle Ausfälle aufgrund von Erkrankungen oder Quarantänemaßnahmen hinzu. Zusätzlich brauchten die Bewohnerinnen und Bewohner, insbesondere in den stationären Einrichtungen der Pflege, häufig eine engere Betreuung, da diese aufgrund der strengen Besuchsregelungen nur sehr eingeschränkt Angehörige und Bekannte treffen konnten. In den Krankenhäusern waren und sind die Pflegekräfte aufgrund der Pandemie ohnehin erheblich belastet.

Die Situation in den Pflegeeinrichtungen zu verbessern und die Beschäftigten dort zumindest ein wenig zu entlasten, das ist und bleibt in dieser Pandemie eines der zentralen Ziele der Landesregierung. Wir haben unter anderem dafür gesorgt, dass die Einrichtungen bei den regelmäßigen verpflichtenden Testungen von Besucherinnen und Besuchern sehr kurzfristig unterstützt werden konnten. Kurzfristig konnte hier auf die Hilfe der Bundeswehr zurückgegriffen werden. Dafür bin ich im Übrigen

(Minister Dr. Heiner Garg)

sehr, sehr dankbar. Von Ende Januar bis Ende Februar 2021 hat sich die Bundeswehr mit bis zu 220 Soldatinnen und Soldaten daran beteiligt, die Pflegekräfte bei den Abstrichen zu entlasten.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit konnte der Zeitraum überbrückt werden, bis Freiwillige für die Testungen in den Einrichtungen zur Verfügung standen, die von der Bundesagentur für Arbeit angeworben und vom Deutschen Roten Kreuz entsprechend auf ihren Einsatz vorbereitet wurden. Diese sind jetzt weiterhin in den Einrichtungen tätig. Damit wird das Pflegepersonal zumindest an dieser Stelle entlastet. Es kann sich den eigentlichen pflegerischen Aufgaben widmen und muss die Testungen nicht selbst durchführen.

Zudem haben die mobilen Impfteams seit Ende Dezember 2020 neben den Bewohnerinnen und Bewohnern auch die Pflegekräfte in den stationären Einrichtungen in großem Umfang geimpft. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass diese Entscheidung richtig war.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vom 15. bis zum 23. Februar dieses Jahres haben wir dann eine Sonderimpfaktion für die ambulanten Pflegedienste in den Impfzentren gestartet. Sie konnten damals auf die freien Termine zurückgreifen und eine Erstimpfung erhalten. Die Pflegekräfte, die in den größeren Krankenhäusern seit Beginn der Impfkampagne in Schleswig-Holstein tätig sind, können sich - immer nach Verfügbarkeit des Impfstoffes - direkt vor Ort impfen lassen. Hier lag der Schwerpunkt der Impfungen zunächst auf den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die auf Covid-19-Stationen arbeiten. Ich freue mich nach wie vor darüber, dass andere Bundesländer unserem Beispiel gefolgt sind.

Auch wenn sich Pflegekräfte in den stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen und selbstverständlich auch in den Arztpraxen und den Krankenhäusern weiterhin an Schutzmaßnahmen halten müssen, so nimmt die Tatsache, dass etliche von ihnen bereits ein Impfangebot wahrnehmen konnten, zumindest ein bisschen Druck von ihren Schultern. Denn haben sie beide Impfungen erhalten, sind sie selbst vor einer Covid-19-Erkrankung geschützt, und sie sind - zumindest wenn man den neuesten Veröffentlichungen Glauben und Hoffnung schenken darf - nur noch eingeschränkt Überträgerin oder Überträger. Das heißt, im besten Fall schützen sie auch die Patientinnen und Patienten damit, die sie

pflegen. Auch das nimmt noch einmal emotionale Last von ihren Schultern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unabhängig von der Coronapandemie ist die Landesregierung der Auffassung, dass das Land eine eigene Strategie zur Stärkung der psychischen Gesundheit von Pflegenden braucht. Mein Haus beschäftigt sich seit dem vergangenen Sommer mit diesem Thema. Denn eine gute Pflege und gute Arbeitsbedingungen in der Pflege, in der die psychische und physische Gesundheit der Pflegenden gefördert werden, sind aus unserer Sicht zwei Seiten derselben Medaille.

Mein Haus hat daher im Sommer des vergangenen Jahres in Zusammenarbeit mit der Techniker Krankenkasse eine Hilfestellung erarbeitet, um Einrichtungen und Krankenhäuser dabei zu unterstützen, finanzielle Unterstützung von Projekten zur Gesundheitsförderung bei den Kassen zu beantragen. Sowohl das SGB V als auch das SGB XI sehen Fördermöglichkeiten für teilstationäre, stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen sowie für Krankenhäuser hierfür explizit vor. Auch mit dieser Hilfestellung sollen die Einrichtungen und Krankenhäuser eruieren können, welche Angebote sie für ihre eigenen Entwicklungserfordernisse jeweils benötigen.

Es geht beispielsweise um die gezielte Einrichtung von Fortbildungen. Wir werden jetzt weitere Optionen prüfen, wie wir diese Fördermöglichkeiten und ihre Nutzung in den Einrichtungen und Krankenhäusern noch bekannter machen können. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/2868 sowie die Alternativanträge Drucksachen 19/2886 und 19/2887 dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Unruhe)

- Ich frage noch einmal. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion - -

(Zurufe)

- Ich müsste schon noch wissen, wer dafür stimmt. Die SPD-Fraktion habe ich gesehen, die Abgeord-

(Präsident Klaus Schlie)

neten des SSW, der Abgeordnete Dr. Brodehl und der Abgeordnete Nobis.

(Zurufe)

Wer ist dagegen? - Das sind nach Sortierung jetzt die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU sowie die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Damit ist die Ausschussüberweisung abgelehnt.

Ich lasse dann über die Anträge in der Sache abstimmen.

Wir kommen zum Antrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/2868. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Abgeordneten der SPD und des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse dann über den Alternativantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2886, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion und des SSW. Ich glaube, der Abgeordnete Brockmann nicht.

(Heiterkeit)

Wer ist dagegen? - Das sind dann alle anderen Abgeordneten. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2887, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, die Abgeordneten Nobis, Dr. Brodehl und von Sayn-Wittgenstein. Damit ist dieser Antrag angenommen.

(Beate Raudies [SPD]: Dürfen wir unser Votum vielleicht auch noch abgeben? - Dennys Bornhöft [FDP]: Sie möchten gern ihre parlamentarischen Rechte wahrnehmen! - Lars Harms [SSW]: Es gab keine Frage nach Gegenstimmen!)

- Habe ich die SPD-Fraktion vergessen? - Entschuldigung. Pardon, das tut mir leid. Ich habe vergessen, nach Gegenstimmen und Enthaltungen zu fragen. Pardon.

Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der SPD und des SSW. Enthaltungen gibt es damit nicht. - Pardon, das habe ich eben übersehen, das war nicht so gemeint.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns zwichendurch bitte über einen Punkt abstimmen, der

ohnehin ohne Aussprache behandelt werden soll. Das ist notwendig, weil in der Mittagspause darüber im Innen- und Rechtsausschuss beraten werden soll. Das ist der Tagesordnungspunkt 7:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Durchführung von Abschnittskontrollen

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2847

Ich gehe davon aus, dass Sie damit so einverstanden sind. Das Wort zur Begründung wird nicht genommen. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage also vor, den Gesetzentwurf in der Drucksache 19/2847 - federführend ist doch eigentlich der Wirtschaftsausschuss, das ist so korrekt, oder? -

(Zurufe)

- federführend dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. Vielen Dank dafür.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 21 auf:

Sachstand zur Geflügelpest in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2852 (neu)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Mit diesem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob dieser Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, dass das einstimmig so beschlossen ist.

Ich erteile dann für die Landesregierung dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht, das Wort.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach vier Jahren ist die Geflügelpest erneut da. Die aktuelle Geflügelpestepidemie hält uns

(Minister Jan Philipp Albrecht)

in Schleswig-Holstein seit fast fünf Monaten in Atem. Ein Ende ist leider noch nicht in Sicht.

Mit landesweit aktuell 533 Nachweisen bei Wildvögeln ist Schleswig-Holstein im bundesweiten Vergleich das am stärksten und flächendeckendsten betroffene Bundesland. Die Nachweise zeigen, dass rund 100 Vogelarten, teilweise in hoher Zahl, betroffen sind. Von den etwa 10.000 Knuttstrandläufern, die im Wattenmeer überwintern, sind fast 3.000 gestorben. Dies ist Ausdruck eines hohen Infektionsdrucks in der Umwelt und stellt nur die Spitze des Eisbergs dar.

Hinzu kommen zehn Ausbrüche in Hausgeflügelhaltungen, in deren Folge rund 134.000 Geflügeltiere gemäß Geflügelpest-Verordnung getötet werden mussten. Zuletzt wurden im März 2021 innerhalb von sieben Tagen zwei Ausbrüche in großen gewerblichen Legehennenhaltungen sowie zwei Ausbrüche in Kleinhaltungen in insgesamt drei Kreisen festgestellt. In den zu diesen Fällen eingerichteten Restriktionszonen befinden sich rund 1,7 Millionen Tiere, die nun besonderen Beschränkungen und Überwachungsmaßnahmen unterliegen. Auch bundesweit ist die Zahl der Geflügelpestausbüche in Hausgeflügelhaltungen vor allem in den letzten Wochen noch einmal stark angestiegen und liegt mittlerweile bei über 120 Ausbrüchen.

Für Schleswig-Holstein lässt sich schon jetzt sagen, dass das derzeitige Geschehen hinsichtlich der Fallzahlen und der Intensität des Verlaufs das bislang größte Geschehen in den Jahren 2016/2017 übersteigt.

Die Bewältigung der Geflügelpestepidemie ist nur durch den unermüdlchen Einsatz vieler Menschen möglich, denen ich an dieser Stelle ausdrücklich danken möchte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Das sind zunächst einmal die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von LLUR und LKN, durch deren gezielte Intensivierung des ganzjährig stattfindenden Monitorings in der Wildvogelpopulation der Eintrag des Geflügelpestvirus im Land sehr früh erkannt wurde. Sie haben damit den ersten Nachweis bundesweit feststellen können. Bis heute hat der LKN an der Westküste knapp 16.900 verendete und verendende Wildvögel erfasst und gemeinsam mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LKN-Baubetriebe über 11.000 tote Vögel eingesammelt. Auch in den Kreisen und kreisfreien Städten werden verendet aufgefundene Wildvögel eingesammelt und beprobt.

Neben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisbehörden gilt dabei unser Dank den Naturschutzverbänden und vielen anderen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die engagiert Unterstützung leisten.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Oliver Kumbartzky [FDP] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Die gesammelten Proben sind für die Einschätzung der Erregerverbreitung und des Seuchenverlaufs und damit die Festlegung der Maßnahmen von enormer Bedeutung. Im Landeslabor werden die Proben von Wildvögeln und aus Hausgeflügelbeständen tagesaktuell untersucht, auch an Wochenenden. Innerhalb weniger Stunden liegen erste Ergebnisse vor, die ein sofortiges Handeln ermöglichen. Die weiterführenden Untersuchungen erfolgen am Friedrich-Loeffler-Institut, dem nationalen Referenzlabor. Auch den Labormitarbeitenden im Hintergrund möchte ich meinen Dank ausdrücken. Sie leisten all dies neben den vielen anderen Aufgaben, gerade auch in Zeiten zusätzlicher Coronabelastungen.

Auf dieser Grundlage ergreifen wir ebenso wie die Kommunen dann umgehend die erforderlichen Maßnahmen, zum Beispiel das von den Kreisen und kreisfreien Städten zum Schutz der Geflügelbestände ausgesprochene Aufstallungsgebot oder zusätzliche Biosicherheitsmaßnahmen des Landes. Die für Tierseuchen zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses haben die nötigen Maßnahmen für eine frühzeitige Erkennung des Eintrags des Geflügelpestvirus eingeleitet und bearbeiten in enger Abstimmung mit den Kreisen das aktuelle Geschehen. Sie unterstützen die Beteiligten und koordinieren landesweit alle Maßnahmen.

An dieser Stelle möchte ich auch den Geflügelhalterinnen und Geflügelhaltern für die konsequente Umsetzung der getroffenen Maßnahmen zum Schutz ihrer Tiere ausdrücklich danken. Ihre Mitwirkung, die durchaus einen erhöhten Aufwand mit sich bringt, ist unentbehrlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, das aktuelle Geflügelpestgeschehen ist noch nicht zu Ende. Während täglich neue Nachweise bei Wildvögeln in allen Landesteilen geführt werden, können weitere Ausbrüche in Hausgeflügelhaltungen nicht ausgeschlossen werden, wie die Situation auch in anderen Bundesländern und EU-weit deutlich zeigt. Das Friedrich-Loeffler-Institut bewertet das Risiko der

(Minister Jan Philipp Albrecht)

Erregerausbreitung in der Wildvogelpopulation und eines Erregereintrags in Haltungen weiterhin als sehr hoch. Ohne die gute Koordination, das schnelle Agieren und den unermüdlichen Einsatz aller Beteiligten wäre die im Verhältnis zum Ausbruchsgeschehen gute Bewältigung der aktuellen Lage nicht möglich. Ihnen allen gilt nochmals mein außerordentlicher Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache.

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kollegen! Auch wenn wir uns im Moment mit einer Pandemie nicht gekanntes Ausmaßes für die Menschheit beschäftigen, ist der Druck bei denen, die Tiere halten, oder für unsere wildlebenden Tiere in der Natur unwahrscheinlich groß. Im Moment kommen nicht nur die Geflügelpest, Herr Minister, sondern auch andere Dinge wie die Afrikanische Schweinepest, die nun auch Deutschland erreicht hat, oder ganz aktuell ein Pferdeherpesvirus, der in den Kreisen der Pferdehalter für absolute Panik sorgt, noch obendrauf.

Ich möchte mich besonders bei Ihnen, Herr Minister, und Ihren Mitarbeitern für das nicht nur schnelle, sondern auch umsichtige Handeln in allen Bereichen und auf allen Ebenen bedanken. Sie haben es treffend dargestellt: Wenn das nicht geschehen wäre, wäre die Not noch wesentlich größer. Herzlichen Dank von der CDU-Fraktion an Ihr Haus und die untergeordneten Ebenen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es freut mich umso mehr, dass Sie sich auch bei den Tierhaltern bedankt haben, denn - ich habe es eingangs erwähnt - auch dort ist die Situation sehr angespannt. Sie wissen: Nach 16 Wochen Tieren auf dem Stall, insbesondere im Bereich der Legehennenhaltung, gelten die Eier, die sonst einen reißenden Absatz gefunden haben - die sind sonst sehr begehrt -, nicht mehr als Freilandeier, sondern sind mit einem Mal als Eier aus der Bodenhaltung, aus dem Stallbereich auszuweisen.

Dementsprechend ist nicht nur der Aufwand größer, sondern es geht den Tieren nicht mehr ganz so gut, weil sie weniger Platz haben. Es wird mehr Geld in die Hand genommen, und am Ende wird gegebenenfalls auch noch der Kunde anders reagieren, weil, wer Freilandeier kaufen möchte, mit einem Mal keine mehr bekommen kann. Das wird sich auf das Ostergeschäft auswirken - die Hauptabsatzzeit im Bereich der Eier in den Supermärkten -: Mit einem Mal gibt es dort keine Freilandeier mehr. Deswegen gilt: Absolute Solidarität mit denen, die Geflügel halten, insbesondere im Legehennenbereich, und Hochachtung für deren Leistungen!

Ganz ehrlich, das ist schlimm für den Bereich, aber - das wissen auch unsere Geflügelhalter in Schleswig-Holstein -: Natürlich gibt es immer Schlimmeres; darauf habe ich hingewiesen.

Ich möchte deutlich bekräftigen: Im Bereich der Hobbyhaltung wird immer wieder gefordert, dass die Aufstallungspflicht doch nur für große Betriebe gelten sollte, nicht für Zuchtgeflügel oder kleinere Hobbyhaltungen. Aber ganz klar, Herr Minister - da sind wir uns einig -: Da können wir keine Ausnahmen machen. Zum Schutz der Betriebe, die davon leben, dass sie Geflügel halten, ist es ein absolutes Muss, dass die Tiere aufgestellt werden. Denn dort, wo es Ausbrüche gibt - das haben Sie beschrieben -, sind die Auswirkungen groß. Es gibt Beobachtungsgebiete, aber es gibt auch Sperrgebiete. Wer einen großen Hähnchen-, Puten- oder Legehennenbestand in dieser Region hat, wird sofort mit Sperrmaßnahmen belegt und kann dann entweder schlachtreifes Geflügel oder auch Eier aus diesen Sperrbezirken nur eingeschränkt oder gar nicht verkaufen.

Die Bundesforschungsanstalt für Tiergesundheit, das FLI aus Greifswald, hat ganz klar festgestellt - das haben Sie richtig beschrieben -, dass diese Geflügelpest - landläufig so, aber offiziell hochpathogene aviäre Influenza genannt - nachweislich nicht aus den Geflügelbeständen stammt, sondern ganz klar den Zugvögeln zugeordnet wird. Diese Zugvögel - das ist Ihnen allen bekannt -, meist Wassergeflügel, kommen bei uns natürlich als Wildenten und Wildgänse vor, kommen im Winter aus dem Norden, ziehen hier durch oder rasten, vornehmlich an den Küsten oder an den großen Gewässern. Dementsprechend ist auch das Geflügelpestgeschehen ausgebreitet. Die Vogelflugrouten laufen traditionell im Norden der Republik auch über Schleswig-Holstein hinweg. Insofern kann man nur glücklich sein, dass wir noch relativ glimpflich davongekommen sind.

(Heiner Rickers)

Im bundesweiten Vergleich wird deutlich, dass wir 533 angezeigte Fälle von Geflügelpest in sogenannten Geflügelhaltungen, also nicht im Wildvogelbestand, haben. Darunter sind etliche, die gekeult werden mussten. Bundesweit sind in den letzten fünf Monaten über 1,7 Millionen Tiere aufgrund des Befalls an Geflügelgrippe geschlachtet worden. In Schleswig-Holstein sind es bisher zwei große Betriebe gewesen, die betroffen sind. Diese Betriebe haben nach neuesten Tierwohlkriterien ausgebaute Legehennenstallungen mit höchster Biosicherheitsstufe. Es ist bis heute nicht zu erklären, wie das Virus in diese Ställe gelangt ist.

Es gab ungeklärten Eintrag bei höchster Biosicherheit. Das Tierwohl vor Ort ist gegeben. Die Branche ist in Aufruhr, die Branche ist verunsichert, und wir als Politik sind in der Verantwortung. Deswegen lassen Sie mich abschließend sagen: Wir müssen handeln. Herr Minister, wir sind uns einig, wir müssen bei Ausbrüchen schnell handeln, wir müssen unterstützen. Wir müssen natürlich auch die Finanzmittel zur Verfügung stellen, und die werden knapp. Wir müssen mit den Behörden vor Ort zusammenarbeiten und auch diese unterstützen. Letztlich müssen wir uns natürlich auch darüber Gedanken machen, ob wir mit einer großen Population an Wildvögeln und einer zu großen Enten- und Gänsepopulation langfristig mit Bezug auf die Geflügelhaltung klarkommen.

Insofern sind wir uns einig, und wir hoffen, dass mit zunehmenden Temperaturen alles besser wird. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister, herzlichen Dank für Ihren Bericht, gibt er uns doch heute Gelegenheit, insbesondere all denen Dank zu sagen, die damit zu tun haben.

Als der Antrag der Kolleginnen und Kollegen der regierungstragenden Fraktionen auf den Tisch kam, war ich schon gespannt, denn über kein Thema hat der Minister so ausführlich im Agrar- und Umweltausschuss berichtet wie über die Geflügelpest. Im November, im Dezember, zweimal im Februar, im März gab es ausführliche Berichte über die Situati-

on. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir waren gespannt. Wir rechneten damit, dass es etwas Neues gibt, dass es einen neuen Impuls gibt, dass es etwas gibt, von dem wir sagen können: Ja, da zeigt Jamaika einen Ausweg.

Aber das sollte nicht so sein. Herr Minister, dennoch: Sie haben heute sehr ausführlich dargestellt, welche Bedeutung so ein Ausbruch für die Menschen und für die Tiere in Schleswig-Holstein hat. Es gibt an den Küsten zunehmend tote Vögel. Es sind die Zugvögel, die auf ihrer Reise das tödliche Virus im Gepäck haben, die hochpathogene aviäre Influenza. Herr Rickert hat es schon gesagt.

Das Problem entsteht nicht an unseren Küsten, hier wirkt es sich aus. Gestern haben wir vom Friedrich-Loeffler-Institut noch einmal ganz klar gehört: Die Keimzelle, also der Ort, an dem diese pathogenen Keime entstehen, wird in Asien vermutet, wo in bestimmten Haltungsbedingungen Mensch und Tier sehr eng beieinander sind.

Ich möchte es noch einmal sagen: Es sind große Belastungen für diejenigen, die die Kadaver an den Küsten einsammeln. Es sind große Belastungen für die Geflügelhalter, deren Bestände gekeult werden müssen. Es ist auch eine große Belastung für die Dienstleister, die Menschen, die diese Tötungen vornehmen müssen. Respekt auch an die Kleintierhalter, dass sie die Aufstallung mitmachen. Respekt auch an das Landeslabor in Neumünster. Respekt und Dank an alle, die mit der Seuche und deren Bekämpfung zu tun haben.

(Beifall SPD, FDP und SSW)

Das gilt auch für die Veterinärämter hier im Land Schleswig-Holstein. Wir reden im Moment viel über die Gesundheitsämter und stellen gerade fest, wie falsch es war, dass wir die Gesundheitsämter in den letzten Jahren und Jahrzehnten aus dem Blick genommen haben. Lassen Sie uns diese Situation auch zum Anlass dafür nehmen, genau auf die Veterinärbehörden zu gucken, denn auch hier sehen wir diese Ausdünnung. Auch hier fehlt Personal, es fehlt Arbeitskraft. Lassen Sie uns diese Lehre aus der Pandemie auf jeden Fall ziehen.

(Beifall SPD)

Vom Friedrich-Loeffler-Institut wurde gestern Abend in der Veranstaltung der Hermann Ehlers Akademie mitgeteilt, dass zum Beispiel in Cloppenburg, wo die Dichte der Tierhaltung noch viel größer ist, eine Infektion von Betrieb zu Betrieb stattfindet, und keiner weiß, warum. Mittlerweile vermutet man, dass der Grund Stäube sind, aber ei-

(Kirsten Eickhoff-Weber)

nes wissen wir: Die Haltungsbedingungen spielen eine große Rolle. Wir müssen über die Tierhaltung in Deutschland reden. Wir müssen über den Wert des Fleisches reden.

(Beifall SPD und SSW)

Herr Rickers, wenn Sie sagen, wir müssen handeln, dann sage ich: Auf, auf! - Im Bundestag ist jetzt die Zeit, die Weichen für die Tierhaltung in Deutschland zu stellen.

(Beifall SPD und SSW)

Es war wirklich spannend. Gestern wurde vom Friedrich-Loeffler-Institut noch einmal darauf hingewiesen, dass wir schon Seuchen überwunden haben. Es ist so, wie der Minister es mit Bezug auf die Geflügelpest, die wir jetzt haben, dargestellt hat. Zwischen den 1950er- und den 1990er-Jahren wurden 20 Fälle an Geflügelpest pro Jahr in der Welt beobachtet. Mittlerweile ist das jetzt die größte Epidemie, die wir je gehabt haben.

Wichtig ist, dass wir Grundlagenforschung betreiben. Es muss in diesen Bereichen mehr geforscht werden, es muss mehr Grundlagenforschung erfolgen. Herr Minister, das ist doch vielleicht genau die Initiative, die Sie mit Ihren Kollegen aus Mecklenburg-Vorpommern, aus Niedersachsen und auch aus Nordrhein-Westfalen auf den Weg bringen können, nämlich die Sicherstellung der Grundlagenforschung zu diesen Themen in der Bundesrepublik Deutschland.

Immer wieder wird das große Thema des Übergangs zwischen Tier und Mensch und Mensch und Tier diskutiert. Ja, aber es ist kein Wunder, denn aus der Sicht von Viren und Bakterien sind wir nichts anderes als Säugetiere auf zwei Beinen. Deshalb ist dieses Thema wichtig, denn wir müssen über eine One-Health-Strategie nachdenken, bei der wir die Berührungspunkte und die Austauschmomente klar und deutlich in den Blick nehmen. Das hat Professor Conraths vom Friedrich-Loeffler-Institut uns gestern deutlich mit auf den Weg gegeben. Hier ist Forschung nötig, hier ist Grundlagenforschung nötig.

Herr Präsident, verzeihen Sie vielleicht noch einen letzten Satz. Dann werden wir sicherlich erkennen: Es ist unsere Art zu leben. Wir rücken den Wildtieren auf die Pelle. Wir rücken der unberührten und der unbekannteren Natur zu nahe. Es kommt zu Situationen, die wir nicht kalkulieren können. Es ist unsere Art zu wirtschaften, es ist unsere Art der Ressourcenausbeutung bis in die letzte Ecke der Welt - Effektivität bis in die letzte Ecke der Ställe.

Da müssen wir ran, da müssen wir genau hingucken. Wir müssen aus der Situation lernen. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Joschka Knuth.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das muss ich aufklären. Ich hätte beinahe „Fischer“ gesagt. Das hat die Abgeordnete Fritzen gemerkt. Das adelt möglicherweise, aber ich kenne mich bei den Grünen nicht so genau aus.

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Damit kann ich tatsächlich leben. Es ist nicht das erste Mal. Ich könnte jetzt lustige Anekdoten darüber erzählen, wie meine Schwiegermutter mich einmal als Joschka Fischer vorgestellt hat, aber lassen wir das.

Präsident Klaus Schlie:

Das geht in jedem Fall nicht von Ihrer Redezeit ab.

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe zuerst gedacht, aus dem „Knuth“ würde vielleicht ein Knuttstrandläufer, denn dazu dachte ich im letzten Jahr: Mensch, als Joschka Knuth bin ich besonders gut durch die Bilder getroffen, die ich aus dem Nationalpark gesehen habe. Aber kommen wir zur Sache.

Erst einmal möchte ich mich ganz herzlich auch bei der Kollegin Eickhoff-Weber bedanken. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie so deutlich gemacht haben, dass es eben nicht so ist, dass man pauschal sagen kann, dass die Geflügelpest in ihrem Geschehen immer nur durch die Wildvögel beeinflusst ist, sondern dass das vielmehr ein dynamisches Geschehen ist, bei dem viele Faktoren zusammenwirken.

Die Ursache für viele Mutationen ist tatsächlich in eher industriell geprägten großen Geflügelhaltungen zu finden. Natürlich ist es so: Wenn sich das Virus auf Wildvögel überträgt, dann gibt es auch den Rückkopplungseffekt, sozusagen von den Wildvögeln hier in unsere Gebiete und unsere Bestände hinein. Aber dann geht es unter den Beständen wei-

(Joschka Knuth)

ter. Deswegen will ich noch einmal ganz deutlich sagen: Niemandem ist geholfen, wenn wir immer sagen: „Es sind nur die Wildvögel“, oder: „Nur die Tierhaltung ist die Ursache“. Es ist ein dynamisches Gesamtgeschehen. Deswegen bin ich sehr dankbar, dass das gerade eben noch einmal deutlich geworden ist.

Wir haben jetzt fast schon ein halbes Jahr ein Epidemiegesehen, das in diesem Jahr mit geringer Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Das liegt wohl daran, was sonst in der Welt los ist.

Ich erinnere mich noch gut an das Infektionsgeschehen im Jahr 2016 in Schleswig-Holstein, das ebenfalls ganz massiv war, auch daran, wie groß die Aufmerksamkeit darauf war. Das zeigt eben auch, dass wir es bei der Geflügelpest, bei der aviären Influenza, mit einem Virus zu tun haben, mit einer Herausforderung für die Landwirtschaft, die nicht irgendwann vorbei ist, wie wir dies auch schon bei der Coronapandemie gehofft hatten, gegen die wir animpfen, sondern das ist ein immer wiederkehrendes Ereignis. Das macht es eben auch so relevant, dass wir in den Strukturen, in den Vorkehrungen zur Bewältigung dieser Geflügelpest möglichst professionell aufgestellt sind.

Insoweit muss ich sagen, dass wir auch dieses Mal wieder eine höchst professionelle Arbeit erfahren haben. Insofern muss ich mich auch dem Dank der Kolleginnen und Kollegen anschließen. Ich bin ausdrücklich dankbar dem Ministerium und den Kolleginnen und Kollegen auf der Fachebene, aber natürlich auch dem Kreisveterinäramt, die dieser Krise mit einer Ruhe und Professionalität - wie ich fast sagen muss - begegnet sind, die es möglich gemacht haben, dass die Risiken für Übertragungen und Einträge so kurzfristig haben minimiert werden können. Auch das ist ein Lerneffekt der vergangenen Jahre.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hinzu kommt noch: Das Ganze ist passiert in einer Zeit, Ende Oktober letzten Jahres, in der wir sowohl hier als auch in den Ausschüssen sehr ausführlich darüber gesprochen haben, wie wir uns zeitgleich im gleichen Referat darauf vorbereiten, was eigentlich mit der Afrikanischen Schweinepest passiert. Insoweit wurde sozusagen Doppelarbeit geleistet. Ich glaube, wir alle haben mittlerweile ein gutes Verständnis dafür, was dies auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Verwaltung bedeutet, wenn man mit einem entsprechenden Virusgeschehen zu tun hat.

Lassen Sie mich noch auf einen oder zwei Punkte eingehen. Wir haben - das ist in diesem Jahr deutlich geworden - ein massives Ausbruchsgeschehen auch bei den Wildvögeln erlebt. Das ist etwas, was wir auch weiter erleben werden. Wir befinden uns jetzt in einer Phase, in der die großen Wildvogelzüge wieder stattfinden. Diese Vogelzüge gehen aus dem Süden in die Brutgebiete im Norden. Wir werden deshalb in dieser Zeit höchstwahrscheinlich erneut Infektionen auch bei den Wildvögeln erleben. Wir müssen deshalb feststellen, dass wir mit diesem Geschehen noch eine ganze Zeitlang zu tun haben werden. Deswegen werden wir auch weiterhin Aufstellungsmaßnahmen haben.

Als wir im vergangenen Jahr das massive Ausbruchsgeschehen hatten, war es richtig, dass wir zunächst landesweit aufgestellt haben, weil wir ein diffuses Geschehen hatten. Wir befinden uns jetzt in einer Situation, in der wir auch aufgrund der Ausbreitung in den Hausgeflügelbeständen sehen können, dass sich dieses Ausbruchsgeschehen lokalisiert. Deshalb unterstreiche ich, wie wichtig es ist, in einem solchen Moment auch zu sagen: Wir gehen weg von landesweiten Maßnahmen und gucken, wo wir auch regional für das Ausbruchsgeschehen entsprechende Lösungen finden können; denn nur so können wir nicht nur virologische Sicherheit gewährleisten, sondern auch Tierwohl gewährleisten.

Gerade die Kleinstgeflügelhaltungen sind maximal von den Aufstellungsgebieten betroffen. Die Tiere sind es nicht gewöhnt, im Stall zu leben; sie picken sich. Das ist aus Tierschutzgesichtspunkten durchaus kritisch zu sehen. Deshalb müssen wir ein Interesse daran haben, dass es schnellstmöglich wieder Lockerungen in den kleinen Hausgeflügelbeständen gibt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Deswegen bin ich sehr dankbar, dass wir es dieses Mal geschafft haben, mithilfe des Ministeriums und mithilfe von Regelungen, die Spielraum für kurzfristige Lösungen und pragmatische Lösungen bieten, Auslauf für die Kleinstgeflügelbestände zu ermöglichen.

Man muss sich einmal Folgendes vorstellen: Ich habe 10 oder 15 Hühner oder auch andere Tiere zu Hause, die mir viel wert sind. Weil ich diese auch aus Überzeugung habe, möchte ich natürlich auch, dass diese Tiere gut leben können. Dazu gehört nun einmal auch der Auslauf. Nicht jeder Mensch, der Tiere hält, kann sich zu Hause einen Feststall instal-

(Joschka Knuth)

lieren, sondern da müssen manchmal eben auch pragmatische Lösungen her. Das wurde dieses Mal ermöglicht. Darüber bin ich sehr froh. Ich glaube, auch das können wir für die Zukunft mitnehmen.

Ich bin mir sicher, dass es nicht das letzte Mal ist, dass wir uns mit der Geflügelpest beschäftigen. Wir werden in den kommenden Jahren - das ist deutlich geworden - immer wieder damit zu tun haben. Aber - noch einmal mein Dank - das Ministerium ist gut aufgestellt und auf solche Ausbruchsgeschehen vorbereitet. Auch das ist heute deutlich geworden. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich danke auch ich Herrn Minister Albrecht ganz herzlich für den Bericht, aber eben auch vor allem für das konsequente Vorgehen in dieser Geflügelpest. Dabei sind mir zwei Dinge wirklich sehr wichtig:

Auf der einen Seite ist es der bestmögliche Schutz für das Haus- und Nutzgeflügel, auf der anderen Seite ist es die sachliche Information der Bevölkerung. Genau das haben der Minister und sein Ministerium veranlasst. Deswegen danke ich sehr für die Maßnahmen und für die umfassende Bereitstellung von Informationen und Hinweisen auf den Internetseiten des MELUND und auf den Seiten der Kreise. Danke auch für die regelmäßige Berichterstattung im Umwelt- und Agrarausschuss.

(Beifall FDP und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Risiko von weiteren Seucheneinträgen über Wildvögel in Nutztiergeflügelhaltung, in Hobbytierhaltung und auch in zoologische Einrichtungen - auch die dürfen wir nicht vergessen - ist nach wie vor hoch. Die Geflügelhalter handeln vorsichtig und gewissenhaft und halten die Sicherheitsmaßnahmen konsequent ein. Das hat der Minister gerade auch noch einmal bestätigt. Das ist auch dadurch belegt, dass bisher nur relativ wenige Ausbrüche in der Geflügelhaltung zu verzeichnen waren. Dennoch gab es sie; das will ich gar nicht verschweigen. Die hier stattgefundenen und leider auch nötigen und vorgeschriebenen Keulungen machen uns - ich glaube, da

spreche ich für uns alle - wirklich sehr betroffen. Es ist schlimm, wenn mit einem Schlag 10.000 oder mehr Tiere getötet werden müssen.

Frau Eickhoff-Weber, ich bin ausnahmsweise einmal ganz nah bei Ihnen, was das Thema Forschung, insbesondere Grundlagenforschung, angeht. Gerade ein Thema wie das der Marker-Impfstoffe ist ein Thema, mit dem wir auch eine solche Epidemie überwinden können.

(Beifall FDP)

Leider ist Schleswig-Holstein ein Hotspot des Geflügelpestausbruchs, was aufgrund der Lage zwischen den Meeren auch nicht großartig verwundert. Ebenso verwundert es nicht, dass hier ein Schwerpunkt bei den Nonnengänsen liegt. Es gibt diesen Schwerpunkt nicht ausschließlich, aber eben doch vor allem bei den Nonnengänsen; denn es gibt nun einmal sehr viele Nonnengänse in Schleswig-Holstein, ich meine sogar, zu viele. Aber das soll jetzt nicht das Thema sein; ich will hier auch keine neue Diskussion darüber entfachen. Aber natürlich müssen wir auch dieses Thema, gerade mit Blick auf die Landwirtschaft, nach wie vor im Blick behalten und müssen uns auf allen Ebenen darum kümmern.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein ist - ich sagte es bereits - stark von der Geflügelpest betroffen. Deswegen ist auch besonders darauf zu achten, die Hausgeflügelbestände zu schützen. Hier muss aus Tierwohlgründen die Situation auch weiterhin sehr genau beobachtet werden. Ich bin dem Kollegen Knuth dankbar, aber irgendwie auch nicht dankbar, dass er mir dieses Thema im Kern schon vorweggenommen hat. Ich sehe es genauso wie er, dass man sich die Lage immer genau anschauen und aus Tierschutzgründen auch regionale Lösungen herbeiführen muss. Insgesamt sind die Behörden und hier vor allem die Kreisbehörden sehr stark gefragt, die die Entscheidung treffen müssen, Aufstellungen zu beenden oder zumindest überdachte Auslaufflächen zu ermöglichen. Das ist ja auch erlaubt. Deshalb sollten wir zusehen, dass es zu gegebener Zeit dann auch zu diesen Maßnahmen kommen kann.

(Beifall FDP)

Ein Thema, das man gar nicht oft genug ansprechen kann, ist das Thema: Wie soll die Bevölkerung mit der Geflügelpest umgehen? Es ist wichtig zu erwähnen, dass tot aufgefundene Wildvögel den örtlichen Ordnungsämtern mitzuteilen sind, die die Tiere dann einsammeln und mit den Kreisveterinäräm-

(**Oliver Kumbartzky**)

tern in Kontakt treten. Um einer Virusausbreitung über das Weitertragen der Viren an Kleidung, Schuhen oder anderen Gegenständen vorzubeugen, sollten die Tiere auf keinen Fall angefasst werden; denn schon Kot unter den Schuhen reicht aus, um das Virus weiterzutragen.

Aus demselben Grund sollten auch Haustiere, beispielsweise Hunde und Katzen, von toten sowie kranken oder schwachen Wildvögeln ferngehalten werden. Auch dieser Punkt ist ganz wichtig.

Zusammengefasst bleibt für mich festzustellen, meine Damen und Herren, dass das Krisenmanagement in Schleswig-Holstein funktioniert. Mein Dank gilt dafür den entsprechenden Landes- und Kreisbehörden, den Laboren, den Geflügelhaltern, den Ehrenamtlichen und den weiteren Beteiligten.

Wir werden dieses Thema sicherlich auch weiterhin im Umwelt- und Agrarausschuss behandeln. Darauf freue ich mich ausdrücklich nicht, denn ich würde mir schon wünschen, dass diese Seuche überwunden wird. Es besteht die Hoffnung, dass die wärmere Jahreszeit dazu beiträgt. Gleichwohl wird uns das Thema noch einige Zeit beschäftigen. Deshalb ist es gut, dass wir uns damit im Ausschuss befassen. - Ganz herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer.

Christian Dirschauer [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das gesamte Coronageschehen hat mit seiner Dominanz nahezu alles fest im Griff, sodass andere Sachen gelegentlich untergehen oder nur beiläufig Erwähnung finden. Die wirtschaftlichen und finanziellen Konsequenzen der Coronapandemie sind zurzeit noch nicht abschätzbar; aber klar ist: Es wird teuer und wird nachhaltig viel Geld kosten.

Selbstständige oder der Einzelhandel sind seit einem Jahr in einer kritischen Lage. Wir wissen, trotz finanzieller Hilfen werden wohl nicht alle überleben, oder sie werden mit hohen Verlusten aus dieser Pandemie herauskommen.

Angesichts dieser Grundsituation kommt die Geflügelpest zunächst scheinbar beiläufig daher. Ich sage scheinbar; denn die Geflügelhalter bei uns sind verunsichert. Seit Herbst des letzten Jahres breitet sich

das Virus H5N8 auch bei uns aus. Das Virus hat ein ähnliches Ausbreitungsbild wie in den Jahren 2005/2006 und 2016/2017.

Auch wenn die Lage für unsere Geflügelhalter zurzeit zugespitzt ist, haben wir die Möglichkeit, auf die gemachten Erfahrungen der Vergangenheit zurückzugreifen.

Das soll heißen: Wir haben gerade aus den Erfahrungen der Jahre 2005 und 2006 gelernt. Seinerzeit herrschte große Verunsicherung im Umgang mit der Geflügelpest. Trotz entsprechender Krisenstäbe und Notfallpläne war festzustellen, dass diese eben nur fehlerhaft umgesetzt wurden und man vielerorts nicht wirklich Herr der Lage war. Die in der Öffentlichkeit ausgetragenen Schuldzuweisungen haben dann auch dazu geführt, dass die Verunsicherung in der Bevölkerung in Gänze zugenommen hat.

Wie gesagt, das waren die Lehren aus den Jahren 2005/2006. Bereits 2016/2017 stellte sich die Situation etwas anders da. Die Fehler, die seinerzeit gemacht wurden, waren behoben, sodass der Umgang mit der Geflügelpest wesentlich souveräner ablief.

Auch aktuell nehme ich ein wirklich gutes Management der Behörden wahr. Daher gilt mein Dank den zuständigen Stellen und Behörden für ihr besonnenes und zugleich sehr engagiertes Handeln.

Natürlich ist es für alle Geflügelhalter, aber gerade für die Hauptberuflichen, eine verheerende Situation. Sie müssen ihre Tiere aufstallen, wohl wissend, dass diese darunter leiden. Obgleich sie alle Vorkehrungen und Schutzmaßnahmen, die in der Geflügelpest-Verordnung vorgeschrieben sind, erfüllen und konsequent umsetzen, schwebt ein Damoklesschwert über ihren Betrieben. Trotz aller Vorkehrungen ist eine hundertprozentige Sicherheit für ihre Tiere nicht gegeben.

Sollte sich nur ein Tier auf einem Hof nachweislich infizieren, hat das massive Auswirkungen. Wir haben die Bilder von Betrieben gesehen, auf denen Zehntausende Hühner gekeult werden mussten. Das ist auch für Außenstehende kein schöner Anblick. Aber derzeit ist es der einzige Weg, um das Virus effektiv zu bekämpfen.

Im Zusammenhang mit dem Keulen tritt immer wieder die Frage auf, warum die Tiere nicht geimpft werden. Impfungen schützen zwar die Tiere, aber der Erreger wird dadurch nicht ausgemerzt. Die Tiere tragen den Erreger in sich, und er kann weiter übertragen werden. Die Seuche wäre damit nur kaschiert und nicht bekämpft. Es ist auch fraglich, inwieweit mutierte Viren auf Impfungen re-

(Christian Dirschauer)

agieren. 2005 verbreitete sich noch das Virus H5N1, nun das Virus H5N8.

Die Tötung infektionsverdächtiger Tiere ist eine radikale Entscheidung, aber wir vom SSW sind weiterhin der Auffassung, dass es keinen anderen Weg im Kampf gegen die Geflügelpest gibt.

Das klingt hart und ist für die betroffenen Geflügelhalter in der Tat extrem schwer auszuhalten. Es ist nicht nur ein finanzieller Verlust, den sie erleiden; auch wenn der Tierseuchenfonds im Fall der Bestandsvernichtung einspringt, wissen wir, dass dies nur eine Ausgleichszahlung ist. Der entstandene emotionale Schaden kann eben nicht ausgeglichen oder geheilt werden.

Für die Betriebe und ihre Familien ist die derzeitige Situation sehr belastend. Niemand kann vorhersehen, wie sie die Lage überstehen werden. Sie können nur hoffen, dass die strengen Restriktionen und Maßnahmen greifen.

Der Dank des SSW gilt daher all denjenigen, die helfen und dazu beitragen, die Seuche einzudämmen und sie zu bekämpfen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag 19/2852 (neu) durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Damit ist Tagesordnungspunkt 21 erledigt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 10 und 24 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Binnenlandtourismus stärken, Pandemiefolgen abmildern

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2766

b) Tourismus besonnen wieder starten

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2857

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Regina Poersch.

Regina Poersch [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Wirtschaftsmotor Schleswig-Holstein-Tourismus stottert. Ein Virus bremst uns auf der Überholspur unserer erfolgreichen Tourismusstrategie aus. Während letztes Jahr an den Küsten unseres Landes nach dem ersten Lockdown im Frühling Boden wiedergutmacht werden konnte, gilt dies leider nicht für unser Binnenland, das touristisch gesehen immerhin 90 % der Landesfläche ausmacht. In der aktuellen Pandemie bewegen sich die Zahlen im Binnenland auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Da darf man sich nicht von den vergleichsweise moderaten prozentualen Rückgängen irritieren lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein wichtiger Satz in der Studie „Entwicklungspotenziale und Handlungsempfehlungen zur Stärkung des Binnenlandtourismus in Schleswig-Holstein“, die im Sommer 2019 und damit vor der Coronapandemie veröffentlicht wurde, lautet - ich zitiere -:

„Das Beherbergungsangebot ist quantitativ und qualitativ der limitierende Faktor für die weitere touristische Entwicklung des Binnenlandes.“

Nun hat die Coronapandemie den Wirtschaftsmotor Schleswig-Holstein-Tourismus ins Stottern gebracht.

Im Jahr 2020 kamen in Schleswig-Holstein 30 % weniger Gäste an. Die Zahl der Übernachtungen sank in diesem Zeitraum um 19,6 %. Wir haben damit 7 Millionen Übernachtungen verloren. Dabei wurde aufs ganze Jahr gesehen durchaus Boden gutgemacht. Im ersten Halbjahr sah es noch sehr düster aus. Aber das gute Abschneiden im deutschlandweiten Vergleich geht auch auf das Konto der Küsten.

Auch für dieses Jahr ist aus der Branche zu hören, dass sich zwar der Tourismus an den Küsten wie schon im vergangenen Sommer erholen wird, uns aber geschätzt erneut 7 Millionen Übernachtungen fehlen könnten, je nachdem, welche Öffnungen wann und wie im weiteren Verlaufe dieses Jahres möglich sein werden.

Nach der Tourismusanalyse für 2021 plant zwar angesichts der Unsicherheiten der Pandemie nicht einmal jeder zweite Bundesbürger eine oder mehrere Reisen von mindestens fünf Tagen Dauer in diesem Jahr, doch 33,9 % wollen in Deutschland Urlaub machen. Wenn Urlaub, dann im eigenen Land.

(Regina Poersch)

Auf der Beliebtheitskala findet sich Schleswig-Holstein auf Platz drei hinter Bayern und Mecklenburg-Vorpommern, aber vor Niedersachsen wieder. Ich sage es einmal so, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen im letzten Jahr ihre Marktanteile am Deutschlandtourismus jeweils verdoppeln konnten, dann muss uns dies Ansporn sein. In Schleswig-Holstein haben wir nicht nur zwei wundervolle Küsten, sondern darüber hinaus jede Menge Süßwasseralternativen im Binnenland zu bieten.

Weniger Konzentration auf die Küsten, mehr saisonale und regionale Verteilung und Besucherlenkung, das ist auch das Ziel unserer Tourismusagentur TASH. Damit kommen auch neue Gäste, die unser Land gerade für sich entdecken. Darin liegt eine Chance, nicht nur für die Schlei-Region und die Holsteinische Schweiz, sondern auch für die Städte in unserem Land.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was macht man aber, wenn im Binnenland weitere Hotels und Gaststätten schließen müssen, wie nicht nur der Hotel- und Gaststättenverband befürchtet? Meine Fraktion hat die Situation der Gasthöfe schon im vergangenen Sommer zum Thema gemacht. Ich bin froh über unseren seinerzeit gemeinsam gefassten Beschluss. Wir brauchen die Landgasthöfe. Sie sind ein wichtiger Bestandteil unserer touristischen Infrastruktur im Binnenland und im ländlichen Raum eben auch Orte der Begegnung. Mit der Ablehnung unseres Haushaltsantrags für ein Förderprogramm für Landgasthöfe haben Sie leider nicht auf den Deutschen Tourismusverband und seine Vier-Säulen-Strategie für einen Neustart im Deutschlandtourismus gehört.

Noch einmal: Erstens impfen, zweitens testen, drittens Kontakte digital nachverfolgen und viertens Innovation und - jetzt kommt's - Investition.

(Beifall SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen Landgasthöfe dort unterstützen, wo die Pandemie Umbauten und Modernisierungen ausbremst. Auch der Wirtschaftsminister schließt ein solches Programm nicht kategorisch aus, wie in der Haushaltsdebatte zu hören war.

Ich sage Ihnen: Wir brauchen zusätzliche Unterstützung des Landes. Wir brauchen so ein Förderprogramm. Denn allein mit der Überbrückungshilfe III ist es nicht getan. Diese berücksichtigt nur Kosten, die bereits entstanden sind. Mit anderen Worten: Um Investitionen geltend zu machen, muss man

erst einmal investieren können. Das können viele Betriebe nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Binnenlandtourismus braucht uns. Die Coronapandemie hat die Lage weiter verschärft. Bereits im November 2017 haben wir hier einstimmig beschlossen, dass die Potenziale des ländlichen Raums stärker ausgeschöpft werden müssen, um neue Gästegruppen zu gewinnen.

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam schauen, was noch gilt und wo wir nachsteuern müssen, bei der Beherbergungssituation, bei der Vermarktung, bei den Angeboten, die das Binnenland mit der Möglichkeit des Naturerlebens, das sehr gefragt ist, touristisch in Szene setzen.

Lassen Sie uns also gemeinsam alles tun, dass der Binnenlandtourismus nicht unter die Räder kommt. Ich beantrage die Überweisung beider Anträge in den Wirtschaftsausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Klaus Jensen das Wort.

Klaus Jensen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Tourismus in Schleswig-Holstein hat eine immense Bedeutung für unser Land, was die Wertschöpfung, aber auch was die Anzahl der Beschäftigten angeht. In der augenblicklichen Pandemie, bei geschlossenen Betrieben in der Gastronomie, der Hotellerie und der Vermietung von Ferienwohnungen seit fast fünf Monaten leiden alle Sparten und Regionen im Land massiv und kommen an ihre wirtschaftlichen Grenzen. Der Antrag der SPD fordert ein Förderprogramm für Landgasthöfe im Binnenland für Investitionen in Umbau, Erweiterung und Modernisierung, und das aus Landesmitteln. Verehrte Kollegen der SPD, liebe Kollegin Poersch, meinen Sie ernsthaft, dass die größte Sorge der Betriebsinhaber in dieser Zeit die Investition in Erweiterung und Modernisierung ist? Ich sage: Nein, die größte Sorge ist das Geschlossensein ihrer Häuser. Die größte Sorge ist das Keinen-Umsatz-machen-Dürfen. Die größte Sorge ist das Kein-Geld-verdienen-Können. Das sind die Probleme, die es zu bewältigen gilt.

Meine Damen und Herren, der gemeinsame Antrag der regierungstragenden Fraktionen setzt andere Schwerpunkte. Zum einen heben wir in der Touris-

(Klaus Jensen)

musstrategie des Landes die Bedeutung des Binnenlandes für den Tourismus in Schleswig-Holstein insgesamt hervor. Die touristische Infrastruktur auch im Binnenland wird durch die Bereitstellung von Fördermitteln gezielt verbessert. Die neue Radstrategie ist ein Baustein für die Stärkung gerade dieser Destination, ein Steckenpferd unseres Tourismusministers Bernd Buchholz.

Zum anderen stellt der Antrag die massiven Herausforderungen der Coronapandemie für den Tourismus in den Mittelpunkt. Solch ein heftiges Herunterfahren haben wir in dem Ausmaß wohl noch nie erlebt. Die Hilfsprogramme von Bund und Land sind wichtig, um die hart gebeutelten Betriebe und ihre Mitarbeitenden bei der Abmilderung der Einbußen zu unterstützen. Die zugesagten Hilfen müssen jetzt zügig auf die oft leer gefegten Konten fließen. Die Überbrückungshilfe III ist schon deutlich verbessert worden. Sie muss jedoch im Lichte der jüngsten Entscheidungen in Berlin deutlich aufgestockt werden. Sonst besteht wirklich die Gefahr, dass auch wirtschaftlich starke Betriebe auf der Strecke bleiben.

Meine Damen und Herren, damit komme ich zu den neuen Entwicklungen im Zusammenhang mit den Beschlüssen der MPK und der Kanzlerin von gestern, soweit sie denn heute noch Bestand haben. Wie im Antrag ausgeführt, braucht die Tourismusbranche eine klare und verlässliche Perspektive für eine Öffnung von Beherbergung und Gastronomie. Hierzu stellt der von der Landesregierung erarbeitete Perspektivplan eine gute Handreichung dar, der auch auf Bundesebene Eingang in die weitere Diskussion gefunden hat. Dieser Plan bleibt nach wie vor Richtschnur für die einzelnen Schritte in ein Szenario von Lockerung oder auch wieder Verschärfung von Maßnahmen. Die Ergebnisse der MPK sind zwar in Teilen nicht so ausgefallen wie erhofft, aber das gehört zum Geschäft dazu. Dass der Ministerpräsident seit an Seit zusammen mit den SPD-Landeskolleginnen und -Kollegen Schwesig, Weil und Dreyer für einen Urlaub im eigenen Land gekämpft hat, gehört zur Ehrlichkeit und Redlichkeit dazu.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich möchte Ihr Augenmerk auf einen Punkt im MPK-Beschluss lenken, der für Schleswig-Holstein ganz interessant werden kann. Hierin wird den Ländern die Möglichkeit eröffnet, im Rahmen von zeitlich befristeten Modellprojekten in ausgewählten Regionen die Umsetzbarkeit von Öffnungsschritten zu untersuchen. Zentrale Bedingungen sind unter

anderem neben lückenloser negativer Testergebnisse und digitaler Kontaktverfolgung auch die räumliche Abgrenzbarkeit auf der kommunalen Ebene. Da habe ich sofort an die Inseln und Halligen gedacht. Ich meine, das ist eine Superchance für Regionen mit niedriger Inzidenz, beispielhaft für andere zu Fortschritten in der Pandemiebekämpfung zu kommen.

(Beifall CDU und FDP)

Hier sind die Landkreise Nordfriesland, Plön, Ostholstein, Steinburg und andere zu nennen. Die Akteure vor Ort sind dazu bereit. Ich kann die Landesregierung nur dazu ermuntern, offensiv auf die Regionen zuzugehen und gemeinsame Strategien zu entwickeln. Insofern ist der Ministerpräsident nicht mit leeren Händen aus der Sitzung zurückgekommen. Mir ist es, ehrlich gesagt, auch lieber, man geht mit einer gewissen Vorstellung und Haltung in solch wichtige Verhandlungen, als ohne jegliche Ambitionen dort aufzutreten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das gemeinsame Ziel - ich sage es immer wieder - muss sein, das kontrollierte Zusammenkommen im öffentlichen Raum wieder zuzulassen, um das unkontrollierte Zusammenkommen über das gebotene Maß hinaus im privaten Bereich in diesen schwierigen Zeiten zu verringern. Die Branchen, ob Gastronomie oder Beherbergung, ob Einzelhandel oder Kultur und Freizeit, alle haben bewiesen, dass sie Besucherlenkung, digitale Nachverfolgung und sorgfältige Hygienekonzepte können.

Ich komme zum Schluss. Der Antrag der SPD ist für uns nicht zustimmungsfähig. Wir beantragen Abstimmung in der Sache und bitten um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Tat, die Anträge überschreiten in gewisser Weise die Haltbarkeit. Wir erleben in den letzten Tagen, wie schnell sich Beschlüsse ändern. In einer Telefonkonferenz, die ich gestern mit Touristikern in

(Dr. Andreas Tietze)

Nordfriesland geführt habe, war sehr deutlich die Enttäuschung über die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz zu spüren. Viele von den Leuten, mit denen ich gesprochen habe, sind mit ihren persönlichen Kräften am Limit. Mein Appell am Ende war: Ich verstehe, dass Sie alle einen dicken Hals haben, aber bitte werden Sie nicht politikverdrossen.

Die Gefahr besteht durchaus. Wir haben in Nordfriesland eine Inzidenz von 25,1. In der letzten Woche ging das von 30 auf 25,1 runter. Auf den Inseln haben wir eine Inzidenz von unter 10. Angesichts dessen bin ich bei dem Versuch, einer ganzen Branche zu erläutern, dass Menschen nach Mallorca fliegen und dort ihren Osterurlaub verbringen können, aber keinen Urlaub an Nordsee und Ostsee machen dürfen, gestern an meine Grenzen gekommen.

(Lars Harms [SSW]: Die kommen doch trotzdem alle!)

Meine Damen und Herren, die Inseln haben nicht geschlafen. Sie haben Testzentren an den Fähren aufgebaut. Sie sind bereit, die Gäste täglich zu testen. Die Abstandsregeln werden überall eingehalten. Der Kreis Nordfriesland hat als einer der wenigen Kreise bereits die luca-App eingeführt und dafür gesorgt, dass es im Gesundheitsamt eine entsprechende Schnittstelle gibt, sodass alle Daten direkt im Gesundheitsamt bearbeitet werden können. Der Landrat hat mir gestern gesagt, seiner Auffassung nach ist kein Kreis so weit wie der Kreis Nordfriesland.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich weiß, Herr Minister, dass Ihnen jetzt alle ihre Kreise ans Herz legen und sagen: Wir würden gerne Teil des Modellprojekts werden. Aber Sie wissen, am Ende geht es darum, dass Regionen tatsächlich bereit sind und wir keine Zeit verlieren. Die Regionen, die es wirklich können, sollen es dürfen. Auch die Regionen, die niedrige Inzidenzen haben, stehen für mich ganz oben auf der Liste. Das sage ich jetzt nicht nur als Nordfriese, sondern auch als Mitglied dieses Landtags. Wir müssen diese Kriterien wirklich im Blick haben.

In der Tat ist im letzten Jahr der Pandemie nicht alles schlecht gewesen. Es hat in den Sommermonaten doch eine gute Erholungsphase gegeben, gerade was die Ferienwohnungen und die Campingplätze angeht.

Gestern wurde auch auf die Dinge hingewiesen, die coronakompatibel einen Urlaub möglich machen.

Ich nenne die Ferienwohnung mit einem extra Eingang und der gesonderten Sicherheitsstufe, dass man sich dort selbst versorgen kann, oder auch das Reisen mit dem Wohnmobil. Das sind Urlaubsmöglichkeiten, im Hinblick auf die ich an Sie appelliere, sich zu vergegenwärtigen: Urlauber haben selber ein Interesse daran, sich nicht anzustecken.

Auf Föhr gibt es eine wunderbare Tradition, den sogenannten Föhrer Dosenschwur. Mir haben gestern einige Mitglieder gesagt - Frau Bohn kennt das auch -: Warum machen wir nicht einen Covid-19-Schwur, indem wir mehr auf die Selbstvorsorge und die Selbstdisziplin der Menschen setzen, die Teil der Lösung, einer Strategie sein können, um das Virus in den Regionen zu bekämpfen? Über diese Strategie, die sich an die Selbstverantwortung der Menschen richtet, sollten wir wirklich einmal nachdenken. Ich glaube, dass gerade Menschen, die bei uns Urlaub machen, dieser Selbstverantwortung gerecht werden können.

Zu der Frage, ob wir zu früh oder zu spät öffnen, war gestern zu hören, der Drops mit dem Osterurlaub sei gelutscht. Darauf richtet sich wirklich keiner mehr ein. Aber zu der verlässlichen Perspektive ab dem 15. April gehört, dass wir tatsächlich eine realistische Perspektive aufzeigen und auf die Branche vertrauen.

Morgen tagt der tourismuspolitische Beirat. Sie wissen, dass ich als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses auch der Vorsitzende dieses Beirates bin. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir gemeinsam nach Lösungen suchen. Die Branche ist sehr stark motiviert, den Tourismus mit sehr klugen Maßnahmen wieder anzufahren. Das sollten wir unterstützen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich finde auch: Die norddeutsche Lösung hat etwas. Wir sollten nicht den Alleingang wagen, sondern im Verbund - mit Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen - einen gemeinsamen Weg gehen. Ich hoffe sehr, dass wir in den nächsten Wochen und Tagen Signale aus den jeweiligen anderen Bundesländern bekommen, damit wir uns hier nicht gegenseitig Konkurrenzen aufbauen, sondern Solidarität leisten und die Stärken nutzen, die wir hier mit der frischen Luft und dem Wind haben. Es ist vielleicht auch eine Stärke, dass es hier in den letzten Monaten mit der Covid-19-Strategie gar nicht so schlecht gelaufen ist. Das zeigen ja auch die Zahlen, die wir deutschlandweit sehen.

(Dr. Andreas Tietze)

Wenn es eine Öffnung des Tourismus gibt, dann klar: hundertprozentige, tägliche Testung, Abstand halten und vielleicht auch die Idee - der Kollege Harms wird noch sprechen - aus Dänemark mit dem Covid-19-Pass. Ich fand es sehr interessant. In Tübingen gibt es auch ein Modellprojekt des Kollegen Palmer, Ähnliches in Rostock. In dem Pass steht drin: „Ich bin geimpft“, oder: „Ich habe eine ausgestandene Infektion“, oder: „Ich bin bereit, mich täglich testen zu lassen“. Lieber Herr Gesundheitsminister, das ist es, was ich unter Eigenverantwortung verstehe. Ein solcher Pass muss ein Goodie sein, damit Menschen im Alltag sagen: Wenn ich mich so vorausschauend und präventiv verhalte, soll ich auch die Möglichkeit bekommen, an der frischen Luft Urlaub zu machen.

Lassen Sie mich zuletzt noch sagen, meine Damen und Herren: Es gibt sehr viele Menschen, die in dieser Krise an ihre Grenzen gekommen sind, viele Ärztinnen, Ärzte oder Pflegerinnen und Pfleger. Auch sie haben verdient, einen guten Urlaub zu machen und sich von der schweren Arbeit, die sie im letzten Jahr geleistet haben, zu erholen. Auch an sie sollten wir denken, wenn wir über Öffnungen im Tourismus nachdenken. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Annabell Krämer das Wort.

Annabell Krämer [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Eigentlich bin ich davon ausgegangen, dass wir heute über den langersehnten Restart des immens wichtigen Tourismus in unserem Land sprechen können. Aber ob der Beschlüsse der MPK von letztem Montag fehlen mir eigentlich die Worte. Ich wage es nicht zu hoffen, dass die MPK in der heutigen Sondersitzung noch das wirklich irrsinnige Verbot des kontaktarmen Tourismus kippen wird. Dass Müdigkeit nicht gerade zur Erhöhung der Schwarmintelligenz führt, hat uns die MPK, glaube ich, mehr als deutlich vor Augen geführt.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Tim Brockmann [CDU])

Angela Merkel wünschte sich auf ihrer nächtlichen Pressekonferenz sogar, dass man in diesem Jahr überhaupt nicht reisen sollte. Ganz ehrlich: Diesen Abgesang auf Tourismus in Schleswig-Holstein 2021 gehen wir Freie Demokraten nicht mit.

(Beifall FDP)

Das Verbot des kontaktarmen Tourismus über Ostern lediglich damit zu begründen, dass jetzt nicht die Zeit zum Reisen sei, ist unverhältnismäßig, ehrlich gesagt eine Frechheit und ein Schlag ins Gesicht der vielen Menschen in unserem Land, die vom Tourismus leben.

(Beifall FDP und Jörg Nobis [AfD])

Kontaktarmer Tourismus ist kein Pandemietreiber, sondern geeignet, die Inzidenzen in unserem Land zu senken. Schleswig-Holstein hat 3 Millionen Einwohner. Egal, wie ich es rechne: Es werden nicht mehr, wenn man sie auf zusätzliche Standorte im Land - unsere Ferienwohnungen und Campingplätze - verteilt. Es würde Kontakte vielmehr entzerren, statt sie zu vermehren.

(Beifall FDP und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir Freie Demokraten sind weiterhin für den sofortigen Start eines umsichtigen Tourismus in Schleswig-Holstein. Vielleicht sind die Teilnehmer der MPK ja heute etwas besser ausgeschlafen.

Die aktuelle Situation im Tourismus macht es umso unverständlicher, dass die SPD ihren Antrag weiterhin auf der Tagesordnung gelassen hat. Die Tourismusbranche steckt in höchster Not und braucht eine verlässliche Perspektive. Die SPD aber fordert ein Programm zur energetischen Sanierung und geht ernsthaft davon aus, dass dies eine zielgerichtete Hilfe für unsere Tourismusbranche sein könnte.

(Zuruf Kay Richert [FDP])

Im Gegenteil: Ihr angedachtes Förderprogramm für Modernisierungen ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht nur unangebracht, sondern ein Schlag ins Gesicht eines jeden Unternehmens, das ums blanke Überleben kämpft.

(Beifall FDP und Klaus Jensen [CDU])

Ich frage Sie allen Ernstes: Wer kauft sich eine neue Küche und denkt über energetische Sanierung nach, wenn er nicht einmal weiß, ob er morgen noch in der Lage ist, für die Familie den Inhalt des Kühlschranks zu bezahlen?

(Kay Richert [FDP]: So ist es! - Beifall FDP)

Vor fast genau einem Jahr hat übrigens Robert Habeck Ähnliches gefordert. Schon damals hat diese Aussage landauf, landab die Menschen die Hände über den Kopf zusammenschlagen lassen. Ein Jahr ist es her, und ich habe echt ein Déjà-vu.

(Annabell Krämer)

Kommen wir zum zweiten Teil Ihres Antrags: Sie wollen prüfen, inwieweit die Ergebnisse der Studie zur Entwicklung des Binnenlandtourismus unter den aktuellen Pandemiebedingungen noch gültig sind. Jetzt bin ich es, die die Hände über dem Kopf zusammenschlägt: Eine Entwicklungsstrategie richtet man nicht an der aktuellen, kritischen Situation aus. Eine Strategie ist langfristig ausgerichtet. Auf eine manifeste Krise - das stellt diese Pandemie zwangsläufig dar - reagiert man mit kurzfristig operativ wirksamen Maßnahmen.

Was wir strategisch als richtig erachten, ist immer noch angezeigt. Tourismusminister Bernd Buchholz hat den Binnenlandtourismus zu einem Kernthema der Tourismusstrategie gemacht. Breitbandausbau bis zur letzten Milchkanne stärkt zum Beispiel den ländlichen Raum und die Attraktivität von Landgasthöfen als Urlaubs- und Seminarorte. Die Radstrategie des Landes hebt die Stellung unserer Landgasthöfe für Tagesausflügler.

Wir Freie Demokraten sind der Meinung, dass die Attraktivität unseres Urlaubsstandorts Schleswig-Holstein stark erhöht werden kann, wenn die Vernetzung der lokalen Tourismusorganisationen gestärkt wird. Auch die Kommunen gerade im Binnenland können etwas beitragen, zum Beispiel durch lokales Marketing und die Bereitstellung notwendiger Flächen für Tourismusangebote. Dann verbringe ich als Urlauber einen Tag an der wunderschönen Treene, den nächsten Tag radele ich zum Landgasthof in Mittelholstein. Es entsteht Mehrwert durch ein kreisübergreifendes Angebot für unsere Urlauber, damit der Schleswig-Holstein-Urlaub auch im nächsten Jahr noch unentdeckte Flecken bietet. Dabei hilft auch der während der Coronapandemie stark gestiegene E-Bike-Absatz. Nutzen wir diesen und andere Trends! Camping und Radfahren haben ein enormes Wachstumspotenzial im Bereich des Tourismus. Ich sage Ihnen eins: Da wappnen wir uns.

(Beate Raudies [SPD]: Da müssen wir erst mal die Radwege bauen!)

Strategisch ist das Land gut aufgestellt, aber unser Binnenland und hier besonders unsere Landgasthöfe benötigen auch kurzfristig operative Lösungen. Da hilft zum Beispiel die Verlängerung der Umsatzsteuersenkung für Speisen in der Gastronomie bis Ende 2022.

(Beifall FDP)

Wir Freie Demokraten wünschen uns aber, dass die Steuersenkung auch auf Getränke ausgeweitet wird. Leider gehen unsere Koalitionspartner diesen Weg

bisher nicht mit. Wir werden aber weiter dafür werben.

(Beifall FDP)

Was wirklich zählt, habe ich bereits zu Beginn meiner Rede erwähnt: Die Gastronomie- und Beherbergungsunternehmen brauchen in aller erster Linie die Möglichkeit, endlich zu öffnen. Wem nutzt eine Umsatzsteuersenkung, wenn er keine Umsätze generieren darf? Kontaktarmer Urlaub ist und bleibt der erste notwendige Schritt. Weitergehende Öffnungen sollten wir zügig mit Modellregionen erproben, damit im Sommer endlich wieder hoffentlich jeder, der möchte, die touristischen Highlights unseres schönen Bundeslands vollumfänglich genießen darf. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und Klaus Jensen [CDU])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer das Wort.

Christian Dirschauer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor Corona befand sich der Tourismus in Schleswig-Holstein auf einer echten Erfolgsspur. Über Jahre hinweg war dort ein überdurchschnittlich hohes Wachstum zu verzeichnen. Damit erreichte der Tourismus als Wirtschaftsfaktor eine noch stärkere Bedeutung für unser Land. Dieser Erfolg ist auch der Tourismusstrategie der Küstenkoalition geschuldet. Unsere Zugpferde sind die Destinationen an Nord- und Ostsee. Man ist geneigt zu sagen, dass es dort nahezu von selbst läuft - unter Normalbedingungen, ohne pandemische Lage.

Im Gegensatz dazu haben wir die Herausforderung, den Tourismus im Binnenland weiter voranzubringen. Eine Studie von Akteuren des Binnenlandtourismus und vom Land kam 2019 zu dem Ergebnis, dass im Binnenland durchaus touristisches Potenzial vorhanden ist. Um dieses Potenzial zu heben und um die Wertschöpfung im Binnenland zu erhöhen, bedarf es eines gemeinsamen strategischen Vorgehens. Fußend auf einer Entwicklungspartnerschaft vom Land sowie den Tourismusorganisationen und Gemeinden des Binnenlandtourismus gilt es, das Tourismusangebot im Binnenland zu verbessern: raus aus der Kleinteiligkeit der Anbieterstruktur, Verbesserung sowie Ausbau der Beherbergungsangebote.

Kurz gesprochen sind das Aufgaben, auf die in der Studie verwiesen wird und vor denen die Beteilig-

(Christian Dirschauer)

ten stehen. Das heißt, das Problem ist erkannt. Durch die pandemische Lage aber wurde auch die Tourismuswirtschaft bei uns im Land hart getroffen. Das gilt insbesondere auch für die Regionen im Land, die von vornherein nicht ganz so stark dastehen, sprich der Binnenlandtourismus. Das Binnenland hat dabei seine Reize und Vorzüge, insbesondere für den sanften Tourismus, wie beispielsweise den Fahrrad- und den Wassertourismus bietet das Binnenland hervorragende Voraussetzungen.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Was ist dann harter Tourismus?)

Wenn die Fahrradwege oder Wasserstraßen die Lebensadern sind, die die verschiedenen Standorte miteinander verknüpfen, dann sind die Landgasthöfe und -gaststätten ihre Herzkammern. Doch genau diese Herzkammern stehen vor dem Infarkt, das soll heißen: Bereits vor Corona und dem Lockdown hatten die Landgasthöfe Existenzprobleme. Die Gründe für das Sterben der Landgasthöfe sind vielfältig. Laut DEHOGA hat sich das Freizeit- und Essverhalten der Leute dahin gehend verändert, dass eben nicht mehr ganz klassisch im Landgasthof gegessen wird. Aber Landgasthöfe erfahren durchaus auch eine Konkurrenz durch Dorfgemeinschaftshäuser. Zudem wird auch auf den Fachkräftemangel hingewiesen. Unterm Strich stünden Aufwand und Ertrag in einem ungünstigen Verhältnis.

Das sind ganz grundlegende Probleme der Landgasthöfe und -gaststätten, die es bereits vor Corona und dem Lockdown gab. Umso wichtiger ist es, dass das Gaststättengewerbe neuen Aufschwung erhält. Die Forderung der SPD, hier ein Förderprogramm für Landgasthöfe aufzulegen, wäre durchaus ein erster Schritt, den wir ausdrücklich begrüßen.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Eine Evaluierung und gegebenenfalls Neuausrichtung der Studie zu den Entwicklungspotenzialen und Handlungsempfehlungen des Binnenlandtourismus unter Berücksichtigung der Pandemiebedingungen sollte unseres Erachtens eine Selbstverständlichkeit sein. Die wirtschaftlichen Sorgen in der Branche sind nämlich groß. Wir können es uns nicht leisten, noch mehr Landgasthöfe zu verlieren, denn damit würden uns die Anlaufstellen für den Tourismus verloren gehen.

Wir sollten mehr als nur bestrebt sein, unsere Landgasthöfe am Leben zu erhalten. Das Land kann hier gewiss unterstützend helfen, aber es bedarf eben auch einer Eigeninitiative und Kreativität vonseiten des Gaststättengewerbes. Als Beispiel möchte ich lobend hier zum Beispiel die Feinheimisch-Initiativ-

ve anführen. Das Konzept beruht auf Nachhaltigkeit und Regionalität und schafft Wertschöpfung in der Region. So gibt es mit Sicherheit auch andere kreative Konzepte, die sich erfolgreich umsetzen ließen. Aber das muss dann mit und auch aus dem Gaststättengewerbe heraus erwachsen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, Regina Poersch [SPD] und Sandra Redmann [SPD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für den Zusammenschluss der AfD hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Noch vor wenigen Wochen drängte der Ministerpräsident auf einen Coronastufenplan und ließ sich dafür feiern. An die Adresse der Hotelbesitzer hieß es gnädigerweise, er werde nicht davon abraten, Buchungen für die Ostertage anzunehmen. Doch seit gestern wissen wir: Noch nicht einmal der sogenannte kontaktlose Urlaub wird über Ostern möglich sein. Hotels, Ferienwohnungen und auch Landgasthöfe bleiben über Ostern für Touristen geschlossen, und das, obwohl zur gleichen Zeit Ziele im Ausland geöffnet bleiben: Mallorca, die Kanaren, Portugal, Sardinien, aber nicht Bosau, Altenkrempe oder Nortorf. - Das kann niemand nachvollziehen.

Die Grundrechte der Bewegungsfreiheit und der Berufsfreiheit werden ohne zwingende Evidenz weiterhin eingeschränkt. Das ist nicht angemessen, das ist nicht geeignet, das ist eine totale Kapitulation des Ministerpräsidenten vor Frau Merkel zulasten unserer Tourismusbranche.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Der SPD-Antrag fordert die Unterstützung von Landgasthöfen bei Investitionen und Modernisierungen. Das halten wir im Prinzip für sinnvoll, da gerade Landgasthöfe besonders hart vom Lockdown betroffen sind. Familienfeste, Grünkohlessen, Weihnachtsfeiern konnten schon nicht realisiert werden, Ausflügler nicht bewirtet. Die Umsatzverluste häufen sich. Dabei sind Landgasthöfe nicht nur schlichte Speisestätten, sondern auch Treffpunkte, oft die letzten Zentren für das soziale Leben auf dem Dorf. Sie gilt es unbedingt zu erhalten. Ohne sie wäre eine Lenkung des Tourismus Richtung Binnenland noch schwieriger als bisher schon. Tourismusverbände, die TASH und das zuständige Ministerium bemühen sich intensiv, das Binnenland als Destination aufzuwerten. Aber was nützt das,

(Volker Schnurrbusch)

wenn die Landesregierung immer wieder einknickt und den Osterurlaub an Nord- und Ostsee und im Binnenland streicht?

Der Tourismus unseres Landes befindet sich seit einem vollen Jahr in einem tiefen Tal, seit Montag in einem wahren Jammertal. Die Übernachtungen in Schleswig-Holstein gingen im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr schon um 20 % zurück. Dabei wurde der Tourismus im Binnenland mit einem Rückgang um 36 % besonders hart getroffen - und das, obwohl sich bereits in der Öffnungsphase die Tourismusbetriebe mit Hygiene- und Schutzmaßnahmen hervorragend auf Corona eingestellt hatten. Der Deutsche Tourismusverband stellte ein umfangreiches Konzept für sicheres Reisen im Deutschlandtourismus vor und empfahl ein auf den regionalen Inzidenzwerten basierendes dreistufiges Ampelsystem.

Auch das Konzept vom Tourismusverband Schleswig-Holstein zu einer kontrollierten Öffnung von allen Beherbergungsbetrieben und der Außengastronomie liegt auf dem Tisch. Es muss nur von der Politik aufgegriffen werden. Der Tourismus im Innenland ist zu keinem Zeitpunkt ein Pandemietreiber gewesen. Dies gilt es, endlich anzuerkennen.

Nachdem die Berliner Mitternachtsrunde wochenlang gar nichts zu Gastronomie und Hotellerie beschlossen hatte, kommt jetzt der totale Lockdown zu Ostern - an einem der umsatzstärksten Wochenenden im Jahr. Das ist verantwortungslos, das ist vollkommen unbegründet, das ist nicht verhältnismäßig, und das ist ungerecht gegenüber den Unternehmern und ihren Gästen, die sich bisher an sämtliche Auflagen gehalten haben, so überzogen sie auch sein mögen.

Das kann so nicht weitergehen. Wir fordern den Ministerpräsidenten auf: Lassen Sie die Tourismusbranche leben und arbeiten. Denn diese Betriebe brauchen nicht immer neue Gelder, die vielleicht irgendwann auch einmal ankommen, sondern sie wollen wieder anpacken und ihr Geld selbst verdienen. Ansonsten sind nicht nur unsere Landgasthöfe nur noch eine traurige Erinnerung an das einstmal blühende Urlaubsland Schleswig-Holstein.

Wir stimmen beiden Anträgen zu, aber fordern endlich eine echte Öffnungsperspektive für die gesamte Branche, und nicht immer neue Rückzieher. - Vielen Dank.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Anette Röttger.

Anette Röttger [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In dieser Debatte ist viel gesagt worden. Ich möchte ergänzen: Der Blick auf unsere Kulturlandschaft hat sich mit Corona geschärft. Ich glaube, es gibt in unserem Land viele Anbieter, die auch hier besondere Erwähnung finden sollten. Wir alle sind von Ferienbetrieben angeschrieben worden, die in dieser Zeit auch sehr unter der Coronapandemie leiden und denen wir auch Berücksichtigung und Wertschätzung schenken müssen, die von Unterstützungshilfen nicht berührt werden und die durch das Raster fallen.

Ich möchte an dieser Stelle eindrücklich darauf hinweisen, dass Ferienbetriebe sehr wohl auch, wenn es um Modellregionen geht, wie sie Klaus Jensen angesprochen hat, Berücksichtigung finden sollten, weil wir hier Ferienhäuser und abgeschlossene Bereiche haben und weil wir hier Familienurlaub anbieten können, der draußen stattfindet und das aufgreift, was uns in dieser Pandemie auch seelisch wieder Kraft gibt, wo Familien, Eltern mit ihren Kindern, Großeltern mit ihren Enkelkindern oder auch Jugendliche Ponyhöfe wieder erreichen können. Das sind Strategien, die als Erste in Modellvorhaben bei Öffnung von Tourismus wieder Berücksichtigung finden sollten.

Ich möchte an dieser Stelle deutlich sagen und mich bedanken: Wir hatten kürzlich eine Diskussion über die Kleinstcampingplätze. Das alles sind Strukturen, die als zusätzliche Erwerbsbereiche in unserem Land entstanden und entwickelt worden sind, die wir alle befürwortet haben und denen wir es jetzt schwermachen. Es hat erste Schritte gegeben, unbürokratisch zu helfen, diese Bereiche zu dulden. Ich wünsche mir, dass wir auch hier zu einer dauerhaften Stärkung kommen. Das sind kleine Einheiten, die unser Land ausmachen, die Menschen glücklich machen und die dazu beitragen, dass wir in Schleswig-Holstein sagen können: Hier leben die glücklichsten Menschen. Dieser Appell in diese Debatte hinein! - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin Poersch, Ihr Antrag vom 9. Februar 2021 war damals sicherlich gut gemeint, aber er geht heute angesichts der Dramatik der Entwicklung am Hauptthema komplett vorbei.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Angesichts der gegenwärtigen Lage braucht es in diesem Land kein Förderprogramm für die Landgasthöfe, sondern ein Überlebensprogramm für weite Teile des Tourismus.

(Beifall FDP und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich hoffe sehr, dass die Dramatik auch in diesem Haus angekommen ist. Wir reden inzwischen davon, dass auch große, gesunde Hotels, dass auch große, gesunde Campinganlagen mit dem Ausfall des Ostergeschäfts vor einer Situation stehen, die das blanke Überleben in Gefahr bringt - das blanke Überleben dieser Geschäftsbetriebe!

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will überhaupt keinen Hehl daraus machen: Ich bin nicht erfreut über die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz von Montag beziehungsweise der Nacht von Montag auf Dienstag.

(Beifall FDP)

Ganz im Gegenteil, ich hatte mir vorgestellt, dass ein kontaktarmes Urlaubsmachen sehr wohl eine verantwortbare, gute Möglichkeit ist, nach allen Untersuchungen - ob RKI oder Technische Universität Berlin -, nach allen Regeln der Kunst, nach dem Motto: Leute, auf diese Art und Weise könnt ihr durchaus vorgehen. - Unsere Experten im Lande haben das bestätigt und gesagt, dass man das guten Gewissens machen kann.

(Beifall Jörg Hansen [FDP])

Leider ist der Herr Oppositionsführer nicht im Hause; ich würde ihm selber gern etwas sagen; er ist jetzt nicht im Saal.

(Beate Raudies [SPD]: Entschuldigung, es sind auch andere Leute nicht im Saal! - Weitere Zurufe SPD)

- Ich würde ihm das gern selber ins Gesicht sagen. Frau Kollegin Raudies, ich würde ihm gern selber sagen, dass mir ein Ministerpräsident, der für den Tourismus kämpft, allemal lieber ist als ein Oppositionsführer, der seine Haltung offenbar erst dann entwickelt, wenn er weiß, dass er eine Mehrheit dafür hat.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage ganz deutlich, auch in Richtung des Oppositionsführers - ein kleiner Exkurs zum Einzelhandel -: Als wir den Einzelhandel in Schleswig-Holstein vor 14 Tagen geöffnet haben, hat es keine zwei Sekunden gedauert, bis gesagt wurde, das sei unverantwortlich, wir sollten uns an Hamburg orientieren.

Gucken wir einmal nach Hamburg: Da war der Einzelhandel geschlossen, Kindertagesstätten und Schulen waren geschlossen. Bei uns hat sich die Inzidenz der Infektion um zehn Punkte nach oben entwickelt, in Hamburg um 50. Was lehrt uns das, was ziehen wir daraus für Schlüsse? Dass wir uns an Hamburg orientieren sollen? - Wohl kaum!

(Beifall FDP und CDU - Wortmeldung Beate Raudies [SPD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Minister - -

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Nein, jetzt nicht, weil ich gerade so schön in Rage bin. - Auch die Empfehlung an den Herrn Sozialminister, sich beim Impfen an Mecklenburg-Vorpommern zu orientieren, ist beim Blick auf die heutige Erstimpfquote von Mecklenburg-Vorpommern eine Farce, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Minister, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Beate Raudies?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Sehr gern.

Beate Raudies [SPD]: Ganz herzlichen Dank, Herr Minister. - Ist Ihnen bekannt, dass im Kreis Pinneberg, in meiner Heimatstadt Elmshorn heute eine Gemeinschaftsschule bis zu den Osterferien wegen steigender Inzidenzen geschlossen wurde? Sie haben eben den Eindruck erweckt, Inzidenzen seien nicht wichtig und gar nicht so gestiegen. Ich wollte nur fragen, ob Ihnen das bekannt ist.

(Unruhe)

- Sehr geehrte Frau Raudies, dass Sie versuchen, hier einen Eindruck zu erwecken, den ich nie thematisiert habe, ist schon merkwürdig.

(Zurufe)

Wir müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass es bestimmte Entwicklungen gibt, die wir nicht permanent ignorieren sollten. Als Regierende, als Parlamente sollten wir spezifische, gezielte Maßnahmen ergreifen und nicht mit der Keule des Lockdowns einfach nur draufhauen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zurufe
AfD: Das haben wir schon vor Monaten gefordert! - Weitere Zurufe)

Frau Kollegin, dabei gilt es zu gucken, wie sich die Inzidenzen, die Infektionslage in der Freien und Hansestadt Hamburg in den letzten drei Wochen im Verhältnis zu Schleswig-Holstein entwickelt haben. Wer da behauptet, dass das an der Öffnung des Einzelhandels in Schleswig-Holstein liege, der kommt aus dem Tollhaus und ist nicht rational unterwegs.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung geht es jetzt darum, dafür zu sorgen, dem Tourismus wirklich eine Perspektive zu vermitteln. Diese Perspektive kann nicht nur darin bestehen, irgendwelche Hilfsprogramme aufzustocken. Im Ministerpräsidentenkonferenzbeschluss vom vergangenen Montag/Dienstag steht drin, dass es eine ergänzende Hilfsmaßnahme geben soll. Ich sage von dieser Stelle aus ganz deutlich: Bitte nicht noch ein neues Programm, das in seiner Entwicklung drei Monate und in seiner Abwicklung weitere neun Monate dauert. Bitte nicht!

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielmehr gegebenenfalls bitte die Aufstockung der Überbrückungshilfe III um 30 % für einen bestimmten Zeitraum, damit diejenigen, die diese Hilfe brauchen, nicht nur auf einen minimalen Anteil der Fixkosten angewiesen sind, sondern einen auskömmlichen Betrag bekommen, um zu überleben.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Baasch [SPD]: Sie sind doch der Wirtschaftsminister! - Weitere Zurufe SPD)

- Liebe Frau Metzner, diese Zwischenrufe sind ganz wunderbar. Im Kern ist es nämlich nicht nur Herr Altmaier, der das permanent torpediert, sondern insbesondere Herr Scholz, der mit immer neuen Bedingungen dafür sorgt, dass die Programme schwieriger und komplizierter werden.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können sich aus der Verantwortung der gemeinsamen Bundesregierung mit Ihren beiden Ministern nicht herausreden.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, jetzt eine Perspektive der Öffnung zu schaffen und es hinzubekommen, dass man jedenfalls im Tourismus die Chance sieht, wie man es machen könnte. Deshalb habe ich schon gestern Nachmittag den einen Punkt aus dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz aufgegriffen und die Taskforce Tourismus zusammengerufen. Es geht um die Frage: Können und wollen wir uns Modellprojekte und Modellregionen in Schleswig-Holstein vorstellen? Wie können wir das am besten organisieren? Wie kriegen wir es hin, dass nicht par ordre du mufti durch irgendein Mitglied der Landesregierung irgendeiner freihändig ausgewählt wird, während andere, zum Beispiel im Binnenland, daran ebenso partizipieren sollten?

Deshalb haben wir uns gestern mit den Tourismusverantwortlichen darauf verständigt: Wir werden eine Art Ausschreibungsverfahren durchführen, ein schnelles Bewerbungsverfahren, bei dem alle Regionen, die bestimmte Kriterien erfüllen, zum Beispiel nachweisen, dass sie die elektronische Kontaktnachverfolgung gewährleisten können, dass sie ein Testregime installieren können, das nicht nur für Beherbergungsbetriebe bei Anreise, sondern auch nach vier Tagen allen Gästen ermöglicht, sich erneut testen zu lassen, und - soweit es um die Gastronomie geht - auch ermöglicht, dass man sich testen lassen kann, und zwar dokumentiert, bevor man den Innenraum einer Gastronomie betritt.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

All diese Punkte und viele mehr sind Voraussetzung dafür, dass man seinen Hut in den Ring wirft. Wir wollen noch heute oder morgen die Bedingungen dafür an die Regionen herausenden, um den Kommunen, den touristischen Organisationen und Kreisen zu sagen, was die Voraussetzungen sind. Auch eine wissenschaftliche Begleitung wird zwingend dazugehören; sonst sind es keine Modellprojekte.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich sage an dieser Stelle auch: Man soll es sich bitte nicht so leicht machen und annehmen, dass Modellregion bedeutet, dass wir alle Beschränkungsmaßnahmen dadurch umgehen, dass wir nur noch Modellregionen einrichten. Nein, es muss schon einen Erkenntniszuwachs daraus geben. Wir wollen mit diesen Modellprojekten beweisen, dass Tourismus verantwortbar durchführbar ist, dass er pandemisch und von den Hygienekonzepten her sehr wohl in der Lage ist, all die Regeln einzuhalten und dafür zu sorgen, dass wir nicht zum Infektionsgeschehen beitragen, dass wir keine Hotspots kreieren, dass der Tourismus einen positiven Beitrag leistet.

Meine Damen und Herren, viele Menschen wünschen sich, einmal raus zu dürfen, aus den eigenen Wänden rauszukommen. Das gilt insbesondere für Familien mit kleinen Kindern, die in einer Etagewohnung leben und sich fragen: Menschskinder, warum kann ich nicht in einen Wohnwagen, in eine kleine Ferienwohnung an der Küste umziehen, um draußen - ohne Menschen zu treffen -, wenn ich getestet bin, eine risikoärmere Zeit zu verbringen, als wenn ich Ostern zu Hause sitze und Gäste empfangen?

Dafür tritt diese Landesregierung ein. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um 3 Minuten 30 Sekunden überzogen. Diese Zeit steht jetzt allen Fraktionen zur Verfügung. - Wie ich sehe, will davon die SPD-Fraktion, die Abgeordnete Regina Poersch, Gebrauch machen.

Regina Poersch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute zwei Anträge zur Tourismuspolitik in unserem Land zur Diskussion. Aus einem der Anträge möchte ich einen Satz zitieren. Er lautet:

„Kurzfristig notwendige Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie dürfen ... nicht mit der Änderung der langfristig ausgerichteten Tourismusstrategie des Landes verwechselt werden.“

Das ist ein Satz aus Ihrem Antrag, liebe Koalition.

Nun haben Sie eine ganze Menge zu Neustart und zu den Gedanken von Modellregionen, dem ich durchaus etwas abgewinnen kann, gesagt. Das ist alles richtig. Bei ganz vielen Dingen sind wir wirklich ganz nah beieinander. Ich sage Ihnen aber auch: Ihr Antrag gibt das nicht her. Das steht da nicht drin.

Was in unserem Antrag steht, sind Ideen und Gedanken dazu, wie es nach einer Pandemie weitergeht, wie es langfristig mit den Beherbergungsbetrieben im Binnenland weitergehen kann.

Herr Minister, wenn Sie an unserem Antrag das Datum stört, muss ich ihn noch einmal neu mit dem Datum 24. März 2021 einreichen. Ich würde ihn heute genauso wieder einreichen.

(Beifall SPD)

Gucken Sie einmal in die Studie. Da steht etwas über den notwendigen Qualitätswechsel im Binnenland.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Genau das ist es!)

Da müssen wir hinkommen. Darum brauchen wir uns aber nicht zu kümmern, wenn wir gar keine Landgasthöfe mehr haben. Darauf zielt unser Antrag ab. Ich stelle fest, dass mit der Koalition nicht zu diskutieren ist. Das ist hochinteressant.

Ich war geneigt, Ihrem Antrag zuzustimmen. Das, was Sie da so aufschreiben, ist so ein bisschen der kleinste gemeinsame Nenner.

Das, wie Sie hier heute angesprochen haben - das wird morgen beim Runden Tisch garantiert Thema sein: der Neustart -, gibt Ihr Antrag leider nicht her. Ihre Reden habe ich wohl gehört. Unser Antrag ist notwendiger denn je. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Beiträge im Rahmen der überzogenen Redezeit sehe ich jetzt nicht.

Dann kommen wir zu den Kurzbeiträgen. Das Wort zu einem ersten Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Serpil Midyatli.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Minister Buchholz, diese engagierte Rede hätten wir uns von dem Ministerpräsidenten auf der MPK gewünscht. Es waren Ihre Forderungen, mit denen Sie in Berlin bei der Bundeskanzlerin gescheitert sind.

(Beifall SPD)

Sich jetzt hier hinzustellen und im Landtag diese Rede zu halten, aber in Berlin zu scheitern - man muss das Gefühl haben, dass Sie in Berlin allein regierten und die SPD an den MPK-Sitzungen teilnähme.

(Zurufe CDU und FDP: Tut sie auch!)

Ganz ehrlich: Damit kommen Sie hier nicht mehr länger durch.

Sie setzen sich in Berlin mit Ihren Forderungen und mit den Ankündigungen des Ministerpräsidenten nicht durch, kommen zurück, und jedes Mal ist die SPD daran schuld. Wer soll Ihnen das denn glauben?

(Beifall SPD)

Ganz ehrlich: Wir wissen alle ganz genau, dass die Bundeskanzlerin gegen die Urlaubsregelung gewesen ist. Es gab Unterstützung für die Forderung insbesondere von Manuela Schwesig, dem Hamburger Bürgermeister oder von Malu Dreyer. Das haben Sie vorher öffentlich gemacht. Malu Dreyer hat öffentlich gemacht,

(Unruhe - Glocke Präsidentin)

wie sie sich den Urlaub insbesondere in Ferienwohnungen vorstellt.

Hören Sie bitte auf, hier Legenden zu bilden! Sie setzen sich in Berlin nicht durch, und hinterher haben alle anderen schuld. So kommen Sie uns hier nicht davon.

(Beifall SPD)

Sie reden von komplizierten Förderprogrammen, die der Wirtschaftsminister immer wieder macht. Natürlich ist daran auch immer die SPD schuld. Daran haben wir uns auch schon gewöhnt. Sie selber reden von komplizierten Wirtschaftsprogrammen und bringen gerade selbst ein kompliziertes Förderprogramm auf den Weg, indem Sie sagen: Das muss gemacht werden, das muss gemacht werden, das muss gemacht werden.

Die Hygienekonzepte liegen doch schon alle vor. Sie selbst haben die ganze Zeit gelobt, dass die Un-

ternehmen, die Gastronomie, die Hotellerie ihre Hygienekonzepte haben und das insofern gelingen kann. Ich finde es wirklich unredlich, hier so zu tun, als läge es an uns, an der Opposition hier, dass Sie sich in Berlin nicht durchsetzen. Hier bedarf es tatsächlich einiger klarer Worte. Wir werden uns das - ganz ehrlich - nicht länger gefallen lassen.

(Beifall SPD)

Sie wissen auch ganz genau, dass die Situation der Landgasthöfe insbesondere im Binnenland kein neues Phänomen ist. Sie brauchen gerade jetzt in der Krise zusätzlich Unterstützung. Sie alle wissen doch auch ganz genau, was erforderlich ist, wenn Sie gerade jetzt einen Betrieb übernehmen. Stellen Sie sich einmal vor, Christopher Vogt kommt auf mich zu und fragt mich: Frau Midyatli, wollen Sie den Hof nicht übernehmen? - Was passiert? Ich muss Genehmigungen einholen. Alles, was der Hof an Lüftungsgenehmigungen hatte, an Fettabschaltern hatte, alle Dinge, die Christopher Vogt einmal genehmigt bekommen hat, muss ich neu beantragen - nach den neuesten Vorschriften. Genau das meint Regina Poersch, wenn sie sagt, es müsse mehr investiert werden, damit der Betrieb überhaupt eine Nachfolgeregelung bekommen kann.

(Beifall SPD und SSW)

Verehrte Damen und Herren, tun Sie nicht immer so, als wären Sie die Einzigen, die mit der DEHOGA in Kontakt stehen. Wir haben Gespräche geführt. Davon leitet sich unser Antrag ab. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie ihm zustimmten. Es geht nicht um die SPD. Es geht um die Landgasthöfe in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Christopher Vogt.

(Zurufe CDU und FDP - Serpil Midyatli [SPD]: Ich habe wenigstens Ahnung davon! Ganz ehrlich! Ganz ruhig bleiben bei dem Thema, ja?)

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es gut, dass sich die SPD nach der leidenschaftlichen Rede des Wirtschaftsministers noch einmal zu Wort gemeldet hat, denn es geht tatsächlich um viel. Ich glaube, es gibt in der Tat Gemeinsamkeiten.

(Christopher Vogt)

Frau Midyatli, als Landesvorsitzende sollten Sie sich schon einmal anschauen, wie sich die SPD in Schleswig-Holstein in den letzten Tagen und Wochen zu den wirtschaftlichen Herausforderungen in Schleswig-Holstein gestellt hat.

(Serpil Midyatli [SPD]: Sie regieren!)

- Ja, wir regieren. Gott sei Dank regieren wir, Frau Midyatli.

(Beifall FDP und CDU)

Mit vollem Ernst: Wir nehmen Sie ernst, und wir wollen wissen, wie sich die größte Oppositionspartei im Land verhält. Die Menschen im Land wollen das auch wissen.

Sie haben beim Einzelhandel gesagt: Das ist ein Fehler. - Herr Tschentscher versucht jetzt, uns die Schuld für die Hamburger Probleme zuzuschieben.

Wir haben jetzt das Problem mit dem Tourismus. Wir haben kluge Vorschläge gemacht. Sie kennen meine Haltung zur MPK. Ich bin der Meinung, dass ein Land Dinge durchaus selber in eigener Zuständigkeit entscheiden kann. Ich glaube, das wird in den nächsten Wochen - gerade nach den heutigen Ereignissen - weiterhin Thema sein.

(Beifall FDP und AfD)

Frau Midyatli, ich werfe Ihnen nicht vor, wie sich die SPD auf der MPK verhält, überhaupt nicht. Das ist auch nicht Ihre Zuständigkeit. Ich sage Ihnen nur, wie sich die SPD in Schleswig-Holstein verhält. Das wird in den nächsten Wochen noch interessanter werden. Wir müssen uns wechselseitig in die Augen schauen und das ernst nehmen. Das interessiert die Menschen nämlich.

(Serpil Midyatli [SPD]: Genau!)

Sie waren beim Einzelhandel dagegen. Sie waren jetzt beim Tourismus dagegen, als Sie das Gefühl hatten: Das wird nichts.

(Beifall FDP, CDU und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Minister hat in seiner ausgedehnten Zuständigkeit auch über das Impfen gesprochen. Sie verweisen ständig darauf, wir sollten uns mit Hamburg einigen, obwohl Sie wissen, dass die Hamburger ganz vieles von dem, was wir wollen, nicht wollen und auch andere Herausforderungen haben. Es ist schon eine billige Nummer zu sagen: „Einigt euch mit Hamburg“, wohl wissend, dass das nichts wird, weil der Erste Bürgermeister in Hamburg das nicht will.

Sie sagen beim Impfen: „Guck doch mal, wie toll das in Mecklenburg-Vorpommern ist.“ - Hätten wir auf Sie gehört und es so gemacht wie in Mecklenburg-Vorpommern, hätten wir beim Impfen jetzt ein Problem. Vielleicht erinnern Sie sich einmal an Ihre Worte. Sie können sich nicht immer hinstellen und sagen, was alles richtig ist, und im Nachhinein sagen: Was wollen Sie von uns? Konfrontieren Sie uns nicht mit unseren Aussagen der letzten Tage. - So einfach geht das nicht, Frau SPD-Vorsitzende.

(Beifall FDP, CDU und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Schauen wir doch einmal nach vorn. Wir wollen jetzt Modellregionen ausweisen. Habe ich Sie gerade richtig verstanden, dass Sie gesagt haben, wir machten das mit den Modellregionen in den nächsten ein, zwei Tagen jetzt so kompliziert wie bei den Wirtschaftshilfen? Das ist doch nicht Ihr Ernst! Sollen wir gar keine Anforderungen an die Modellregionen stellen?

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abschließend möchte ich sagen: Ich freue mich über Ihre Aussagen zum Thema Bürokratieabbau. Das hört man von der SPD immer gern. Daran werden wir Sie erinnern.

Wenn ich einen Landgasthof hätte, würde ich Sie als Partnerin mit reinnehmen, Frau Midyatli. Wir würden das gemeinsam gut auf den Weg bringen. Ich hoffe, dass wir die Landgasthöfe und den Tourismus insgesamt voranbringen können. Davon hängen Zigtausende Arbeitsplätze ab. Wir sollten also die Gemeinsamkeiten weiter herausstreichen. Ich freue mich, dass Sie da mit im Boot sind. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lukas Kilian.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir stellen fest, dass im Herbst dieses Jahres eine Bundestagswahl stattfinden wird. Ich glaube, bei der zum Teil desaströsen Kommunikation und zum Teil auch desaströsen Pandemiebewältigung unserer Bundesregierung ist es natürlich ein Leichtes, als Union zu sagen: „Der SPD-Minister

(Lukas Kilian)

ist schuld!“, und als SPD zu sagen: „Der Unionsminister ist schuld!“ Ehrlicher Weise müssen wir aber festhalten, dass es die Menschen dort draußen kein Stück interessiert, wer schuld ist. Die Leute wollen, dass die Probleme abgearbeitet werden.

(Vereinzelter Beifall CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, dass es wichtig ist, dem Wirtschaftsminister zu sagen: Dass es mit den Wirtschaftshilfen nicht läuft, ist eine Katastrophe! Genau das Gleiche müssen wir auch dem Finanzminister sagen, denn auch der Finanzminister baut eine Menge an bürokratischen Hürden und Prüfungen ein, die in dieser Form nicht nötig sind und dazu führen, dass die Wirtschaftshilfen nicht schnell ausgezahlt werden können. Frau Midyatli, es gehört zur Ehrlichkeit dazu, das man nicht nur den einen kritisiert, sondern auch den anderen. Wenn wir so ehrlich sind und sagen: „Unser Wirtschaftsminister Peter Altmaier macht da gerade keinen guten Job“, gehört es genauso dazu, dass man darauf hinweist, dass das Finanzministerium keinen guten Job macht, denn das Finanzministerium sorgt gerade massiv dafür, dass die Wirtschaftshilfen nicht funktionieren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Lars Harms [SSW])

Es ist dann schon wie ein Stück aus dem Tollhaus, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, dass der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein auf der Ministerpräsidentenkonferenz nicht hart und gut verhandele. Ich wusste nicht, dass Sie auch daran teilnehmen.

Ich habe mitbekommen - über das, was man über die Online-Liveticker mitbekommt -, dass die Ministerpräsidentenkonferenz wegen einer Protokollerklärung, die unter anderem Schleswig-Holstein anbringen wollte, für mehrere Stunden unterbrochen wurde. Meines Wissens nach haben sich dann vier Leute, zwei SPD und zwei CDU, zusammen zurückgezogen, um einen genialen - oder auch weniger genialen - Vorschlag zu unterbreiten, der das Ganze dann abschließen sollte. Aber auch da interessiert das ganze parteipolitische Hin- und Her-schiebe wenig.

Wir sollten hier ins Land schauen - ich glaube, das ist langsam wirklich wichtig - und uns zum Beispiel die letzte Wirtschaftsausschusssitzung anschauen. Da haben wir - ich glaube, es waren alle Vertreter von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - ganz konkret gefragt: Was würde die SPD denn anders machen? Was will die SPD gerade? - Da fielen

legendäre Sätze wie: „Die Meinungsführerschaft hat unser Fraktionsvorsitzender; wir haben einen starken Fraktionsvorsitzenden!“. - Das mag sein, aber offenkundig gibt es keine klare Ansage der einzelnen Abgeordneten.

Uns wurde vorgeworfen, dass in Hamburg Baumärkte geschlossen waren, in Schleswig-Holstein die Baumärkte geöffnet wurden. Ich habe gefragt: Was ist der Plan? Sollen wir die Baumärkte zumachen, oder sollen wir die Landesgrenze sperren? - Keine Antwort, nur: Ja, das ist eine schwierige Situation.

Im Endeffekt versteckt man sich und sagt, man benötige eine gemeinsame norddeutsche Lösung. Die gemeinsame norddeutsche Lösung entsteht angeblich aber nur im Hamburger Rathaus, weil dort der einzige Taktgeber sitzt. Entschuldigung, es ist doch keine gemeinsame Politik, wenn man einzig und allein auf das Hamburger Rathaus schaut. Wenn man das Selbstbewusstsein als Landtagsabgeordneter in Schleswig-Holstein hat, dann müsste man auch vertreten, ganz Schleswig-Holstein von Hamburg einzugemeinden und aus dem Hamburger Rathaus regieren zu lassen. Wenn das der Vorschlag ist!

(Zurufe FDP und SSW)

Ganz im Ernst, die SPD als Oppositionspartei blinkt in alle Richtungen. Sie hat den Vorwärts- und den Rückwärtsgang gleichzeitig eingelegt und gibt Vollgas. Das wird den Menschen im Land beim Thema Tourismus nicht gerecht. Sie haben keine klaren Positionen. Es ist deshalb sehr albern, der Koalition vorzuwerfen, dass man keine gute Kommunikation bei diesem Thema habe. Für den Binnenlandtourismus und den gesamten Tourismus in unserem Land wäre es gut, dass man sich hier auch an die gemeinsam gefassten Beschlüsse hält. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde es schon sehr beschämend, dass wir heute in diesem Tourismusland Schleswig-Holstein keine zukunftsweisende Debatte führen können.

(Jette Waldinger-Thiering)

Herr Minister Buchholz, wir werden heute, noch während dieser Landtagstagung, auch über andere Anträge diskutieren, die ein Verfallsdatum haben - ob das der Start der Kulturhilfen oder der Studienstart ist. All das sind Anträge aus dem Februar-Plenum. Insofern finde ich Ihren Vergleich im Hinblick auf den SPD-Antrag ziemlich schräg, und der Vergleich hinkt auch.

(Beifall SSW und SPD)

Liebe Jamaika-Koalition, ich vermisse - das tut meine komplette Fraktion - eins: Wieso steht in Ihrem Antrag nicht drin, wann Sie den Tourismus öffnen wollen? Sie schreiben nichts Gescheites da rein.

Zur Digitalisierung - Andreas Tietze hat es vorhin schon gesagt - verweise ich auf Dänemark. Dort führt man einen Impfpass ein, der auf jedes Handy passt. Man muss nicht das neuste Smartphone haben, damit sie darauf läuft und man sie benutzen kann. Die Luca App ist schon angesprochen worden. Sie ist wichtig und sinnvoll. In Nordfriesland nutzt man sie bereits; in meinem Kreis Rendsburg-Eckernförde nutzt man sie bereits.

Jeder von uns ist gestern, als er aufgewacht ist, frustriert über die MPK-Beschlüsse gewesen. Keiner von uns hat damit gerechnet, schon gar nicht nach den Ansagen, die der Ministerpräsident dazu vorher gemacht hat, was das Verreisen im eigenen Land angeht. Wir haben so niedrige Inzidenzen, dass man das jeder Schleswig-Holsteinerin und jedem Schleswig-Holsteiner und auch der Tourismusbranche wirklich gern gegönnt hätte. Wir hätten ganz einfach öffnen können. Ob das Urlaub im Wohnwagen, mit dem Wohnmobil oder in der Ferienwohnung ist, das hätten wir hingekriegt.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Was mich echt nervt, ist, dass ganz viele, die ihren Zweitwohnsitz in Schleswig-Holstein, die hier eine Ferienwohnung haben, ihre Wohnungen belegt haben. Oh, aber nicht von ihnen selbst. - Tobias Koch sagt, sie sind nicht offiziell vermietet, aber dort wohnen Menschen, die sie eigentlich nicht belegen dürften.

Ich möchte damit sagen: Ich hätte vom Landtag heute erwartet, dass zukunftsweisende Versionen für unseren Tourismus entwickelt werden. Wir müssen mit dem Virus leben, aber verdammt noch mal lasst uns irgendwann einmal anfangen, etwas Nachhaltiges zu produzieren, damit die Menschen dort

draußen nicht den Mut und nicht den Respekt gegenüber der Politik verlieren!

(Beifall SSW und vereinzelt FDP)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2766. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Wer der Ausschussüberweisung in den Wirtschaftsausschuss zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Damit ist die Überweisung gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Abgeordneten des SSW, des Zusammenschlusses der AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein abgelehnt worden.

Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag Drucksache 19/2766 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das sehe ich nicht. Dann ist der Antrag Drucksache 19/2766 gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Abgeordneten des SSW, des Zusammenschlusses der AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung des Antrags der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2857. Es ist beantragt worden, den Antrag in den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen sehe ich nicht. Dann ist die Überweisung mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen dann zur Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag 19/2857 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der Antrag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD so angenommen worden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung: 13:11 bis 15:04 Uhr)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 36 A, 22 und 36 B auf:

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

Gemeinsame Beratung

a) Mündlicher Bericht zur Ministerpräsidentenkonferenz am 22. März 2021

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2878

b) Die digitale Kontaktnachverfolgung organisieren

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2855

Digitale Kontaktnachverfolgung zügig vorantreiben

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2883

c) Lockdown-Folgen abmildern: Nachhaltige Hilfen für Beschäftigte in Kurzarbeit und für Unternehmen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2882

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Ich erteile das Wort für die Landesregierung dem Ministerpräsidenten Daniel Günther.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dankbar dafür, dass ich heute den Bericht zur letzten Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten halten kann. Ich will an der Stelle auch sagen, dass ich sehr dankbar dafür bin, dass das Parlament heute Morgen einverstanden war, wegen der neuerlichen Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten den Bericht von mir erst heute Nachmittag zu hören. Ich glaube, es war richtig, es so zu machen, weil wir heute etwas anderes beschlossen und verabredet haben als das, was wir am gestrigen Tag verabredet haben.

Weil das, was verabredet worden ist, öffentlich bekannt ist, will ich das Folgende sagen. Ich habe den

Fraktionsvorsitzenden der SPD und den SSW davon informiert: Die Bundeskanzlerin hat uns heute zu dieser Runde eingeladen, um uns darüber zu informieren, dass sie sich dazu entschieden hat, die Verordnung zur Osterregelung so nicht in Kraft treten zu lassen und den Beschluss zurückzuziehen, den wir unter Punkt 4 der Beschlüsse der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten getroffen haben.

Ich will an der Stelle sagen, was ich auch in der Runde gesagt habe. Ich habe großen Respekt der Bundeskanzlerin gegenüber. Ich will aber ausdrücklich sagen, dass sie die Verantwortung für einen Vorschlag übernommen hat, den sie gemeinsam mit Olaf Scholz, Michael Müller und Markus Söder eingebracht hat. Das nötigt mir großen Respekt ab. Ich sage aber als jemand, der sich während dieser Sitzung durchaus kritisch nicht nur zur Umsetzbarkeit, sondern auch zu der Frage, ob wir mit dem Aufwand, den wir betreiben, eigentlich den gewünschten Effekt erreichen, Folgendes: Ich habe dem am Ende zugestimmt. Die Bundesregierung hat gemeinsam mit allen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten zusammengesessen. Daher sage ich auch: Das ist unsere gemeinsame Verantwortung gewesen. Es war keine alleinige Entscheidung der Bundeskanzlerin. Von daher trägt sie dafür nicht die alleinige Verantwortung, sondern wir tragen sie gemeinsam.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In einer Pandemie muss man sehr viele Entscheidungen treffen. Man muss auch abwägen. Es ist in einer solchen Situation auch richtig, es zu sagen, wenn eine Entscheidung für falsch gehalten wird. Es ist richtig, danach zu sagen: Wir ziehen diese falsche Entscheidung nicht durch, sondern wir sagen in aller Öffentlichkeit, dass wir uns die Wirkung anders vorgestellt und empfunden haben, dass die Umsetzbarkeit leichter zu bewerkstelligen sein wird. Von daher finde ich es richtig, dass wir diesen Fehler gemeinsam eingestehen. Ja, ich habe ihn als Ministerpräsident auch gemacht. Daher sage ich hier vor diesem Parlament: Es war eine falsche Entscheidung, die wir getroffen haben und die wir heute korrigiert haben, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Falsch heißt an der Stelle aber nicht, dass ich jetzt das Signal aussenden möchte, dass diese Entscheidung so gewertet wird, als wäre es nicht richtig, sich jetzt weiter zurückzunehmen. Es gibt keinen

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Grund dafür, zu sagen: Jetzt ist diese Osterregelung nicht in Kraft getreten, jetzt ist die Situation wieder vollkommen kontrolliert. Nein, im Gegenteil. Wir sollten darüber nachdenken, ob unser Vorschlag, den wir in die Konferenz eingebracht haben, nicht noch länger hätte diskutiert werden sollen.

Wir müssen miteinander feststellen - das will ich deutlich sagen -: Ich möchte nicht, dass diese bundesweite Abstimmung jetzt insgesamt in Zweifel gezogen wird. Wir brauchen diesen Austausch weiterhin. Wir brauchen bei uns in Deutschland Regelwerke. Wir werden diese Pandemie nicht allein bekämpfen, sondern wir werden das gemeinsam mit dem Bund und den anderen Ländern nur dann hinkommen, wenn wir uns weiter koordinieren und abstimmen. Ich sage aber auch: Wir müssen das besser machen als bei dieser Konferenz, und dafür werde ich mich auch einsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Besser machen heißt, dass wir als Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz dahin zurückkehren sollten, was bei Konferenzen von Ministerinnen und Ministern auch gang und gäbe ist, nämlich dass es eine vernünftige Vorbereitung und Möglichkeiten gibt, sich abzustimmen. Wir haben bei uns in Schleswig-Holstein immer versucht, im Vorfeld mit unseren Koalitionspartnern eine weitgehende Abstimmung zu machen. Wir haben - so gut es möglich gewesen ist - auch eine weitgehende Information gegenüber dem Parlament gemacht. Ich will aber an der Stelle deutlich sagen, dass wir häufig - gerade bei dieser Konferenz - am Ende Beschlüsse gefasst haben, für die es nicht genügend Vorbereitungszeit gegeben hat und bei denen wir nicht genug geprüft haben, wie die Umsetzbarkeit ist. Daraus sollten wir die richtigen Schlüsse ziehen und es bei der nächsten Konferenz und bei der nächsten Abstimmung auf Bundesebene besser machen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe heute darüber zu berichten, welche Schlussfolgerungen es insbesondere für Schleswig-Holstein gibt. Die Regeln bleiben in unserem Bundesland weitestgehend so, wie sie sind. Wir treffen auch darüber Entscheidungen, wie es in der nächsten Woche in Schulen, Einzelhandel und Kitas weiterläuft. Wir haben einen Hundertererlass bei uns, um Maßnahmen umzusetzen, wenn es um die Not-

bremse geht und wenn die Zahlen aus dem Ruder gehen.

Die Verordnung für Schleswig-Holstein werden wir bis zum 11. April 2021 befristen, weil - das haben wir angekündigt - wir am 12. April 2021 eine Öffnung der Außengastronomie in den Kreisen und kreisfreien Städten vornehmen werden, in denen die Inzidenz unter 100 ist.

Wir werden definieren, was Modellregionen sind für unterschiedliche Bereiche, Beherbergung, Tourismus, Gaststätten, Kultur und Sport. Das werden wir in diesen Tagen tun.

Wir haben für diese wichtige Branche in unserem Land auch erreicht, dass es weitere Hilfen für diejenigen gibt, die lange von der Schließung betroffen sind.

Deswegen sage ich zu den vorliegenden Anträgen: Wir haben in diesem Bereich Förderprogramme, Mittelstandssicherungsfonds, Härtefallfonds, Beteiligungs- und Darlehensprogramme. Wenn das auf Bundesebene jetzt noch obendrauf kommt, was wir erreicht haben, dann haben wir ein Förderinstrumentarium, das vielen Betrieben, vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hilft. Daran sollten wir auch bewährt festhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben uns in dieser Konferenz auf verschiedene Punkte verständigt. Deswegen müssen wir uns die Frage stellen: Wo stehen wir eigentlich in der Pandemiebekämpfung? Deutschlandweit steigen die Zahlen. Wir haben heute eine Inzidenz von 108. In Schleswig-Holstein senkt sich das Wachstum ein bisschen ab. Wir haben heute bei einer Momentaufnahme leicht sinkende Zahlen und liegen bei 58. Deswegen kann ich an der Stelle sagen, dass unser Weg, den wir in den letzten Wochen gewiesen haben, richtig ist.

Ich bin dem Expertenrat ausdrücklich dankbar dafür, dass er zur Vorsicht auch in der jetzigen Zeit mahnt, weshalb wir im Tourismus auch nur einen behutsamen Öffnungsschritt vorgeschlagen haben.

Man kann sich natürlich immer die Frage stellen: Ist es eigentlich richtig, vor Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenzen eine klare Haltung zu haben? - Ich habe die Kritik hierzu bereits gesehen und sage ganz klar: Das können die Menschen in Schleswig-Holstein durchaus von ihrem Ministerpräsidenten erwarten.

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Was ist denn die Erwartungshaltung auch der SPD an mich? Hätte ich in der Situation sagen sollen, Manuela Schwesig und Stephan Weil, kämpft ihr mal alleine für Tourismus und Gastronomie, weil ich die Sorge habe, dass wir dann, wenn wir uns dafür einsetzen, falsche Hoffnungen in unserem Land wecken? Was ist denn das für eine perfide Argumentation, so zu denken? - Natürlich setze ich mich als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein dafür ein.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich bin Manuela Schwesig und Stephan Weil im Übrigen wirklich dankbar dafür, wie hart sie zusammen mit mir auf der Konferenz gekämpft haben. Das war Verlässlichkeit. Ich glaube deshalb, dass es gut wäre, wenn Sie sich von den beiden sozialdemokratischen Ministerpräsidenten eine Scheibe abschneiden würden.

(Beifall CDU)

Wir haben uns auf der Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz für norddeutsche Interessen eingesetzt. Diese Verlässlichkeit erwarten die Menschen auch von uns.

Ich finde schon, es ist eine Herausforderung, in diesen Zeiten zu regieren. Aber es ist auch eine Herausforderung, in der Opposition zu sein. Man darf auch von einer Opposition - hier spreche ich die SPD und den SSW an - erwarten, dass sie sich zu solchen Fragen nicht nur öffentlich äußert, sondern auch mehr Haltung dabei findet.

(Beifall CDU und FDP)

Weil Sie mich hier bestimmt auch dafür kritisieren werden, dass ich gar nicht alles durchsetze, sage ich auch: Wenn man für eine Inzidenzampel ist und immer dann, wenn die Ampel auf Grün steht, die Regierung dafür kritisiert, dass sie dann auch losfährt, dann frage ich mich, ehrlich gesagt, auch, wohin das führen soll, wenn man in der Art und Weise Kritik äußert.

Wenn wir eine Landtagssitzung abhalten und hier gesagt wird, es sei richtig, den Einzelhandel zu öffnen, und die SPD-Fraktion das hier im Landtag unterstützt und dann machen wir das, was wir dort verabredet haben, und zwei Tage später stellt sich der Oppositionsführer hier hin und kritisiert die Landesregierung dafür, dass wir den Einzelhandel in Lübeck aufmachen, wo eine Inzidenz von 25 ist, dann frage ich: Nehmen Sie eigentlich selbst noch ernst, Herr Kollege Stegner, was Sie an solchen Tagen verkünden?

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die Krönung dabei ist, wenn das noch damit begründet wird, dass die Abstimmung mit unseren Nachbarn nicht gut genug gewesen sei. Was sollen wir denn noch mehr machen als eine Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz, an der alle norddeutschen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten teilnehmen und auf der alle Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten aus dem Norden zugestimmt haben, wenn es heißt: „Bei einer Inzidenzunterschreitung von 50 ist der Einzelhandel im Land zu öffnen“?

Wenn Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein eine Inzidenz von weniger als 50 haben und Rheinland-Pfalz öffnet und Schleswig-Holstein öffnet, dann verstehe ich nicht, warum das in Rheinland-Pfalz unter einer SPD-Ministerpräsidentin gutes Regieren ist, aber in Schleswig-Holstein eine falsche Entscheidung, die die Menschen verwirrt. Das, muss ich ganz ehrlich sagen, verstehe ich überhaupt nicht.

(Lebhafter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Deswegen sage ich: Die Bürgerinnen und Bürger können sich auf das verlassen, was wir sagen. Wir waren dafür, Schulen und Kitas als Erstes zu öffnen. Wir haben das in unserem Stufenplan festgelegt, und wir haben das zum 22. Februar 2021 in Schleswig-Holstein so umgesetzt, wie wir das beschlossen haben. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit daran, dass die SPD zu diesem Zeitpunkt nicht dafür gewesen ist, das zu tun.

Wir haben den Bürgerinnen und Bürgern versprochen, dass wir uns für den Einzelhandel in Schleswig-Holstein einsetzen. Wir haben den Bürgerinnen und Bürgern versprochen, dass wir einen Stufenplan haben wollen. Das alles haben wir auf der Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz durchgesetzt. Das heißt, die Menschen können sich auf das verlassen, was wir sagen.

Ich sage an der Stelle aber auch: Natürlich setzen wir uns in einer solchen Konferenz nicht in allen Punkten durch. In Richtung Hotel und Gastronomie sage ich auch: Ich verstehe, dass diese Bereiche enttäuscht darüber sind, dass wir das, was wir ursprünglich wollten, nicht haben umsetzen können, sondern nur Außengastronomie öffnen können, aber trotzdem Modellregionen geschaffen haben. Die Enttäuschung der Menschen kann ich insoweit total verstehen.

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Wir als norddeutsche Länder haben den Druck schon im November ausgeübt. Es glaubt doch keiner, dass, hätten wir das nicht gemacht, die Betriebe diese großzügige November- und Dezemberhilfe bekommen hätten. Es glaubt doch keiner, dass es diese Sonderzahlung nicht auch noch für die Betriebe geben wird. Wir haben also etwas erreicht.

Wenn die Erwartungshaltung an mich als Ministerpräsident ist, in einer solchen Krisenzeit vorher keine Haltung zu zeigen, dann sage ich: Das ist der einfache und bequeme Weg, den übrigens manche anderen gehen. Natürlich ist es leichter, wenn man keine Haltung zeigt, wenn man einfach nur mit-schwimmt. Aber das ist nicht die Auffassung der Jamaika-Koalition.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Deswegen sage ich wirklich mit vollem Stolz: Wir bringen gemeinsam unser Land gut durch diese Krise.

Ja, wir hätten uns vorstellen können, in dieser Zeit mehr umzusetzen. Trotzdem bleiben wir vorsichtig und umsichtig. Auch wenn die Zahlen bei uns niedriger sind, heißt es für die nächsten Wochen und Monate: Vorsicht. Solange wir nicht genügend Impfstoff haben, müssen wir vorsichtig und umsichtig sein.

Die Expertinnen und Experten haben uns gesagt: „Ja, die Situation in den Krankenhäusern in Schleswig-Holstein ist weit weniger dramatisch als in anderen Bundesländern“. Wir sehen allerdings auch: Wenn die Zahlen hier, wie bereits in anderen Bundesländern, nach oben gehen, kann man über Inzidenzwerte philosophieren, darüber, wie man sie setzen könnte, wie man will. Ab einer bestimmten Größenordnung und ohne Impfstoff für alle dauert es manchmal länger, aber der Prozess ist genauso unaufhaltsam. Die Behandelten in den Krankenhäusern sind dann zwischen 50 und 70 Jahre alt, und die Behandlungen dauern länger. Davor müssen wir die Bürgerinnen und Bürger schützen.

Nach einem Jahr Pandemie ist es unsere Pflicht, dass wir uns um die Maßnahmen kümmern, die bei der Pandemiebekämpfung erfolgreich sind. An dieser Stelle sage ich: Unser Handeln beweist, dass man behutsame Öffnungsschritte machen kann. Der Einzelhandel ist offenkundig nicht der Pandemietreiber.

Ich glaube, ehrlich gesagt, auch nicht das, was von Hamburger Seite aus gesagt wird, nämlich dass die hohen Inzidenzwerte in Hamburg etwas damit zu

tun haben, dass so viele Hamburger nach Schleswig-Holstein gefahren sind, um hier einzukaufen. Ich glaube nicht, dass diese Argumentation wirklich richtig ist.

Jeder kann sich die Statistiken des Gesundheitsamts anschauen: Wir haben ein Problem bei privaten Treffen, auf der Arbeit, immer dann, wenn Menschen sich gegenseitig vertrauen. Dann ist mehr Nähe da.

Wenn wir gemeinsam aus dieser Pandemie kommen wollen - das werden wir in Schleswig-Holstein schaffen -, dann müssen wir in den nächsten Wochen weiterhin vorsichtig sein. Dann können wir in den nächsten Wochen auch Perspektiven erreichen, wie wir das gemacht haben. Das wird das sein, wofür ich mich als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein in den nächsten Konferenzen einsetzen werde.

Heute ist kein leichter Tag - das will ich an dieser Stelle sagen -, wenn man eine Entscheidung, die nicht nur zu Protesten geführt, sondern auch zu Verunsicherung beigetragen hat, revidieren muss. Meine herzliche Bitte ist, auch wenn Fehler passieren, dass wir gemeinsam für Vertrauen bei den Menschen werben, weil wir diese Krise gemeinsam bewältigen können, wenn wir alle an einem Strang ziehen. Wir, die Landesregierung, werden alles dafür tun, um Schleswig-Holstein gut durch diese Pandemie zu bekommen. Ich bitte Sie alle herzlich um Ihre Unterstützung. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende der SPD, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Erklärung der Frau Bundeskanzlerin muss man mit Respekt aufnehmen. Es ist aller Ehren wert, dass sie vollumfänglich die Verantwortung für diese 180-Grad-Wende übernimmt, auch wenn mir neu wäre, dass Entscheidungen der Ministerpräsidentenkonferenz von der Kanzlerin im Alleingang getroffen würden.

Die Ergebnisse von heute sind - das muss man sagen - Ausdruck von politischer Führung im Panikmodus. Wir sehen unausgegorene Abläufe, misera-

(Dr. Ralf Stegner)

ble Vorbereitung, viel politische Theatralik; Professionalität hingegen sucht man mit der Lupe.

Ich sage das ohne jede Häme, sondern im Gegenteil: mit großer Beunruhigung. Denn die dritte Welle der Coronapandemie ist da. Die Infektionszahlen steigen. Die Belegungszahlen auf den Intensivstationen nehmen zu, ausgehend von einem viel zu hohen Niveau. Es geht dabei nicht um irgendwelche Zahlenspiele. Ja, die weitgehend abgeschlossenen Impfungen bei den über 80-Jährigen verhindern viele Todesfälle. Stand heute sind allerdings 75.000 Menschen in Deutschland an Corona verstorben. Auch jetzt sterben jeden Tag 200 Menschen an Covid-19. Dahinter stehen Schicksale von Menschen, das Schicksal einer Mutter, eines Großvaters, einer Schwester oder eines Ehepartners, die noch einige Jahre hätten leben können und wollen.

Das Coronavirus ist auch gefährlich für Menschen unter 80 Jahren. Das ist das Signal aus den Krankenhäusern. Hinzu kommen die offenkundig erheblichen, aber weitgehend unerforschten Spätfolgen der Erkrankung.

Frustrierend ist: Seit Wochen hatten Experten vor genau dieser dritten Welle gewarnt, sie teilweise sogar mit erschreckender Genauigkeit vorhergesagt.

Wie schon mit Blick auf die zweite Welle hatten sie mit ihren Voraussagen Recht behalten. Wir sind gut beraten, es uns nicht zu einfach zu machen, wenn gefragt wird, warum Politik eigentlich erst jetzt reagiere.

Eine Lehre aus den ersten beiden Wellen ist: Das Virus hält sich nicht an die Choreografie einer Ministerpräsidentenkonferenz. Es folgt im Superwahljahr auch nicht den Prioritäten von Wettkämpfen um Parteivorsitz oder Spitzenkandidatur. Es hält sich auch nicht an Landesgrenzen. Weil der Gesundheitsschutz für uns erste Priorität hat - ich wiederhole das für meine Fraktion seit einem Jahr -, müssen wir versuchen, die dritte Welle einzudämmen. Darum ist es allerhöchste Zeit, zu reagieren. Das passiert jetzt allenfalls zaghaft. Wider besseres Wissen wird erneut dasselbe Rezept verschrieben. Ein Lockdown folgt auf den anderen, wobei die Wirkung sich sichtbar abschleift und der Verdruss bei den Bürgerinnen und Bürgern zunimmt.

Deutschland taumelt gefühlt durch die dritte Welle, obwohl entschlossenes Handeln von Bund und Ländern gefordert wäre. Die anhaltend hohen Infektionszahlen sind ein gefährlicher Ausgangspunkt für jede weitere dynamische, womöglich exponentielle, Wachstumsrate. Das gilt umso mehr vor dem Hin-

tergrund der gefährlichen, tödlicheren und deutlich stärker ansteckenden Mutationen.

Das letzte Jahr hat viel Kraft gekostet. Die Einschränkungen sind für viele Menschen eine enorme Belastung. Das gilt vor allem mit Blick auf den seit Oktober immer wieder verlängerten Lockdown. Im Grunde haben alle die Nase voll von Corona und den damit verbundenen Einschränkungen unserer Freiheitsrechte, wie wir sie in der Nachkriegsgeschichte beispiellos vorfinden.

Ich kann jeden verstehen, der sich ein Ende herbeisehnt und für den die Verlängerung oder sogar die Verschärfung eine Hiobsbotschaft ist. Es muss das gelten, was meine Fraktion seit Monaten betont: Wir müssen uns auch um die seelische Gesundheit kümmern, denn auch sie ist betroffen.

Aber in der mittlerweile dritten Welle haben wir auch gelernt, was der Preis für zögerliche und zaghafte Reaktionen ist: Sie verlängern den Lockdown mit den all damit verbundenen Schäden und machen es umso schwerer, hohe Inzidenzraten wieder in den Griff zu bekommen. Der Schlüssel für alle Maßnahmen bleibt die Akzeptanz der Bevölkerung. Leider gilt gerade nach dieser MPK, dass eine konsistente Strategie nicht erkennbar ist.

Rückblickend muss man feststellen, dass bereits vom Treffen der Ministerpräsidenten und der Kanzlerin Anfang März aus zwei Gründen falsche Signale ausgegangen sind. Erstens wurden die Ergebnisse als Aufruf zur Sorglosigkeit missverstanden; dazu mag die ein oder andere Äußerung aus dem politischen Bereich auch hier im Hause beigetragen haben. Das Virus war mitnichten besiegt. Schulterklopfend regionale Kraftmeierei ist gänzlich unangebracht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Herr Wirtschaftsminister, Sie haben das heute konsequent fortgeführt. Wer vorhin Ihre Rede zum Tourismus gehört hat, der konnte trotz Ihrer fachkundigen Ausführungen zum Impfreime den Eindruck bekommen, dass Ihre Ausführungen mit Blick auf den Gesundheitsschutz jedenfalls den Ernst der Lage nicht komplett wiedergegeben haben.

Zweitens fehlte nach der vorletzten MPK wieder die notwendige Konsequenz bei der Umsetzung der Beschlüsse. Im Grunde wäre es ehrlicher, einzelne Länder verzichteten auf die Zustimmung, als dass sie ihre gemeinsame Linie bereits kurz nach der MPK wieder verlassen. Das gilt zum Beispiel für die Frage der Corona-Notbremse; dazu hat es bemerkenswert unterschiedliche Interpretationen ge-

(Dr. Ralf Stegner)

geben. Dass dann ausgerechnet dieses Instrument das einzige ist, das vom MPK-Beschluss von gestern Morgen substanziell übrigbleibt, ist mehr als ernüchternd. Angesicht der Inzidenzentwicklung darf es zumindest keine Ausflüchte mehr geben, wenn die Bremse konsequent greifen müsste; denn es ist wirklich ernst.

Mit Blick auf die Akzeptanz ist auch entscheidend, dass von der Politik die richtigen Signale gesendet werden. Wer Anfang März ohne Not über die Möglichkeiten für Urlaub in der Osterpause spekuliert, der macht denen das Leben schwer, die sich in der Familie oder im privaten Umfeld um die strikte Einhaltung der dringend notwendigen Regeln bemühen. Das sollten wir im Hinterkopf behalten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Ja, natürlich müssen die Regeln plausibel und nachvollziehbar sein. Das gilt übrigens nicht nur im Hinblick auf die Akzeptanz, sondern auch hinsichtlich der Rechtssicherheit, wie zahlreiche Urteile inzwischen belegen. Die viel gelobte Organisationsstärke „Made in Germany“ ist inzwischen mehr Mythos als Realität. Die Bürokratie zum Beispiel bei der Priorisierung beim Impfmanagement ist international konkurrenzlos. Deshalb sage ich ganz klar: Die Bürgerinnen und Bürger haben hinreichend Versprechungen und Ankündigungen gehört, denen Ankündigungen und neue Ausreden gefolgt sind.

Vieles muss handwerklich unverzüglich besser werden. Sonst sind wir trotz Milliarden an Euro Einsatzes nicht mehr lange konkurrenzfähig. Das sage ich ausdrücklich auch mit Blick auf Schleswig-Holstein.

Das, was ich zur Inzidenzampel gesagt haben soll, Herr Ministerpräsident, ist schlicht falsch. Wir haben hier immer Anträge gestellt, in denen wir gesagt haben: Es soll nicht nur um die simple Inzidenz gehen, sondern auch um andere Kriterien wie zum Beispiel die Abstimmung mit den norddeutschen Nachbarn.

(Unruhe)

Das haben wir hier immer gesagt. Lesen Sie die Anträge, und lachen Sie nicht! Dann würden Sie vielleicht begreifen, was wir hier vortragen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Um in Schleswig-Holstein zu bleiben: Meine Fraktion erreichen Hinweise, dass an manchen Orten noch immer keine kostenlosen Testmöglichkeiten zur Verfügung stehen, weil auch zweieinhalb Wo-

chen nach der letzten MPK Details zur Kostenübernahme nicht geklärt sind.

(Zuruf: Wo?)

So etwas sorgt schon in normalen Zeiten für Kopfschütteln. In der Pandemie ist es nicht hinnehmbar.

(Unruhe - Zurufe)

Mir ist relativ egal, ob die Tests fehlen, weil, wie Jens Spahn sagt, Minister Garg und seine Kollegen die Beschaffung vergeigt haben oder aber, wie Heiner Garg sagt, die Versäumnisse bei Minister Spahn liegen. Akzeptabel ist in der Pandemie weder das eine noch das andere. Die Menschen wollen nicht die Zuständigkeit geändert haben, sondern die Zustände, meine sehr verehrten Damen und Herren. Darum geht es, wenn wir über Tests reden.

(Beifall SPD)

Wer will, dass sich die Menschen irgendwann auch in Innenräumen halbwegs sicher treffen können, muss dafür sorgen, dass Schnelltests gut erreichbar und verfügbar sind und dass die Maskenpflicht durchgesetzt wird. Der sollte auch dafür sorgen, dass beispielsweise die Berufsschulen nicht ganz vergessen werden, wie das offenkundig der Fall ist. Ich verstehe jede Kritik daran, dass man auf der einen Seite Öffnungen durchgezogen hat, aber auf der anderen Seite keine funktionierende Teststrategie vorweisen kann. Erst funktionierende Teststrategie, dann die Öffnung und nicht umgekehrt, das wäre die richtige Reihenfolge. Das wussten die Verantwortlichen, aber sie haben es ignoriert. So etwas kostet Akzeptanz, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Ja, die Osterpause zum Brechen der Welle zu nutzen, wäre grundsätzlich richtig. Es ist, so hart es für die Familien auch erscheint, epidemiologisch sicher der klügere Weg als das, was wir zu Weihnachten gemacht haben, dessen Folgen wir wochenlang ausbaden mussten. Trotzdem war die jetzt einkassierte sogenannte Osterruhe - das klingt ja nach beschaulichem Ostereiersuchen am Wochenende bei Sonnenschein - in Wirklichkeit die fragwürdige Folge der verfehlten Impf- und Testpolitik. Man hätte sich schon in der MPK fragen müssen, ob ganze fünf Tage Osterruhe mit zwei zusätzlichen Feiertagen, dem Gründonnerstag und einem Superspreader-Event am Einkaufskarsamstag, wirklich das Gelbe vom Osterei sind.

(Zuruf Annabell Krämer [FDP])

(Dr. Ralf Stegner)

Ich glaube, es ist nicht nur epidemiologisch ein Fehler, dies so zu betrachten. Deshalb wäre es uns auch schwergefallen, dem zuzustimmen; denn es erschien kaum ausreichend und in vielen Punkten widersprüchlich. Gut, dass diese Idee vom Tisch ist. Aber meiner Fraktion stellen sich weitere Fragen.

(Unruhe - Zurufe - Glocke Präsidentin)

- Ich weiß gar nicht, warum Sie so unruhig sind, wenn wir die Frage stellen, ob das Problem wirklich an der richtigen Stelle gelöst wird.

(Anhaltende Unruhe)

- Seien Sie doch nicht so aufgeregt. Frau Präsidentin, ich verstehe die Unruhe gar nicht. Wir reden über ernsthafte Themen.

(Zuruf CDU: Sie verstehen einiges nicht!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren!

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Wir reden über ernsthafte Themen. Zum Beispiel wissen wir mehr über die Verbreitung des Virus als noch vor einem Jahr. Der Schlüssel bleibt die Übertragung im privaten und beruflichen Bereich. Egal, wie hart die offiziellen Regeln sind: Die Akzeptanz im Privaten kennt ihre Grenzen, machen wir uns nichts vor. Von der Durchsetzbarkeit in einer freiheitlichen Gesellschaft will ich gar nicht reden. Manches wollen wir übrigens auch nicht kontrollieren.

Paradoxerweise - das zeigt der letzte Modus-Covid-Bericht - gibt es den höchsten Beitrag zum R-Wert, wenn Restaurants geschlossen und private Feiern verboten sind. Wie erklärt sich das? Wenn beides nicht mehr geht, erhöht sich der Beitrag der privaten Besuche. Verstehen Sie mich nicht falsch: Das ist kein Appell, morgen alles zu öffnen.

(Heiterkeit CDU und FDP)

Aber es könnte zum Beispiel, Herr Kollege Schlie, schon sinnvoll sein, klar zu kommunizieren: Trefft euch, wenn ihr euch treffen wollt, draußen, am besten am Deich, wo der Wind weht, in kleinen Gruppen und unter Einhaltung aller Regeln; dann ist die Wahrscheinlichkeit der Ansteckung verschwindend gering. Das könnte eine Ansage sein, die vernünftig wäre.

(Beifall SPD - Zurufe - Glocke Präsidentin)

Wenn ich Ihr Getöse hier höre, kann ich nur sagen: Mit Argumenten ist es bei Ihnen nicht so weit her,

(Heiterkeit CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

wirklich nicht. Wenn wir uns die Studienlage anschauen, ist auch vollkommen unverständlich, warum wir bei der Wirtschaft nach wie vor auf Appelle setzen. Es braucht keine Selbstverpflichtung, sondern eine verbindliche Vorschrift, dass Unternehmen ihren Mitarbeitern jede Woche Schnelltests anbieten müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD)

Wer in Präsenz mit anderen in einem Raum arbeitet, muss von seinem Arbeitgeber FFP2-Masken zur Verfügung gestellt bekommen. Das wären wirksame Beiträge, um das Ansteckungsrisiko deutlich zu verringern, und nicht das, was teilweise getan wird. Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie bitte gern den Kollegen Lauterbach. Der könnte Ihnen das erläutern. Es ist nämlich in den Statistiken sehr eindeutig, was hilft und was nicht hilft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, immer mehr Menschen haben den Eindruck eines zunehmend miserablen und konfusen Krisenmanagements. Das ist über den Moment hinaus gefährlich, weil ein nachhaltiger Vertrauensverlust droht. Beauftragte werden natürlich von den jüngsten Korruptionsfällen mit hohen Provisionen für Abgeordnete, die sich an der Coronakrise auch noch eine goldene Nase verdient haben. Diese Fälle sind zwar auf zwei Schwesterparteien zurückzuführen, aber die Politik wird als Ganzes dafür in Haftung genommen. Darum wirbt meine Fraktion dringend dafür, dass wir auch hier an die Strukturen rangehen, die den Hintergrund für solche Einzelfälle bilden. Bezahlter Lobbyismus mit Abgeordnetenmandat muss verboten werden. Wir haben dazu einen Vorschlag vorgelegt. Wir wollen mit den demokratischen Fraktionen darüber reden. Eines muss klar sein: Wer sich auf Kosten seines Mandats bereichern will, hat in der Politik nichts verloren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, SSW, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der einzige Ausweg aus den Einschränkungen sind die Impfungen. Wir zahlen jetzt mit zusätzlichen schweren Erkrankungen und vielen vermeidbaren Todesfällen den hohen Preis für die Versäumnisse der vergangenen Monate. Die Expertinnen und Experten sagen uns: Wäre Deutschland heute bei den Impfungen zwei Monate weiter, dann könnten wir mit der dritten Welle anders umgehen. Dann bräuhete es weitere massive Einschränkungen ver-

(Dr. Ralf Stegner)

mutlich nicht. Der Blick auf andere Länder zeigt, was möglich wäre.

Darum werden die dramatischen Versäumnisse zu gegebener Zeit aufgearbeitet werden müssen. Natürlich muss das Impftempo gesteigert werden. Für mich sind übrigens auch zusätzliche Anreize für die Produktionsfirmen nicht tabu. Wenn das so geht, dann meinethalben auch das. Wir brauchen mehr Impfungen. Der Hickhack um den AstraZeneca-Impfstoff hat sein Übriges getan, bei vielen Menschen den Eindruck von chaotischen Zuständen zu hinterlassen. Müsste man ein Drehbuch verfassen, um die Reputation eines von Experten einhellig gelobten Impfstoffs zu zerstören, so hätten wir in den letzten Wochen eine erschreckend gute Vorlage.

Es ist richtig, dass in Schleswig-Holstein ab dem 6. April 2021 die Hausarztpraxen in die Impfungen einbezogen werden. Damit könnte die Impfkampagne schnell mehr Tempo bekommen, jedenfalls dann, Herr Gesundheitsminister, wenn der Impfstoff nicht nur in homöopathischen Dosen bei den Haus- und Betriebsärzten ankommt. Es ist auch eine Chance, Menschen zu erreichen, die nicht in die Impfzentren kommen, vielleicht auch, weil sie das Anmelde-System immer noch abschreckt; denn wir hören immer noch von Fällen älterer Menschen, die das mit dem Impfen aufgegeben haben, weil sie sich stundenlang die Finger wund gewählt haben und nicht durchgekommen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was den Tourismus angeht, sind die Zahlen einer ifo-Analyse aus der letzten Woche erschütternd. 83,7 % der Firmen in der Reisebranche sind in Angst um ihre Existenz. Das ist für Schleswig-Holstein ein enorm wichtiges Thema, vor allem mit Blick auf die betroffenen Arbeitsplätze. Wir sind ein gastfreundliches Land. Wir wollen gern wieder Gäste begrüßen. Aber es greift zu kurz, den Tourismus auf Biegen und Brechen wieder hochzufahren, weil uns offenbar keine bessere Lösung für die Branche in großer Not einfällt.

Als der Ministerpräsident Anfang des Monats gefordert hat, Tourismus wieder zu ermöglichen, war das schon schräg, zumal es da nicht um ein paar Ferienwohnungen für den Urlaub im eigenen Land ging. Denn die alles überwiegende Anzahl der Expertinnen und Experten hat keinen Zweifel daran gelassen, dass eine dritte Welle kommen wird. Als wir das hier im Landtag betont haben, gab es höhnisches Gelächter aus der CDU-Fraktion. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Sie haben über vieles gelacht, was exakt so eingetreten ist, wie ich es Ihnen hier prognostiziert habe. Genauso. Lesen Sie es nach, Sie werden es im Protokoll finden!

(Beifall SPD - Zuruf CDU)

In der vergangenen Woche das Thema noch einmal hervorzuholen, obwohl die dritte Welle gerade durchstartet, war besonders absurd, zumal längst klar war, dass selbst die Vorgaben aus Ihrem eigenen Stufenplan für die Öffnungen von Hotels, Ferienwohnungen und Campingplätzen - 21 Tage stabil unter 50 - gerissen worden sind. Da haben Sie den Menschen Sand in die Augen gestreut, und zwar mit voller Absicht. Sie wollten den Bürgern Hoffnung machen, haben Sie gesagt. Aber Sie sind nicht der Landespastor, Herr Ministerpräsident, sondern Sie sind Regierungschef. Auch wenn das bei Teilen der Koalition für Empörung sorgt: Es ist doch wirklich nicht zu viel verlangt, wenn wir Sie an Ihren eigenen Ankündigungen und Versprechungen messen, Herr Ministerpräsident. Nicht mehr und nicht weniger tun wir hier.

(Beifall SPD)

Dass Sie hier so larmoyant darüber klagen, dass wir das tun, spricht doch Bände, was Ihr Regierungsverständnis angeht. Ich erinnere mich an den Oppositionsführer Günther, der ganz andere Sachen vortragen hat, übrigens bei einer durchaus anderen Leistungsbilanz, die Sie da verrissen haben. Den Kompromissvorschlag - auch da liegen Sie wieder falsch - von Manuela Schwesig, Stephan Weil, Malu Dreyer und dem Kollegen aus Sachsen-Anhalt für kontaktarmen Urlaub im eigenen Land

(Zurufe CDU: Herr Haseloff!)

- Herr Haseloff; ich kenne ihn auch, ja; wenn das die Frage war, gern -, den Kompromissvorschlag dieser Ministerpräsidenten hätten wir mitgetragen. Der lag aber weit hinter den unrealistischen Plänen, die Ihre Koalition hier ursprünglich formuliert hat.

(Unruhe - Zurufe CDU)

- Sie lärmen, weil Sie das nicht hören wollen und die Fakten Sie nicht interessieren. Das ist der Punkt, über den wir hier reden.

(Beifall SPD)

Ich muss Ihnen ehrlich sagen - wir haben ja auch mit der Branche gesprochen -: Niemandem wäre geholfen, wenn wir öffnen, um kurz danach in Anbetracht der Zahlen wieder zu schließen. Zickzack ist tödlich für die Branche, das sagt Ihnen wirklich jeder, mit dem Sie da reden. Die sagen, wir möchten gern öffnen, aber lieber später als mit falschen Versprechungen und Zickzackkurs. Das sagt Ihnen jeder in der Branche, mit dem Sie reden, und wir

(Dr. Ralf Stegner)

haben mit vielen geredet. Das wollen Sie nicht hören, es ist aber so.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Nein, im Augenblick möchte ich das im Zusammenhang vortragen. - Daran ändert auch die geballte Ladung Kraftmeierei nichts, die der Wirtschaftsminister heute Mittag mit seinem rhetorischen Schrotschuss losgelassen hat.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Ich verstehe ja Ihren Frust. Ich habe Sie gehört. Sie waren so laut, dass man es im dritten Stock hören konnte.

(Beifall Lukas Kilian [CDU] und Christopher Vogt [FDP] - Heiterkeit CDU und FDP)

Ich wollte Ihnen das sagen. Ich verstehe ja Ihren Frust, aber Ihr Problem ist nicht die SPD, sondern das Problem ist ein hochgefährliches Virus, dessen Infektionszahlen - wie seit Wochen absehbar - erneut drohen, durch die Decke zu gehen.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Das stimmt doch gar nicht! Das ist nicht wahr!)

Um einen bekannten Gegenwartsphilosophen leicht abgewandelt zu zitieren - ich meine nicht Herrn Habeck -: Manchmal ist es besser, nicht zu schießen, als falsch zu schießen, Herr Wirtschaftsminister. Das ist das, was man bei Ihrer Bemerkung wirklich sagen muss.

Herr Ministerpräsident, Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen: Ihre Ankündigungen sind das Gegenteil von Verlässlichkeit. Das galt schon im Oktober. Das haben die Betroffenen nicht vergessen. Es galt auch bei der Außengastronomie, die nach Ihrer festen Zusage bei unseren heutigen Inzidenzen seit dieser Woche wieder offen sein müsste.

Erst recht gilt das für Ihre substanzlosen Ankündigungen beim Tourismus. Das mag Ihnen jedes Mal eine Schlagzeile einbringen, und es mag helfen, wenn man gern den Retter der gebeutelten Tourismusbranche geben will. Aber in Wirklichkeit erweisen Sie denen, die es schwer genug haben, einen Bärendienst. Ob die Modellprojekte das herausreifen können, wage ich zu bezweifeln.

Normalerweise sagt man immer, der Erfolg habe viele Väter. Bei Ihnen läuft das andersherum. Wenn sich Daniel Günther in Berlin in den eigenen Ankündigungen verheddert und mit Schwung auf die Nase fällt, dann ist von Ihrer Seite auf einmal nur noch von „den Nordländern“ die Rede und dem armen, von der eigenen Kanzlerin überrumpelten Regierungschef aus Kiel. Das ist schon ein doller Coup, gestern beim NDR zu sagen, Sie seien von Ihrer eigenen Kanzlerin überrumpelt worden. Na denn!

Aber wenn sich auch nur der kleinste Schnipsel irgendeiner schleswig-holsteinischen Forderung auf Seite 3 des Literaturverzeichnisses des Anhangs wiederfindet, dann kommt die CDU-Fraktion aus dem Feiern gar nicht mehr heraus über den tollkühnen Ministerpräsidenten. Chapeau! Das muss man erst einmal hinbekommen! Das muss ich Ihnen schon sagen.

(Beifall SPD)

Das ist wirklich wenig.

Ich muss Ihnen zum Tourismus sagen: Natürlich ärgern auch mich die Bilder von proppenvollen Mallorca-Fliegern. Das ist unverantwortlich, das ist übrigens auch ein katastrophales Signal. Dass jetzt zumindest die Testpflicht kommt, ist ein schwacher Trost. Aber niemandem ist doch geholfen, wenn die Antwort auf diese Unvernunft ist: Das wollen wir auch. - Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Es ist schon bei den Jugendlichen in der Pubertät nicht überzeugend, so zu argumentieren, bei Politikern erst recht nicht.

Es kann doch keinen Zweifel geben, dass der Tourismusbranche geholfen werden muss. Und bitte schön diesmal nicht nach den Altmaier-DIN-Normen, wonach Novemberhilfen im März und Märzhilfen im November ausgezahlt werden. Das ist nicht die richtige Geschwindigkeit. Wir wissen, dass vielen Unternehmen etwa mit der Höhe der Abschlagszahlungen auf 70 % wirklich geholfen wäre. Deswegen beantragen wir das mit dem Sachantrag, den wir heute vorgelegt haben.

Außerdem beantragen wir analog zu Mecklenburg-Vorpommern, dass es eine Neustartprämie geben sollte, die den Arbeitnehmerfamilien unter die Arme greift, wenn sie durch Kurzarbeit besonders belastet sind. Damit wird auch den Betrieben geholfen. Auch die luca-App kann eine praktische Hilfe sein. Auch das haben wir hier im Landtag beantragt.

(Beifall SPD)

(Dr. Ralf Stegner)

Wir sind uns sehr schnell einig mit der Kritik an der Bund-Länder-Runde. Aber zuweilen muss man sich über die Ergebnisse dieser Runde nicht wundern, wenn man einen Blick auf die Vorbereitungen in den Ländern wirft. Ich war schon erstaunt, dass aus den Reihen Ihrer Koalition zu lesen war, man habe zähe Verhandlungen hinter sich - potz Blitz! Das befremdet einen schon sehr. Die Pandemiebehandlung funktioniert nun wirklich nicht nach den Regeln von Koalitionsverhandlungen nach dem Motto: Die Grünen bekommen Schnelltests, die CDU den Saisonstart und die FDP irgendetwas für den Einzelhandel. - Das ist kein Konzept, das ist Chaos. So sollten wir es nicht machen.

Ich glaube ganz ehrlich: Das hat nicht einmal mehr etwas mit den Einschätzungen Ihres Expertengremiums zu tun. Die haben Sie nämlich davor gewarnt, das zu machen, was Sie gefordert haben. Auch da sind Sie im Widerspruch zu Ihrem Expertengremium.

Ich will in aller Deutlichkeit sagen - damit bin ich bei Ihren Vorwürfen, Herr Ministerpräsident -: Das zu unterstützen, dafür steht meine Fraktion nicht zur Verfügung. Von dem englischen Dramatiker Noel Coward stammt der Satz, dass Kritik an anderen noch niemals die eigene Leistung ersetzt hat. Das gilt auch für uns als größte Oppositionsfraktion hier im Hause. Deshalb übernehmen wir Verantwortung. Wir geben Ihnen Hinweise. Wir verzichten auf kleinteilige Oppositionskritik.

(Lachen CDU)

Wir machen immer wieder konkrete politische Vorschläge, die Sie immer öfter übernehmen. Wir kümmern uns darum, dass durch den Nachtragshaushalt allemal genug Mittel zur Verfügung stehen. Aber liefern müssen Sie schon selbst. Wer so viel Geld zur Verfügung hat, der kann nicht immer nur auf den Bund zeigen, sondern muss auch mal selbst ran, wenn es um Hilfen für die Kultur, die Veranstaltungsbranche, Härtefallhilfen für die geht, die von den Bundeshilfen nicht hinreichend oder schnell genug profitieren. Dafür sind Sie noch in der Regierung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Es hat ja schon etwas Kurioses, Herr Ministerpräsident, wenn Sie uns dafür rügen, dass wir als Opposition Sie nicht genug unterstützt hätten und dass es an Serpil Midyatli oder mir liege, wenn die großen Erfolge der Jamaika-Koalition nicht noch großartiger ausfallen. Aber geschenkt: Wenn wir gebraucht

werden, sind wir auch da. Insofern können wir das gern so machen.

Ich muss Ihnen aber mit Blick auf Ihre Ankündigungspolitik sagen: Berechenbarkeit und Verlässlichkeit galten doch einmal als konservative Tugenden. Wenn wir jetzt auch in dieser Disziplin den Job für Sie übernehmen müssen, dann sollten wir vielleicht direkt auf die Regierungsbank wechseln. Das wäre vermutlich besser.

(Beifall SPD)

Ich sage Ihnen aber: Die Bürgerinnen und Bürger dürfen auch von der offiziellen, der amtierenden Regierung erwarten, dass sie ihr Wort hält. Ein chinesisches Sprichwort sagt: Wer leicht verspricht, dem soll man wenig trauen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Das beschreibt Sie ziemlich präzise, Herr Ministerpräsident. Es ist eben so: Vertrauen wird dadurch erschöpft, dass es in Anspruch genommen wird. So habe ich das in meinem Studium von Bert Brecht gelernt. Vielleicht wäre es an der Zeit, Herr Ministerpräsident Günther, dass Sie weniger ankündigen und dafür mehr einhalten. Schon vergessen? - Sie waren doch mit dem großspurigen Spruch unterwegs: Anpacken statt Rumschnacken. Sie halten es genau umgekehrt. Ich finde, Sie hätten sich an den Spruch halten und es anders machen sollen.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Wir sind in einer insgesamt wirklich schwierigen Lage. Man kann sagen: Ein Drittel der Menschen ist für Lockerungen, ein Drittel ist für den derzeitigen Zustand, ein Drittel ist für Verschärfen. Da wird man es in der Sache nicht allen recht machen können. Wir sollten uns auch hüten, das in populistischer Manier zu versuchen. Wir müssen selbst urteilen. Das ist für alle hier die erste Pandemie. Es gibt keine Blaupausen, alle machen Fehler. Aber gerade deswegen sind Gradlinigkeit, Nachvollziehbarkeit und Transparenz so zentral. Deswegen ist es wichtig, auf die Kommunikation zu achten. Einiges nutzt sich eben auch ab. Wenn man wie Markus Söder zum zehnten Mal beschwört, jetzt stehe endgültig die schwierigste Phase der Pandemie bevor, dann fühlen sich die Menschen doch verschaukelt. Solche Durchhalteparolen aus schlechten Filmen braucht wirklich niemand, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frau Innenministerin, was wir auch nicht brauchen, sind Demonstrationen von Coronaleugnern, die gegen alle Auflagen verstoßen, neue Ansteckungs-

(Dr. Ralf Stegner)

cluster hervorrufen und egal ob in Kassel, Elmshorn oder Kiel: Es kann nicht sein, dass die politische Führung zulässt, dass die Polizei davor kapituliert. Auch das ist nicht akzeptabel.

(Beifall SPD und SSW)

Wir brauchen nach langen Monaten kein Schönreden mehr, sondern schnelles Nachbessern bei den Missständen auf allen Ebenen, im Bund genauso wie im Land. Die letzten Stunden waren da kein gutes Beispiel, denn die Mischung aus Impfdesaster, Testchaos, administrativem Murks, falschen Versprechungen und coronabedingten Bereicherungen durch Abgeordnete ist das, was gerade bei Menschen ankommt. Das ist ein Giftcocktail für die parlamentarische Demokratie. Lassen Sie uns dafür sorgen, dass sich das ändert!

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Oh!)

- Dass Sie das harmlos finden, Herr Kollege Arp, erschreckt mich eher. Wir sollten etwas dagegen tun. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Vorsitzende, der Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ministerpräsidentenkonferenz in dieser Woche stand wie so oft während der Coronapandemie vor schwierigen Abwägungsproblemen, die häufig einer Gratwanderung gleichkommen. Bei der einen Entscheidung zur geplanten fünftägigen Osterruhe ist das nachts um zwei schiefe gegangen. Grundsätzlich ist es ja keine verkehrte Idee, das dynamische Infektionsgeschehen dadurch zu brechen, dass für einen begrenzten Zeitraum die Kontakte möglichst auf null reduziert werden.

Ich will in diesem Zusammenhang noch einmal auf die erste Expertenanhörung des Landtags im letzten Jahr hinweisen, in der die Leiterin des Neumünsteraner Gesundheitsamts eine vierwöchige Ausgangssperre als radikale, aber wirksame Lösung vorgeschlagen hatte. Nun ist das sicherlich vollkommen unvorstellbar.

Eine fünftägige Osterruhe hätte deswegen natürlich auch nicht die vergleichbare Wirkung erzielen können. Sie scheitert daran, dass sie schlichtweg nicht umsetzbar ist, erst recht nicht mit dem kurzen zeitlichen Vorlauf von nur einer Woche. Die Fülle von

Detailproblemen, die damit verbunden sind, ist in den letzten 48 Stunden deutlich geworden: vereinbarte Arzttermine, die Versorgung von Krankenhäusern, Produktionsprozesse, die nicht unterbrochen werden können, Logistikprobleme, Lohnfortzahlung und so weiter. Das ist nur eine kleine Auswahl der Fragen, die dieser Beschluss aufgeworfen hat. Diese Entscheidung heute zurückzuziehen, ist deshalb die richtige Konsequenz.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Die damit verbundenen Irritationen sind in höchstem Maße bedauerlich. Für die Akzeptanz in der Bevölkerung ist ein solches Hin und Her sicherlich nicht hilfreich. Aber es ist ein Zeichen von Größe und Stärke der Bundeskanzlerin, einen solchen Fehler einzugestehen und dies zu revidieren.

(Beifall CDU)

Genauso verdient es Respekt, dass unser Ministerpräsident für sich und alle anderen Ministerpräsidenten eine Mitverantwortung übernommen und dazu heute klare Worte gefunden hat.

(Beifall CDU, Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es sollte deshalb kein Grund für Häme oder Schuldzuweisungen sein, vor allem deshalb nicht, weil die Coronalage weiterhin ausgesprochen ernst ist. Bundesweit steigen die Coronazahlen stark an; wir befinden uns mitten in der dritten Welle. Vonseiten des Robert Koch-Instituts, aber auch anderer führender Virologen werden für die Zeit nach Ostern neue Rekordwerte an Infektionszahlen prognostiziert.

Allerdings leidet die Bevölkerung immer stärker unter dem monatelangen Lockdown. Die Not der geschlossenen Branchen wächst, und die Hilferufe werden von Tag zu Tag lauter.

In dieser schwierigen Situation ist ein gesellschaftlicher Konsens über das weitere Vorgehen in der Coronapandemie leider immer weniger erkennbar. In Umfragen spricht sich rund ein Drittel der Bevölkerung für verschärfte Maßnahmen und einen verlängerten Lockdown aus, ein zweites Drittel lehnt dies entschieden ab und fordert die Rückgabe von Freiheitsrechten, das dritte Drittel hält die derzeit ergriffenen Maßnahmen für genau richtig und möchte diese so fortsetzen.

In einer solchen Situation trifft jede Entscheidung der Politik auf Kritik, entweder von der einen oder von der anderen Seite. Kritik zu üben ist immer

(Tobias Koch)

leicht; kein Kritiker, auch Herr Dr. Stegner, muss unter Beweis stellen, wie er selbst die Entscheidung in Regierungsverantwortung getroffen hätte.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Gott sei Dank!)

Kein Kritiker steht vor der Herausforderung, eine gemeinsame Linie zwischen Bundesregierung, 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und zehn verschiedenen Koalitionsvarianten auf Landesebene auszuhandeln zu müssen. Allein mit Kritik werden wir unserer politischen Verantwortung nicht gerecht. Das mag für steigende Umfragergebnisse reichen, gefährdet aber den wichtigsten Faktor zur Bewältigung der Krise, nämlich das Vertrauen und die Akzeptanz der Bevölkerung.

Gerade der Herr Oppositionsführer hat das verantwortungsvolle Handeln der Opposition in diesem Hause immer wieder betont - was ja auch nur folgerichtig ist, denn schließlich ist die SPD Teil der Bundesregierung und sitzt bei den Bund-Länder-Gesprächen gleich mehrfach mit am Verhandlungstisch.

Wenn die MPK Anfang März einen Stufenplan verabschiedet hat, wie wir ihn aus Schleswig-Holstein lange vorher gefordert haben, der bei einer Inzidenz unter 50 die Öffnung des Einzelhandels vorsieht, dann war es absolut konsequent und richtig, dies eins zu eins in Schleswig-Holstein umzusetzen und von der Möglichkeit der Öffnung des Einzelhandels Gebrauch zu machen.

Herr Dr. Stegner, diese Entscheidung zu kritisieren, führt jeden Stufenplan, führt jede Inzidenzampel ad absurdum. Das Wesensmerkmal einer Inzidenzampel ist es doch gerade, dass nicht die Maßnahmen überall gleich sein müssen, sondern die Kriterien, nach denen die Entscheidungen getroffen werden. Genau das haben Sie hier monatelang mantrahaft betont. Wenn Scholz und Tschentscher jetzt behaupten, die Öffnung des Einzelhandels in Schleswig-Holstein sei die Ursache für den Anstieg der Infektionszahlen in Hamburg, ist das vollkommen absurd.

(Beifall CDU)

Die Infektionszahlen hätten bei dieser Argumentation in Schleswig-Holstein viel stärker steigen müssen als in Hamburg, denn schließlich sind ja bei uns nicht nur der Einzelhandel, sondern seit Februar auch die Schulen geöffnet. Trotzdem sind die Infektionszahlen bei uns im Land die ganze Zeit über deutlich niedriger als in Hamburg, heute sogar leicht sinkend. Das Infektionsrisiko geht offensichtlich gerade nicht vom Einzelhandel aus.

(Beifall CDU, FDP, Lars Harms [SSW] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Deshalb wäre es überhaupt nicht zu vermitteln gewesen, wenn Schleswig-Holstein von der Bund-Länder-Vereinbarung, vom Stufenplan abgewichen wäre und von der Öffnung des Einzelhandels keinen Gebrauch gemacht hätte.

Dass es der Landesregierung nicht um eine einseitige Öffnungspolitik geht, hat sie mehrfach unter Beweis gestellt. In Flensburg wurde entschieden eingegriffen, noch bevor die Inzidenz die Marke von 200 erreicht hatte. Im Kreis Segeberg wurden die Klassen 1 bis 6 schon in den Wechselunterricht zurückgeschickt, als die Inzidenz noch unter 100 lag, sich aber eine Häufung von Fällen an Kitas und Schulen zeigte. In dem Augenblick, als die Inzidenz landesweit über 50 stieg, wurde der geöffnete Einzelhandel in allen Kreisen wieder auf Click & Meet umgestellt, bei denen die Inzidenz diesen Wert überstieg.

Das war keine Trickserei, sondern das war genau die regionale Vorgehensweise, die der MPK-Beschluss als Möglichkeit vorsah, und das ist auch genau die Vorgehensweise, mit der der Kollege Stegner seinen Vorschlag einer Inzidenzampel hier schon im Dezember letzten Jahres begründet hatte. Ich zitiere aus dem Plenarprotokoll vom 11. Dezember 2020. Damals sagte Ralf Stegner:

„Aus unserer Sicht braucht es ... eine verbindliche Inzidenzampel, die klar vorgibt, ab welchen Infektionszahlen eine bestimmte Maßnahme greift und auch wieder gelockert wird. Das ... gibt den Menschen im Land eine Perspektive, bietet Raum für regionale Unterschiede und schafft Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Effektivität.“

Von Verbindlichkeit und regionalen Unterschieden will der Herr Oppositionsführer jetzt, wo es darauf ankommt, auf einmal nichts mehr wissen. In der Theorie ist der Kollege Stegner immer spitzenmäßig, in der Praxis würde er aber bei jeder Fahrprüfung durchfallen, wenn er an der grünen Ampel in Schleswig-Holstein stehen bleibt, nur weil die Ampel in Hamburg noch auf gelb steht.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Genau so widersprüchlich wie beim Einzelhandel - und übrigens Ihre ganze Rede heute - ist das Agieren der SPD auch beim Thema Tourismus über die Osterfeiertage. In der Sondersitzung des Landtags

(Tobias Koch)

vom 4. März 2021 vom Kollegen Vogt auf die Bedeutung des Tourismus für unser Bundesland und die rund 160.000 Beschäftigten angesprochen, gab sich der SPD-Fraktionsvorsitzende noch als Tourismusunterstützer, der einen Osterurlaub in Schleswig-Holstein befürwortet - nachzulesen im Protokoll. Ich zitiere aus dem Plenarprotokoll vom 4. März 2021. Ralf Stegner sagte, dass sich auch die SPD den Osterurlaub ausdrücklich wünsche.

(Zurufe SPD)

Ralf Stegner ging sogar noch weiter:

„... wenn hier im Plenum die Hoffnung geäußert wird, ab dem 1. April könne Schleswig-Holstein das Ziel von Osterurlaubern aus dem gesamten Bundesgebiet sein. Wir wünschen uns das.“

(Zurufe SPD)

Deshalb kritisierte er den Ministerpräsidenten damals dafür, dass er einen Appell unterschrieben hat, auf nicht zwingend notwendige Reisen zu verzichten.

Eine Woche später erhöhte die SPD-Landtagsfraktion den Druck sogar noch und forderte in Person ihrer tourismuspolitischen Sprecherin eine schnelle Entscheidung für den Tourismus. Der Ministerpräsident solle sofort erklären, wie es für die Branche weitergehe -, so Regina Poersch, allerdings ohne selbst zu sagen, wohin es weitergehen soll.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Tobias Koch [CDU]:

Ich habe noch mehr Zitate von Herrn Stegner, insofern gern, ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Koch, es ehrt mich sehr, dass Sie so umfangreich aus meinen Reden zitieren. - Erstens. Wenn Sie mich vollständig zitieren würden, würden Sie beim ersten Fall bemerkt haben, dass Sie, wenn Sie bei einer grünen Ampel losfahren, jemand auf der Kreuzung steht und Sie trotzdem weiterfahren, bei der Fahrprüfung durchgefallen sind. Herr Kollege Koch, die Abstimmung mit den Nachbarn und die Umstände waren Teil unseres Antrags, mit dem wir die Inzidenzampel hier eingebracht haben, die Sie lange verweigert haben.

Zweitens zum Tourismus. Natürlich wünschen wir uns das. Der zweite Teil der Rede befasste sich allerdings mit den Voraussetzungen, die dafür erforderlich sind. Die Voraussetzungen sind nicht gegeben, weil wir hier immer gesagt haben, dass der Gesundheitsschutz Priorität haben muss.

Es ist nett, wenn Sie mich zitieren. Ich habe dann immer auch noch den Rest der Rede im Kopf und trage dazu bei, dass auch das Plenum den Rest noch erfährt. Aber vielen Dank dafür, dass Sie dafür sorgen, dass meine Reden verbreitet werden. Das ehrt mich sehr.

- Herr Kollege Stegner, es ist schön, welche Pirouetten Sie argumentativ immer wieder drehen. Wir konnten auch vorhin bei Ihrer Rede feststellen, dass da nicht viel zusammenpasste. Auch wenn man die Rede in Gänze liest, ist man hinterher nicht schlauer und weiß nicht, wofür die SPD eigentlich steht.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das ist genau Ihre Taktik: alles kritisieren, egal, was entschieden wird, und selbst nicht sagen, was Sie tun wollen. Das ist das, was ich eingangs meinte, als ich sagte: Kritik allein hilft uns nicht weiter.

Auf die Aufforderung, sofort zu entscheiden, kam der naheliegende Verweis der Staatskanzlei auf die Ministerpräsidentenkonferenz am 22. März 2021. Das wurde von der SPD als Zaudern, Zögern und Taktieren kritisiert. Als der Ministerpräsident in der letzten Woche vor der MPK das als Verhandlungsziel ausgab, was er immer schon gesagt hatte, nämlich für den Tourismus über Ostern eine Perspektive zu eröffnen, da war das plötzlich wieder falsch, da machte die SPD ihre Kehrtwende und unterstützte dieses Verhandlungsziel nicht mehr. Auch hier wieder eine besonders kreative Argumentationslogik des Kollegen Stegner: Reisen in überfüllten Fliegern nach Mallorca seien zwar das falsche Signal - das stimmt. Deswegen dürften aber Reisen in Deutschland auch nicht stattfinden, forderte Ralf Stegner - das muss man nicht verstehen.

In Fortsetzung dieses Oppositionskurses stand schon vor heutigen Landtagssitzung fest, dass die SPD heute auf jeden Fall wieder Kritik üben würde. Im Falle einer erfolgreich verhandelten Öffnungsklausel für den Tourismus über Ostern hätte die SPD das als unverantwortliches Infektionsrisiko gebrandmarkt, wie es der Kollege Stegner hier gerade vorgeführt hat, und dem Ministerpräsidenten dafür massive Vorwürfe gemacht. Den umgekehrten Fall haben wir heute Morgen erlebt, als die SPD-Lan-

(Tobias Koch)

desvorsitzende dem Ministerpräsidenten vorwarf, nicht genügend gekämpft und die Regelungen für den Tourismus nicht durchgesetzt zu haben. So einfach lässt sich der Spieß umdrehen, wenn man einfach alles nur kritisiert.

Ich muss schon sagen: Das ist eine wirklich perfide Strategie, die die SPD hier verfolgt. Von verantwortungsvollem und erst recht von gemeinschaftlichem Handeln in der Krise ist da nicht viel übrig geblieben.

(Beifall CDU und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das gilt umso mehr, wenn man sich anschaut, wer an der Seite Schleswig-Holsteins für den Osterurlaub gekämpft hat: Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz, alles Bundesländer, in denen die SPD an der Regierung beteiligt ist. Nur die SPD Schleswig-Holstein war gegen Osterurlaub im eigenen Land und empfiehlt stattdessen Spazierengehen am Deich. Auch das muss man nicht verstehen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Nicht alles zusammen öffnen! - Zuruf: Darum geht es doch gar nicht! - Serpil Midyatli [SPD]: Natürlich! - Unruhe)

Nach wie vor bleibt vollkommen unklar, für welche Position die SPD in Schleswig-Holstein eigentlich steht. Das war der Gipfel der Doppelmoral, Doppeltzungigkeit und Widersprüchlichkeit, den Sie hier heute präsentiert haben.

Deshalb sage ich der Bund-Länder-Vereinbarung zum Trotz: Der Vorschlag eines kontaktarmen Osterurlaubs in einer Ferienwohnung, im Wohnmobil oder auch im Hotel ohne Restaurantnutzung zumindest für die Menschen aus dem eigenen Land war absolut sachgerecht und angemessen. Genau dafür hat sich der Ministerpräsident bei der Bund-Länder-Verhandlung eingesetzt, und nicht nur die Kolleginnen Schwesig oder Dreyer.

Das war der gemeinsame Vorschlag, die unser Ministerpräsident mit den anderen SPD-geführten Ländern eingebracht hat. Sie können nicht den Vorschlägen aus Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern zustimmen, die gut gewesen seien, und unseren Ministerpräsidenten dafür kritisieren, dass er versucht hat, genau diesen Vorschlag durchzusetzen. Diese Argumentation ist doch absolut irrsinnig!

(Beifall CDU und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Inlandstourismus war nicht der Infektionstreiber, der im letzten Oktober die zweite Welle ausgelöst hat. Das hat die Expertenanhörung des Landtags eindeutig bestätigt. Deshalb war es richtig von Daniel Günther, sich für den Osterurlaub im eigenen Land einzusetzen. Es war richtig für die Tourismusbranche mit ihren zahlreichen Betrieben und Beschäftigten, es war vor allem richtig für die Menschen, die damit den Corona-Lockdown für sich ein kleines Stück erträglicher hätten gestalten können.

Leider kommt es jetzt nicht so. Die Mehrheit der Ministerpräsidenten und die Bundesregierung haben diese Position nicht geteilt. In einer solchen kontroversen Debatte, die die Verhandlungen an den Rand des Scheiterns gebracht hat, verbietet sich ein Alleingang unseres Bundeslandes. Die Coronakrise werden wir in Deutschland nur gemeinsam meistern. Genauso wie wir von anderen Bundesländern erwarten, dass sie sich an die getroffenen Beschlüsse halten, gilt das umgekehrt auch für uns. Das gilt selbst dann, wenn die Infektionszahlen in Schleswig-Holstein vergleichsweise niedrig sind und unsere Position deshalb gut begründet war.

Gerade vor diesem Hintergrund beinhaltet der vorgestrichene Beschluss auch einen Lichtblick, der sich insbesondere bei uns in Schleswig-Holstein positiv auswirken könnte. Mit der Möglichkeit, in ausgewählten Regionen Modellprojekte aufzusetzen, haben wir zumindest nach Ostern die Chance, das Funktionieren unseres Tourismuskonzeptes unter Beweis zu stellen. Urlaube in Schleswig-Holstein mit negativem Testergebnis und elektronischer Nachverfolgung mittels App lassen sich sicher gestalten. Davon bin ich fest überzeugt. Überall dort, wo die Infektionszahlen niedrig sind, von Nordfriesland bis Ostholstein, haben die Kommunen und Kreise jetzt die Möglichkeit, sich an einem solchen Modellprojekt zu beteiligen. Aus meiner Sicht ist Schleswig-Holstein geradezu prädestiniert für eine touristische Modellregion. Die kann auch aus mehreren Kreisen und kreisfreien Städten bestehen. Wenn das am Ende das halbe Land ist, ist das aus unserer Sicht auch in Ordnung.

Genauso können wir uns auch Modellprojekte im Bereich von Kultur und Sport vorstellen, wenn die Beteiligten vor Ort entsprechende Schutzmaßnahmen garantieren.

Meine Damen und Herren, ebenso wie wir diese Spielräume der Bund-Länder-Vereinbarung nutzen, werden wir uns auch an anderer Stelle an die getroffenen Vereinbarungen halten. Das heißt, wir werden bei Überschreiten der 100er-Inzidenz an drei aufeinanderfolgenden Tagen die Notbremse

(Tobias Koch)

ziehen und zwischenzeitliche Öffnungen wieder zurücknehmen. Sollte es auch bei uns in Schleswig-Holstein in einzelnen Kreisen oder kreisfreien Städten zu einem exponentiellen Wachstum der Infektionszahlen kommen, dann werden wir darüber hinaus zusätzliche Maßnahmen ergreifen müssen, die mit einer Ausweitung der Maskenpflicht, mit vermehrten Schnelltests und verschärften Kontaktbestimmungen in dem gestrigen Beschluss auch bereits genannt sind. Das kennen wir größtenteils schon aus Flensburg, und das würden wir in vergleichbarer Situation jederzeit wieder so machen.

Meine Damen und Herren, mit diesen Maßnahmen, mit dem Ziehen der Notbremse bei einer Inzidenz über 100 und weiteren verschärften Maßnahmen im Falle eines exponentiellen Wachstums müssen wir Zeit gewinnen, Zeit, in der wir mit Impfungen, mit häufigeren Selbst- und Schnelltests und mit einer app-basierten elektronischen Kontaktnachverfolgung die entscheidenden Weichen stellen, um diese Pandemie zu besiegen.

Ja, auch an dieser Stelle kann man jetzt wieder kritisieren, dass das alles viel zu lange dauert, dass zu wenig Impfstoff vorhanden ist und so weiter und so weiter. Kritisieren ist - wie gesagt - immer leicht. Wenn es sich aber um ein Versagen der deutschen Bundesregierung handeln sollte, dann müsste sich diese Situation in anderen europäischen Ländern ja grundlegend anders darstellen. Stattdessen stelle ich fest: Frankreich - liberal regiert -: Inzidenz über 300;

(Zurufe SPD)

Polen - national regiert -: Inzidenz über 400; Spanien - sozialdemokratisch regiert -: dort lag die Inzidenz in der dritten Welle bei über 500; Schweden - rot-grün regiert -: Inzidenz über 300; Österreich - schwarz-grün regiert -: Inzidenz über 200; Deutschland - schwarz-rot regiert -: Inzidenz aktuell bei 108.

(Zurufe SPD und Christopher Vogt [FDP])

Mit den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz wird hoffentlich dafür gesorgt, dass das Szenario eines Anstiegs auf 300 oder sogar 500 verhindert wird.

(Beate Raudies [SPD]: Beim letzten Mal hatten Sie die Pandemie noch besiegt! - Martin Habersaat [SPD]: Werben Sie für eine Fortsetzung der Großen Koalition? - Weitere Zurufe)

Bei allem Interesse, aus dieser Krise politisches Kapital zu schlagen, liebe Kolleginnen und Kollegen,

sollten wir doch kein Zerrbild der deutschen Politik zeichnen, das dazu geeignet ist, das Vertrauen in unsere Demokratie grundlegend zu gefährden. In dieser Richtung tragen Regierung und Opposition gleichermaßen Verantwortung.

Vor allem dürfen wir nicht die Hoffnung und die Zuversicht verlieren, denn mit Missmut und Kritik allein werden wir diese Krise auf gar keinen Fall bewältigen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, vereinzelt FDP und Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke dem Ministerpräsidenten für seinen x-ten Bericht zu einer MPK und für die nächtliche Sitzung. Es war eine Mammut-MPK, zumindest wenn man sich den zeitlichen Umfang anschaut. Nächtliche Sitzungen, das ist wirklich oldschool. Wer am längsten durchhält, hat gewonnen. Mich erinnert das ein bisschen an Tarif- und Koalitionsverhandlungen aus dem letzten Jahrhundert oder sogar Jahrtausend, wo die Leute bis tief in die Nacht - meist rauchend - zusammensitzen, und irgendwann treten Herren vor die Kameronen und vertreten irgendwelche Kompromisse, die gefunden worden sind. Das ist nicht mehr das, was moderne Verhandlungstaktik ausmacht. Heute wissen alle, dass Pausen, Schlaf und frische Luft sowie vernünftig vorbereitete Papiere das A und O von Verhandlungen sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist insbesondere so, wenn es darum geht, Entscheidungen zu treffen, die die Bevölkerung wirklich knallhart treffen - in die eine oder auch in die andere Richtung. Ich meine, wenn wir ein Papier sehen, in dem es noch einen Vorschlag für Osterfamilienfeiern und die Lockerung von Kontaktmaßnahmen gibt, und am Ende dabei ein Oster-Lockdown herauskommt, sieht man, dass das nicht gut vorbereitet ist.

Und nun die Kehrtwende. Das bedeutet natürlich Chaos. Ja, ich teile das, was meine Vorredner gesagt haben: Fehler dürfen gemacht werden. Es ist sogar wichtig, dass wir in Deutschland zu einer bes-

(Eka von Kalben)

seren Fehlerkultur kommen. Denn ich glaube, die Pandemie werden wir nur bewältigen können, wenn wir mutig sind. Wir sind in Deutschland vielleicht manchmal zu zögerlich. Wenn man mutig ist, dann macht man auch Fehler. Aber ich bleibe dabei: Die MPK hat sich keinen guten Ruf verdient. Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, dass so etwas nicht noch einmal passiert.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Christopher Vogt [FDP])

Meine Damen und Herren, ich halte es auch für notwendig, dass nach dem heutigen Desaster der MPK die Rolle der MPK grundsätzlich diskutiert werden muss.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Beifall Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Wir brauchen hier eventuell auch andere parlamentarische Beteiligungen, sowohl im Bund als auch im Land.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Jahr nach der Pandemie liest sich der Beschluss, der zwischen Bund und Ländern geeint wurde - ich nehme jetzt einmal die Oster-Lockdown-Regelung aus - phantasielos, er gibt wenig Perspektive.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass der vereinbarte Stufenplan, der vor zwei Wochen in der MPK vereinbart wurde und weitgehend auf dem Vorschlag aus Schleswig-Holstein fußt, weiter gilt. Das ist wirklich ein Erfolg der letzten MPK. Es ist gut, dass wir danach hier weiter vorgehen werden.

Ich finde es genauso selbstverständlich und richtig, dass ein Stufenplan nicht bedeutet, dass man nur nach oben geht, sondern dass eine Treppe in zwei Richtungen begangen werden kann, es also zwei Richtungen gibt. Deshalb sind Regelungen, die bei hohen Inzidenzen eingezogen werden, richtig. Es ist gut, dass verschiedene Optionen genannt werden. Eine Option sollte die Ausgangssperre sein. Wir in Schleswig-Holstein wollen diese Option nicht ziehen. Das ist auch richtig.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Lars Harms [SSW])

Wichtig sind nach wie vor die Kontaktbeschränkungen, nicht die Einschränkung des Spaziergangs, den man nachts um die Häuser macht.

Es ist ein mehr als unglückliches Signal - das ist jetzt ein zweiter Punkt - des MPK-Beschlusses, dass die verpflichtenden Testungen für Unternehmen nicht vereinbart wurden. Meine Damen und Herren, immer wieder sind Betriebe Hotspots für hohe Inzidenzen. Es gibt auch Hinweise darauf, dass Ansteckungen am Arbeitsplatz deutlich häufiger sind als beispielsweise in der Außengastronomie. Da wäre es doch das Mindeste, dass gerade die Betriebe, die jetzt nicht so stark vom Lockdown betroffen sind, die wirtschaften können, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter testen, wenn sie sie schon nicht ins Homeoffice schicken können. Das wäre für mich ein Akt der Solidarität mit den Betrieben, die ihre Belegschaft ohne Beschäftigung nach Hause schicken müssen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dass der kontaktarme Urlaub nicht ermöglicht wird, ist nicht nachvollziehbar. Ein Osterfest in der Ferienwohnung ist kontaktärmer als der Verbleib in der nachbarschaftlichen Community.

Gut ist dagegen die Regelung zu den Modellregionen. Wir werden in Schleswig-Holstein davon Gebrauch machen, wenn es die Zahlen nach Ostern hergeben. Die Tourismusbranche bei uns im Land hat hierzu vorgearbeitet. Wir haben das vorhin schon gehört. Wir werden mit diesen Modellregionen deutlich machen können, dass ein Leben mit Corona möglich ist, mit Kultur, mit Sport, mit Angeboten für Jugendliche und mit der Beherbergung und Bewirtung von Gästen.

Meine Damen und Herren, ein Jahr nach der Pandemie liest sich der Maßnahmenkatalog, der zwischen Bund und Ländern geeint werden konnte, im Hinblick auf eine Perspektive nicht gut. Mein Fazit bleibt: Das Ergebnis hilft wenig, um die entnervte Bevölkerung an Bord zu behalten, gibt zu wenig Perspektiven. Er wurde mit heißer Nadel gestrickt. Das ergibt in der Regel nur Flickwerk.

Die SPD wirft nun dem Ministerpräsidenten vor, dass er zu hohe Erwartungen geweckt habe. Ja, es stimmt, der Ministerpräsident und die Koalition sind mit einer Position in die Beratungen gegangen. Wir wollten mit den norddeutschen Ländern zu einer Möglichkeit kommen, kontaktarmen Urlaub zu ermöglichen. Außer Hamburg konnten wir die norddeutschen Länder dafür gewinnen. Gereicht hat es nicht.

Der Besuch eines Campingplatzes ohne geöffnete Duschen und Essräume trägt sicher sehr wenig zum

(Eka von Kalben)

Infektionsgeschehen bei, aber bringt vielen Menschen eine Verschnaufpause nach einem Jahr Durchhalteparolen. Dafür haben wir, hat der Ministerpräsident gekämpft. Das war richtig.

Es ist richtig, die Kommunikation spielt in der Pandemie eine riesige Rolle. Es ist wirklich ein Balanceakt, eine Position transparent deutlich zu machen, gleichzeitig Hoffnung zu geben, aber keine falschen Erwartungen zu wecken. Das ist ein schwieriger Akt - keine Frage. Ich kann die Enttäuschung derjenigen verstehen, die ihre Ferienhäuser schon auf Vordermann gebracht haben, oder auch der Menschen, die sich auf einen Osterurlaub gefreut haben.

Es ist immer richtig, für etwas zu kämpfen, auch wenn man sich nicht immer durchsetzen kann. Es ist kein Grund für die SPD, deshalb mit dem Oppositionsschäufelchen zu winken. Was ich überhaupt nicht verstanden habe - leider durfte ich keine Nachfrage stellen -, ist, welche Position die SPD zu Einzelhandel, Tourismus und Beherbergungen einnimmt. Ich habe die Tourismusdebatte leider nicht voll mitbekommen. Ich habe den Redebeitrag von Frau Midyatli mitbekommen. Ich habe die Pressemeldung dazu mitbekommen. Im Anschluss habe ich meine Kolleginnen und Kollegen - nicht nur meiner Fraktion, sondern auch von anderen Teilen des Hauses - gefragt: Was war die SPD-Position in der Debatte? - Es konnte mir keiner sagen. Keiner konnte mir das sagen.

(Zurufe SPD)

Ich durfte Herrn Stegner leider nicht danach fragen, weil er die Frage nicht zugelassen hat. Ich weiß es bis jetzt nicht.

(Zuruf: Er kann es auch nicht sagen!)

Auf oder nicht auf - das ist hier die Frage.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

SSW und FDP dagegen sind deutlich. Sie sprechen sich dafür aus, den Weg des kontaktarmen Urlaubs unabhängig von der Bundeslinie zu gehen. Ich halte das nicht für richtig. So frustrierend manche Beschlüsse der Länder sind - ein Großteil der Bevölkerung will keinen Flickenteppich, will die Lage verstehen. Deshalb werden wir jetzt vor Ostern keiner weiteren Lockerung zustimmen. Wie es danach weitergeht, werden wir mit Sicherheit anhand unseres eigenen Stufenplanes klug lösen können.

Meine Damen und Herren, die Kanzlerin hat angekündigt, dass wir eine Notbremse brauchen, um das explodierende Wachstum, vor dem die Wissen-

schaft warnt, zu stoppen. Ich bin auch besorgt über die Lage und darüber, was uns viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler raten. Dennoch finde ich, dass das Bild einer Notbremse schief ist. Was bedeutet es, eine Notbremse zu ziehen? - Ein Zug hält ungeplant, ungesteuert, die Leute stolpern, das Gepäck fällt aus dem Netz, der Kaffee kippt um, alle sind wach, aber vielleicht auch orientierungslos: Wo sind wir eigentlich?

Die Notbremse, die hier gezogen wurde, kommt zu spät, bremst nicht richtig, und ich weiß nicht, wohin der Zug, in dem die Notbremse gezogen wurde, fährt. Bei einer Notbremse geht es meist um eine Ad-hoc-Lösung. Dann liegt irgendetwas auf der Schiene, oder jemand möchte schnell aussteigen, weil seine Liebste ausgestiegen ist, oder what ever.

Hier gilt es für uns nicht, Notbremsen zu ziehen, sondern nach einem Jahr einen vernünftigen Umgang mit der Pandemie und dem sogenannten Hammer-and-Dance-Rhythmus zu haben, wie es am Anfang hieß. Das heißt, wir haben Inzidenzen, bei denen geöffnet wird, und wir haben Inzidenzen, bei denen geschlossen wird. Deswegen brauchen wir keine Notbremsen oder Ad-hoc-Chaossituationen, sondern wir haben ein System, mit dem wir weiterarbeiten können und das in der Bevölkerung zu mehr Akzeptanz führen kann.

Die Akzeptanz sinkt - in alle Richtungen. Die einen finden, dass der Lockdown zu spät kommt, die anderen wollen ihn gar nicht. Einige wünschen sich einen 14-tägigen Shutdown, andere die Öffnung der Außengastronomie. Dabei ist die Akzeptanz das Wichtigste. Heiner Garg hat es, glaube ich, schon 100-mal hier am Rednerpult gesagt. Es ist das Wichtigste im Umgang mit der Pandemie, weil wir das Maskentragen im privaten Raum eben nicht kontrollieren können. Wie denn auch? Die AHA-Regeln können nicht überwacht werden. Sie müssen verinnerlicht werden. Deshalb müssen sie eingehalten werden.

Nun wird immer wieder gesagt - mein Kollege Koch hat schon darauf hingewiesen -, andere Länder machten es besser als Deutschland. Großbritannien hat eine App, Dänemark und Österreich testen besser, Israel, Großbritannien und die USA haben sich Impfstoffe gesichert, die EU nicht. Und ja, es sind viele Fehler passiert. Das fängt bei der Impfstoffbeschaffung an, geht darüber, dass keine Tests an die Länder geliefert wurden, und gipfelt in den Wirtschaftshilfen von Herrn Altmaier, die angekündigt werden und dann nicht auf den Konten der Betroffenen landen.

(Eka von Kalben)

Aber es ist eben nicht alles schlechter in Deutschland. In Deutschland wurde ein Impfstoff entwickelt, der vielen Menschen hilft.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Was haben wir davon?)

Unser Gesundheitssystem hat sich im internationalen Vergleich bewährt. Auch wirtschaftlich gab es in Deutschland mehr Unterstützung als in anderen Ländern. - Lieber SSW, was haben wir davon? Wir haben sehr viel davon, wenn Menschen in anderen Ländern auch geimpft werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es bringt nämlich überhaupt nichts, wenn wir nur in Deutschland impfen. Wir müssen Impfstoff in andere Länder exportieren. In einer Staatengemeinschaft wie den USA, die ihre Sachen in Brasilien testen lassen und dann die Verträge mit Brasilien nicht einhalten und dort keinen Impfstoff hin liefern, möchte ich nicht Mitglied sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Klaus Schlie [CDU])

Beim Thema Fehler möchte ich noch auf das eingehen, lieber Herr Stegner, was Sie dankenswerterweise eingebracht haben. Ich glaube auch, persönliche Verfehlungen und persönlicher Lobbyismus sind sehr schädlich dafür, die Akzeptanz für die Politik zu erhöhen. Mit welcher Vehemenz Sie jetzt die Vorschläge einbringen, die wir in der Koalition nicht durchsetzen können, lieber Herr Stegner - es tut mir leid, das musste ich hier einfach loswerden -, macht mich ehrlich gesagt schon ein bisschen fassungslos.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich aber, dass es einen Gesinnungswechsel gegeben hat, und hoffe sehr, dass sich meine Koalitionspartner an dieser Stelle bewegen und wir gemeinsam zu guten Regelungen kommen.

Es braucht Akzeptanz für Verschärfungen, für Lockerungen, für die Impfstrategie, für die Politik. Alles, was jetzt an Fehlverhalten hochgekommen ist, ist wirklich fatal. Wir sollten aber nicht das Bild verantwortungsloser Politikerinnen und Politiker zeichnen, die nicht wissen, was sie tun. Das trifft es nicht. Viele Menschen ringen um einen guten Umgang mit der Pandemie. Das ist so in einer Demokratie. Das ist so im Föderalismus, und das ist auch richtig so.

Gestern wurde ich gefragt, ob ich der Meinung sei, dass die Lasten in Schleswig-Holstein gleich ver-

teilt seien. Ich glaube, es gibt erhebliche Unterschiede. Zuerst einmal leiden Kinder und Jugendliche besonders. Auf dieses Thema kommen wir am Freitag noch zu sprechen. Dann gibt es die, die - wie wir - ihr Gehalt jeden Monat auf dem Konto haben, und die vielen, die um ihre Existenz und ihre Arbeitsplätze bangen, die schon seit einem Jahr kein auskömmliches Einkommen mehr haben; die, die ein Haus mit Garten haben, und die, die in beengten Verhältnissen ohne Grün oder vielleicht sogar auf der Straße leben; die, die Menschen um sich haben, die sie treffen können, und die, die ganz allein sind und auf alle ihre Freizeitaktivitäten verzichten müssen; die, die gesund sind und sich wenig Sorgen machen, und die, die mit ihrem Atem oder mit ihrem Leben kämpfen. Nein, nicht alle leiden gleich, und es ist unsere Aufgabe, solidarisch zu sein - immer noch.

Wir in Schleswig-Holstein sind gut beraten, unseren Weg konsequent weiterzuverfolgen. Das bedeutet Öffnen und Schließen anhand eines Stufenplans, Bildung und den Interessen von Kindern und Jugendlichen Priorität geben, Testmöglichkeiten im ganzen Land ausbauen, wirtschaftliche Hilfen, wo der Bund Lücken hinterlässt, und alle Impfstoffe, die uns zur Verfügung stehen, so schnell wie möglich verimpfen.

Wir brauchen Akzeptanz, und wir müssen weiter erklären, wie wir vorgehen. Erklären hilft, aber nur, wenn man die Maßnahmen auch erklären kann. Da müssen wir wieder hinkommen, trotz MPK-Beschlüssen. Und wir brauchen Solidarität und Zusammenhalt. Ich bin zuversichtlich, dass uns das in Schleswig-Holstein gelingen wird. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke für den Bericht des Ministerpräsidenten. Ich freue mich auch über die Rede des Oppositionsführers, der heute wieder ganz der Alte war. Auch das ist ein Stück weit eine Rückkehr zur Normalität. Aber ich will sagen: Es gab in den letzten Tagen nicht nur zwei, sondern gleich drei Ministerpräsidentenkonferenzen, über die wir hier aus meiner Sicht sprechen sollten: Es gab die MPK heute, die uns ein Stück weit über-

(Christopher Vogt)

rascht hat. Es gab die MPK am Montag, und wir hatten bereits am Freitag eine MPK. Die Konferenz vom Freitag war der sogenannte Impfgipfel. Er war um zwei Tage verschoben worden wegen der bemerkenswerten Diskussion um AstraZeneca. Diese wurde wohl auch mit Blick auf die mageren Ergebnisse in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Es erklärt aber in Wahrheit, warum die MPK vom Montag oder Dienstagnacht so ausgegangen ist, wie sie ausgegangen ist. Man kann es nicht anders sagen: Die Impfstoffbestellung der Bundesregierung über die EU ist eine einzige Katastrophe.

(Beifall FDP, SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir haben hier schon mehrfach darüber debattiert, aber das nervt die Bürgerinnen und Bürger und, ich glaube, uns alle dermaßen. Wenn ich das richtig sehe, wurde gerade der BioNTech-Impfstoff mit deutschem Steuergeld entwickelt. Ich glaube, dass das, was auch die „New York Times“ vor wenigen Tagen aufbereitet hat und was andere Länder, vor allem die USA, gemacht haben und was Europa gemacht hat, uns jetzt in der Pandemie ganz gewaltig auf die Füße fällt, und das sorgt natürlich für enormen Frust.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, wenn es Protagonisten wie Donald Trump, Boris Johnson und Benjamin Netanjahu deutlich anders gemacht haben, dann stimmt das nachdenklich. Das kann man jetzt nicht mehr komplett heilen, es gehört aber zur Wahrheit dazu.

Klar ist auch, es muss dennoch nach wie vor alles getan werden, was das Impfen beschleunigen kann. Ehrlich gesagt, hier fand ich den Beschluss vom Freitag katastrophal. Es war sehr mager, was dort beschlossen wurde. Auch wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, muss es weitere Anreize für mehr Produktionskapazitäten geben, und es muss auch über Notzulassungen gesprochen werden. Wir haben jetzt mit CureVac den zweiten deutschen Impfstoff, dessen Entwicklung sehr weit fortgeschritten ist. Das darf man nicht ausschließen. Es geht um eine Beschleunigung des Tempos an der Stelle.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Schleswig-Holstein steht beim Impfen im bundesweiten Vergleich, nicht im internationalen Vergleich, leider, aber wir müssen an der Stelle auf den Bund schauen, gut da. Dies gilt vor allem mit Blick auf die Erstimpfungen. Ein Problem bleibt leider

die ausbaufähige Zuverlässigkeit bei den Lieferungen. Das erschwert natürlich auch die Terminvergaben.

Es gibt aber auch Unterschiede innerhalb der EU, die bemerkenswert sind. Man muss sich einmal anschauen, wie weit vorn mittlerweile andere EU-Staaten sind. Der österreichische Bundeskanzler kritisiert ja auch die Lieferungen innerhalb der EU. Von den USA, Israel und Großbritannien ist ganz zu schweigen. Dort ist man sehr viel weiter, und es wird in den nächsten Wochen und Monaten - international gesehen - noch sehr interessant werden, was sein wird, wenn große Länder wie die USA, die eigentlich eher ein Kontinent als ein normales Land sind, wieder komplett öffnen. Dann wird dies die Diskussion bei uns weiter erschweren, das sage ich ganz deutlich.

Meine Damen und Herren, die Impfkampagne bleibt also noch über Monate in Deutschland eine Mangelverwaltung. Ich bin für eine frühe Einbindung von Haus- und Betriebsärzten, aber auch die können ja nur impfen, wenn sie Impfstoff haben. Ich glaube, das leuchtet den meisten ein. Dass die große Mehrheit in Deutschland nicht mehr glaubt, dass das Impfversprechen der Bundesregierung, das ja jetzt nicht überambitioniert ist, eingehalten werden kann, ist ein Problem. Das Datum dazu liegt interessanterweise wenige Tage vor der Bundestagswahl. Das hat natürlich Gründe. Lassen Sie uns deshalb immer wieder gemeinsam für eine Akzeptanz des Impfens werben, denn es wird keinen besseren und vor allem keinen schnelleren Ausweg aus der Pandemie geben - in Deutschland, aber auch international.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Nach einem Jahr Pandemiebekämpfung gehen wir jetzt fast schon in den sechsten Monat des Lockdowns. Man fragt sich: Was haben wir eigentlich in einem Jahr Pandemiemanagement dazugelernt? Wir sind der Meinung, dass es trotz der großen Herausforderungen durch die dritte Welle, auch wenn es heute die gute Nachricht einer leicht gesunkenen Inzidenz gibt, Zeit für stärker differenzierte und intelligente Maßnahmen sein muss.

(Vereinzelter Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Lage ist ernst, aber mit dem unzureichenden Impfstoff und der Dominanz der britischen Virusvariante haben wir es mit einem zunehmenden Lockdownfrust in breiten Teilen der Bevölkerung zu tun. Die Nebenwirkungen sind auch immens, das dürfen

(Christopher Vogt)

wir nicht vergessen und in den Hintergrund der Debatte drängen.

(Beifall FDP und SSW)

Ehrlich gesagt, ich glaube, wir müssen in Deutschland insgesamt, aber gerade bei der Pandemiebekämpfung innovativer werden. Wir brauchen aus meiner Sicht weniger Schwarz-Weiß-Denken in der öffentlichen Debatte. Es gibt doch zumindest im demokratischen Spektrum nicht die Vernünftigen und Vorsichtigen auf der einen Seite und die Hasardeure auf der anderen Seite. Ich kann dies nicht erkennen. Wir haben zunehmend aktuelle Studien aus der Wissenschaft und Erkenntnisse aus der Praxis, mit denen wir uns noch intensiver auseinandersetzen müssen.

Ich muss es leider sagen, ich habe mich an der Stelle erneut über Herrn Söder geärgert, der bei einer „lustigen“ Pressekonferenz mitten in der Nacht meinte, das Team Vorsicht habe sich durchgesetzt; als sei das ein Ränkespiel oder eine Wahlkampfveranstaltung. Ich muss ganz ehrlich sagen, der Begriff „Team Vorsicht“ ist nicht nur unverschämt, sondern auch wirklich einfältig, und zwar nicht nur mit Blick auf die MPK von heute.

(Beifall FDP, SSW, vereinzelt SPD und Beifall Jörg Nobis [AfD])

Wir sind in Schleswig-Holstein auch vorsichtig, aber eben auch differenzierter, pragmatischer und vielleicht manchmal auch näher am Menschen als Herr Söder.

(Beifall FDP und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Mit den politisch Verantwortlichen eines Bundeslandes, das derzeit eine Inzidenz von unter 60 aufweist, sollte man aus meiner Sicht nicht so umspringen, denn das fällt ansonsten schnell auf einen zurück - vor allem dann, wenn man, wie Herr Söder, jetzt von einer neuen Pandemie spricht. Ich kann das in der Form nicht erkennen. Es ist eine neue Phase, es ist keine neue Pandemie. Diese Rhetorik bringt uns auch nicht weiter.

(Beifall FDP und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Ich will einmal darauf verweisen, wo die Ansteckungen eigentlich geschehen. Dazu gibt es gerade in den letzten Tagen sehr interessante Studien. Die Ansteckungen geschehen offenbar, ich will nicht sagen ausschließlich, aber doch ganz überwiegend, in Innenräumen ohne Schutzmaßnahmen. Im Lockdown sind das vor allem private Treffen und die Ar-

beit. Deshalb müssen die Schutzkonzepte überall verbessert werden. Ich sage auch erneut: Outdoor-Aktivitäten müssen wir stärker zulassen, wenn wir nicht wollen, dass sich die Menschen in Innenräumen aufhalten. Das gilt also für Sport, Kultur und auch für die Außengastronomie. Herr Ministerpräsident, ich bin froh, dass es auch hier jetzt eine klare Perspektive gibt.

(Beifall FDP und SSW)

Das Frühjahrswetter bietet uns doch eine Chance. Das haben wir auch im letzten Jahr gesehen, als das Wetter sehr gut war. Das hat auch im Bereich des Tourismus viel ermöglicht. Ich will an der Stelle auch sagen: Es lohnt sich wieder einmal, und ich vertrete hier einmal die Stelle des SSW, dass wir aktuell einmal nach Dänemark gucken. Dort hat man eine differenzierte Strategie. Man kann sich über Impfpässe und so weiter sehr streiten, aber ich finde zumindest den Ansatz sehr interessant, den man in Dänemark gewählt hat.

(Beifall FDP)

- Jetzt hätte eigentlich der Beifall des SSW folgen müssen.

(Beifall SSW und vereinzelt FDP)

Meine Damen und Herren, ich hätte mir beim Tourismus sehr gewünscht, dass wir kontaktarmen Urlaub im Inland ermöglichen. Das ist nicht nur in Schleswig-Holstein eine sehr wichtige Branche. Viele Menschen sind sehr gestresst und brauchen dringend Erholung und Abwechslung. Ich meine damit nicht nur Teilnehmer der Ministerpräsidentenkonferenz, sondern auch andere Menschen in der Gesellschaft. Es ist meines Erachtens auch der bessere Weg und sicherer, wenn die Menschen - getestet - in einer Ferienwohnung entspannen, als zu Hause zu sein und viele Besucher zu empfangen. Ich glaube, der Zusammenhang zwischen den Frühjahrsferien in Hamburg, als alle Zeit hatten und sich wechselseitig besucht haben, dem schlechten Wetter und den gestiegenen Inzidenzen ist da. Ich glaube, es wäre besser gewesen, dass die Menschen an die Küste fahren und sich dort mit ihren Familien erholen, als zu Hause zu sitzen und sich gegenseitig zu besuchen.

(Beifall FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, ich ärgere mich auch über das Diskreditieren des Vorschlags aus Schleswig-Holstein vonseiten anderer Bundesländer. Niemand hat gefordert, dass wir das so organisieren, dass es Massenaufläufe gibt, dass die Gastronomie geöffnet ist und so weiter und dass der Tourismus

(Christopher Vogt)

normal stattfinden würde. Das war nie der Vorschlag. Allerdings hat man bei der Kritik oft den Eindruck haben können, als wäre das unser Ansinnen gewesen. So bleiben eben nur Urlaubsangebote im 17. Bundesland und anderswo im Ausland. Nicht wenige Menschen, darunter auch viele, die ich kenne, fliegen in den Urlaub oder sind derzeit im Urlaub im Ausland. Das muss man nicht nachvollziehen können, aber das ist legitim. Es gibt in der Europäischen Union und auch darüber hinaus ein Recht auf Freizügigkeit.

(Beifall FDP, SSW, Dr. Frank Brodehl [fraktionslos] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos] - Dennys Bornhöft [FDP]: Auch innerhalb Deutschlands!)

Meine Damen und Herren, die Hilflosigkeit der Bundesregierung ist an dieser Stelle wirklich erschreckend. Jetzt lässt die Bundeskanzlerin offenbar das Justizministerium prüfen, ob man Reisen nach Mallorca und innerhalb der EU verbieten kann.

Meine Damen und Herren, wo sind wir angekommen? Das ist nicht mein Bild von unserer Republik, das ist auch nicht mein Bild von der Europäischen Union.

(Beifall FDP, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jörg Nobis [AfD])

Ich warne davor. Man sollte lieber Reiserückkehrer digital erfassen und eben auch testen. Das hätte schon im Sommer oder im Herbst passieren müssen; das hätte uns viel erspart.

Wir sollten auch nicht nur Urlaub für Wohlhabende ermöglichen; auch das möchte ich deutlich sagen, denn das ist momentan oft der Fall.

(Beifall FDP)

Wir müssen in allen Bereichen mehr testen: privat, bei der Arbeit, in der Schule und so weiter. Das ist sozusagen die Brücke bis zur Immunität durch mehr Impfstoff. Wir müssen die Dunkelziffer reduzieren und die Infektionsketten einfach schneller durchbrechen.

Zum Thema Apps muss ich Folgendes sagen: Wir haben über Luca schon viel gesprochen; dazu liegen auch Anträge vor. Insoweit sind die Kommunen schon relativ weit, auch in Schleswig-Holstein. Die setzen das jetzt alles um. Ich will aber auch sagen: In einem der Entwürfe für die MPK stand drin, dass die Corona-Warn-App jetzt quasi durch die Funktion von Luca et cetera aufgepimpt werden soll. Das ist wieder rausgestrichen worden, weil es auch un-

sinnig ist. Was soll das jetzt? Man hat sich jetzt auf andere Privatanbieter eingestellt. Warum soll diese Corona-Warn-App, die leider nur wenig hilft, jetzt umgewickelt werden? Die dafür erforderlichen Wochen und Monate und das Geld dafür kann man sich sparen.

Meine Damen und Herren, viele Betriebe und Selbstständige stehen mit dem Rücken zur Wand. Sie brauchen dringend eine bessere Unterstützung als durch die Überbrückungshilfe III in der heutigen Form; denn diese reicht für viele Betriebe nicht mehr zum Überleben aus.

(Beifall FDP)

Wir haben im Herbst durch unseren Druck viel erreicht, Daniel Günther. Aber auch jetzt darf die dritte Welle nicht zur großen Pleitewelle werden. Das wird sie aber, wenn insoweit nicht schnell nachgebessert wird. Die SPD hat erneut vorgeschlagen, dass wir sozusagen unser eigenes Landesprogramm machen. Ich glaube nicht, dass das der richtige Punkt ist. Man braucht nämlich auch auf Bundesebene keine neuen Programme, sondern man muss das bestehende Programm schnell weiterentwickeln und mehr Geld auszahlen, damit wieder mehr Liquidität besteht.

Ich habe nur wenig Vertrauen, dass Herr Altmaier das hinbekommt. Aber solange er im Amt ist, ist er in der Verantwortung. Wenn das in den nächsten Wochen nicht passiert, dann ist die Bundesregierung auch für diese Pleitewelle verantwortlich. Das muss abgewendet werden, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP und SSW)

Das Gleiche gilt für die Krankenhäuser. Olaf Scholz macht bereits enorme Schulden, auch im neuen Jahr; aber das Geld kommt oftmals nicht an. Auch für die Krankenhäuser haben wir in unserem Antrag erneut einen Absatz stehen, haben aber immer noch keine fertige Lösung. Auch die muss in den nächsten Tagen kommen.

(Beifall FDP und SSW)

Was das Osterfest angeht, muss ich sagen, ich hatte das zunächst wie diese Taskforce von Jens Spahn und Andreas Scheuer für einen schlechten Scherz gehalten, für einen Aprilscherz. Es ist gut, dass dieser unausgelegene Vorschlag nun wieder vom Tisch ist. Die Kanzlerin hat dafür die Verantwortung übernommen. Herr Söder hat gesagt, er habe auch mitgestimmt und habe das auch mit vorgeschlagen, wenn ich das richtig sehe. Ich habe das irgendwo so gehört. Insofern hat das leider unnötig für Verunsicherung

(Christopher Vogt)

cherung und für erhebliche Verärgerung gesorgt. Das heißt natürlich nicht, dass man jetzt unvorsichtig sein sollte, insbesondere über Ostern.

Meine Damen und Herren, ja, eine bundesweite Abstimmung auch auf dem Wege über die Ministerpräsidentenkonferenz ist wichtig und notwendig für den Reiseverkehr und bei vielen Fragen. Ich sage aber auch - das habe ich hier schon mehrfach gesagt -: Dieses Gremium ist ein Abstimmungsgremium, das nicht im Grundgesetz steht. Vorbereitung, Durchführung und Ergebnis der MPK von Montag sind wirklich schwierig. Wenn dann nachts neue Forderungen aus dem Hut gezaubert werden, ist das auch kein würdiger Umgang mit den Landesparlamenten in Deutschland, die letztlich verantwortlich sind.

(Beifall FDP und SSW)

Dass diese Form der Verhandlungsführung - die kennen wir ja auch von europäischen Gipfeln - nicht mehr auf breite Akzeptanz stößt, sollte niemand wundern, insbesondere dann nicht, wenn diese Form derart unausgegoren ist wie diesmal. Wir haben auch gesehen: Schlafentzug befördert nicht die Schwarmintelligenz. Das alles darf sich in dieser Form nicht wiederholen.

Es gibt jetzt auch die Diskussion über mögliche Alleingänge. Insoweit gibt es unterschiedliche Auffassungen; das haben wir heute auch in der Koalition wieder festgestellt. Ich bin der Meinung, wenn man dauerhaft von etwas überzeugt ist, sollte man darüber hier entscheiden, weil am Ende letztlich wir und niemand anderes dafür verantwortlich sind.

(Beifall FDP)

Es geht auch um die Akzeptanz. Neben der Gesundheits- und der Wirtschaftskrise brauchen wir keine tiefe Vertrauenskrise in unserer Gesellschaft. Wir sollten den Menschen und den Marktinstrumenten wieder mehr zutrauen. Der Staat kann es eben nicht überall besser und hat das auch in den letzten Wochen mehrfach bewiesen. Er sollte wieder seine richtige Rolle finden.

Auch der bevorstehende Wahlkampf darf die Handlungsfähigkeit des Staates nicht gefährden, sondern sollte eher Ansporn für einige Minister gerade auch im Bund sein.

(Beifall FDP und SSW)

Apropos Vertrauen: Es gibt Korruptionsfälle in Berlin, aber auch in München. Das ist gerade in dieser Phase, aber auch ansonsten eine absolute Katastrophe für unsere Demokratie. Wenn sich gut bezahlte

- in diesem Fall sage ich sogar überbezahlte - Abgeordnete an der Krise bereichern wollen, dann ist das ein Schlag in das Gesicht der Menschen in unserem Land.

(Beifall FDP, SPD und SSW)

Herr Stegner hat uns jetzt Vorschläge präsentiert; wir sind gesprächsbereit. Herr Stegner will kein Millionärsparlament. Ich glaube aber nicht, dass das unser Problem ist. Das will auch niemand. Aber, Herr Dr. Stegner, wir brauchen eigentlich mehr und nicht weniger Selbstständige im Parlament, auch Führungskräfte aus der Wirtschaft. Wir brauchen auch - das kann ich auch aus eigener Betroffenheit sagen - kein Funktionärs- oder Beamtenparlament.

(Beifall FDP)

Vielmehr brauchen wir mehr Durchlässigkeit. Ich sage das an dieser Stelle deutlich, Herr Dr. Stegner, weil auch das zu Ihren Vorschlägen gehört. Wir sind auch keine Konzerne, die Kreuzfahrten organisieren sollten. Auch die SPD ist an der Stelle reformbedürftig. Das werden wir mit Ihnen noch thematisieren.

Abschließend möchte ich sagen: Wir sollten den Menschen Stück für Stück mehr Eigenverantwortung zurückgeben. Wir brauchen die Freiheit zur Verantwortung. Es geht nicht um die Freiheit von Verantwortung. Insofern hoffe ich, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten gut durch die Pandemie kommen. - Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt der Vorsitzende Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Lassen Sie mich zwei Dinge vorausschicken, auch in Verlängerung der Debatte, die wir jetzt geführt haben. Als SSW haben wir immer gesagt, dass wir als Politiker Verantwortung tragen wollen. Auch wenn wir nicht einer Regierungsfraktion angehören, haben wir uns Gedanken darüber zu machen, wie wir solche Lagen wie diese Pandemie bewältigen können. Deshalb haben wir frühzeitig gesagt, dass wir für moderate Öffnungen sind. In der Tat hatte dies die Kollegin von Kalben vorhin auch schon angesprochen. Wir waren und sind unter anderem der Auffassung, dass eigentlich schon am 1. März 2021 et-

(Lars Harms)

was hätte geschehen müssen, um den Leuten eine Perspektive zu geben.

Eines gilt sicherlich auch für andere: Uns treibt die Sorge um, wie die Betriebe überleben sollen und wie vor allen Dingen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den jeweiligen Betrieben beziehungsweise diejenigen, die bereits ihren Job verloren haben oder die in Kurzarbeit sind, im wahrsten Sinne des Wortes überleben. Auch das steht in unserer Verantwortung.

(Beifall SSW)

Deshalb ist es natürlich auch vor dem Hintergrund der Nöte und Sorgen der Bevölkerung ein wirklich katastrophales Bild, das muss ich ehrlich sagen, das die MPK in den letzten Wochen abgegeben hat. Das ist einfach so; denn es war immer ein Hin und Her, weil eigentlich auch, wenn man ganz ehrlich ist - das werfe ich keinem Einzelnen vor -, nie an einem Strang gezogen wurde. Nun kann man sagen: Bei 16 unterschiedlichen Charakteren plus einer Bundeskanzlerin kann das vielleicht auch nicht gelingen. Aber eigentlich ist es die verdammt Pflicht aller Beteiligten, dass es gelingt, dass man sich eine gemeinsame Agenda gibt.

Eigentlich waren wir im letzten Monat schon ein Stück weiter; denn wir hatten schon damals den Stufenplan beziehungsweise haben ihn immer noch. Im Grunde müssten wir uns nur an diesen Stufenplan halten. Den sollten wir einfach nur umsetzen, dann sind wir auf dem richtigen Weg, meine Damen und Herren. Wenn sich die Leute auf das, was in dem Stufenplan steht, verlassen können, dann haben sie auch eine Perspektive. Das ist mir ganz, ganz wichtig.

(Beifall SSW)

Die Probleme, die wir jetzt haben, liegen aber eindeutig im Versagen der Bundesregierung. Eines der reichsten Länder der Erde ist im Gegensatz zu anderen Ländern nicht in der Lage, seine Bevölkerung zu impfen. Der beste Impfstoff kommt aus Deutschland, und die Forschung dafür ist unter anderem mit deutschen Steuermitteln finanziert worden. Trotzdem sind wir nicht in der Lage, schnell in Lizenz staatlicherseits diese Impfstoffe für die Bevölkerung produzieren zu lassen. Stattdessen wird die Verantwortung weitergeschoben und auf den Markt gehofft, der hier gnadenlos versagt. Die Menschen und die Betriebe müssen hierfür büßen.

Wenn man bei einer Pandemie im März 2020 einen Lockdown beschließt, dann ist das okay, weil die Situation neu ist, weil wir so etwas noch nie gehabt

haben. Wenn dies aber 2021, ein Jahr später, immer noch nötig ist, dann zeigt das, dass die Bundesregierung hier vollständig versagt hat. Und das, meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund, dass heute 29 Millionen Impfdosen von AstraZeneca für den Export nach Großbritannien in Italien lagern und die gleiche Firma ihre Impflieferungen an die EU gerade gekürzt hat.

Das kann man doch keinem Menschen erklären. Man kann doch niemandem, der beim Impfen ganz hinten dran ist, erklären, dass wir einfach 29 Millionen Impfdosen nach Großbritannien geben, wo das Impfen schon relativ gut läuft, während wir es hier nicht geregelt kriegen.

Meine Damen und Herren, das muss wirklich geändert werden. Da muss die Bundesregierung einschreiten. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass diese Impfdosen hier bei uns in der EU bleiben.

(Beifall SSW)

Man behandelt die Symptome und nicht die Ursachen. Auf der Ministerpräsidentenkonferenz spricht man immer nur darüber, was verhindert werden muss. Es muss aber auch darüber gesprochen werden, wie Freiheiten wieder ermöglicht werden können. Denn auf diese Freiheiten, die sie bisher haben abgeben müssen, haben die Menschen einen Anspruch.

(Beifall SSW und vereinzelt FDP)

In einem Dreiwochenrhythmus wird immer wieder über Symptome geredet, anstatt endlich die eigentlichen Probleme anzugehen. Anstatt den Bürgerinnen und Bürgern weitere Einschränkungen zuzumuten, muss es doch eigentlich eine gemeinsame Kraftanstrengung für mehr Impfstoff geben. Andere Länder machen es vor. Deutschland ist noch nicht einmal unter den Top 20 auf der Welt, was das angeht.

Das ist das eigentliche Versäumnis der sogenannten Großen Koalition, der Bundesregierung. Das genau führt zu den Problemen, die wir jetzt alle hier haben.

Meine Damen und Herren, deshalb haben wir eine schlimme Abwägung zu treffen, nämlich die Abwägung zwischen den Pandemieerfordernissen - ich nenne es einmal totaler Lockdown, alle bleiben zu Hause, nichts passiert - und den Notwendigkeiten, die sich mit Blick auf die Betriebe, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch auf die sozialen Bedürfnisse in der Bevölkerung, auf die Bildung, auf die Kultur ergeben. Das müssen wir als Poli-

(Lars Harms)

tiker abwägen. Das ist in der Tat eine schwierige Abwägung.

Grundsätzlich kann ich aber sagen: Wir haben gute Tipps durch die Anhörung bekommen, die wir hier in diesem Parlament durchgeführt haben. Wenn wir uns vielleicht noch einmal vergegenwärtigen, was uns die Experten gesagt haben, dann mag das in einzelnen Bereichen bei Entscheidungen helfen, die wir in Zukunft zu treffen haben.

Die Experten sagten uns voraus, dass wir, wenn alles gut läuft, in den nächsten Wochen eine Inzidenz zwischen 50 und 100 haben werden. Ich kann also sagen: In Schleswig-Holstein läuft es derzeit gut. Die Gründe sagte man uns auch: „Das liegt an den Tests, auch an den kostenlosen Tests“. Vor allem aber sagte man uns: „Es wird wärmer. Stellt euch darauf ein: Die Leute werden mobiler, weil sie wieder hinausgehen“.

Die Experten sagten aber auch: „Bei einer Inzidenz zwischen 50 und 100 können die Gesundheitsämter nachvollziehen, wo Ausbrüche erfolgen. Die Krankenhäuser haben dann genug Kapazitäten, um den Menschen zu helfen, die besonders schwer von den Erkrankungen getroffen sind“. Auch das scheinen wir noch im Griff zu haben. So, wie wir es aus den Krankenhäusern bezüglich der aktuellen Lage hören, scheint das zu funktionieren.

Da war für uns vom SSW, aber auch für viele andere, die Schlussfolgerung: Dann müssen wir Bereiche öffnen beziehungsweise offen lassen. Was uns jetzt aber für die Zukunft fehlt, ist, glaube ich, genau zu gucken, wo die Ansteckungen erfolgen. Ja, es stimmt, was die meisten sagen: Die Ansteckungen erfolgen im privaten Bereich, im beruflichen Bereich, in Großraumbüros, dort, wo sich viele Leute in Innenräumen treffen. - Das ist richtig.

Aber, meine Damen und Herren, es wäre trotzdem klug, zu gucken: Was sagen uns die Gesundheitsämter mit Blick auf ihre Erfahrungen? Die Erfahrungen der Gesundheitsämter bei mir in Nordfriesland sind möglicherweise ganz anders als in Flensburg. Es wäre doch schlau, darauf zu gucken, kurz innezuhalten und zu sehen, wie die Statistiken in den Gesundheitsämtern aussehen. Es ist ein Unterschied, ob es zu einem Clusterausbruch kommt oder ob es einen breiten diffusen Ausbruch gibt, den es aber in der Vergangenheit noch nicht so häufig gab.

Wenn wir uns die Beschlüsse der letzten Ministerpräsidentenkonferenz angucken, dann stellen wir fest, dass es genau diese Abwägung zwischen den Pandemieerfordernissen und den weiteren Feldern

wie dem der Betriebe und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, von denen ich gerade eben gesprochen habe, nicht gab. Wenn man das nicht macht, meine Damen und Herren, wenn man keine Entscheidung trifft, dann kostet das Arbeitsplätze. Dann treibt das Betriebe in die Insolvenz. Dann trifft das auch die Schulen und die Kitas; wenn diese möglicherweise zu früh geschlossen werden, kann das negative Auswirkungen auf Bildung und soziales Leben haben.

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein ist besonders vom Tourismus abhängig. Das heißt, wir haben von den deutschen Bundesländern derzeit zusammen mit zwei, drei anderen Bundesländern die größte Last zu tragen. Wenn ich von „wir“ spreche, dann meine ich vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Es gibt zwar eine Testpflicht bei der Rückkehr aus dem Auslandsurlaub, aber das ist einfach kein Trost. Denn Urlaub woanders ist noch immer möglich, aber Urlaub in Schleswig-Holstein, auch in eingeschränkter Form, ist nicht möglich. Für Schleswig-Holstein ist das eine reine Katastrophe.

Meine Damen und Herren, es hätte besser laufen können. Vielleicht sehen Sie das als einen Vorschlag, wie man mit einer möglichen Modellregion vorgehen könnte. Man könnte natürlich verlangen, dass die Leute einen Test machen, bevor sie zu uns kommen. Man könnte auch sagen, dass sich die Leute hier eine Woche aufhalten sollten, am besten von Sonnabend bis Sonnabend. Dann würden die Menschen in einer Kohorte kommen und gehen. Dann hat man das Geschehen relativ gut im Griff.

Man könnte natürlich auch im oder am Ende des Aufenthalts verlangen, dass die Leute noch einen Test machen, bevor sie wieder nach Hause gehen. Diese Sicherheit könnte man schaffen. Man könnte auch ein Beherbergungsverbot für Menschen aus Hochinzidenzgebieten aussprechen. Dann dürfte also niemand aus einer Region hierhinkommen, in der die Inzidenz 200 oder 300 beträgt.

Man könnte auch, was sehr wichtig ist, eine Besucherlenkung vornehmen, nämlich dergestalt, dass es an den Hotspots, wo sich Menschen aufhalten, nicht zu voll wird.

Man könnte mit den kommunalen Ordnungsdiensten genau darauf gucken, ob die Pflichten eingehalten werden. Bei uns in Nordfriesland sucht man im Übrigen gerade nach Mitarbeitern, die diese Sachen administrieren können, inklusive des Verhängens von Bußgeldern. Man kann das machen und sollte das auch machen, meine Damen und Herren.

(Lars Harms)

Solche Regeln sollten, wie wir immer gesagt haben, probeweise gelten. Sie sollten evaluiert werden. Es ist ganz wichtig, darauf zu gucken: Wie hat sich das ausgewirkt?

Im Übrigen - ich sage es einmal etwas schnippisch -: Beim Tourismus bräuchten wir eigentlich eine solche Testphase gar nicht; denn diese haben wir schon längst hinter uns. Sogenannte kostenlose Übernachtungen in Zweitwohnungen und Ferienwohnungen sind jetzt schon möglich. Sie konnten es vielleicht gestern sehen; in der Zeitung war es auch schon einmal abgedruckt: Der Autozug nach Sylt ist inzwischen wieder schön überfüllt, obwohl es auf Sylt keinen Tourismus gibt. Drolligerweise scheint es sehr viele Menschen zu geben, die schon seit Herbst letzten Jahres die schönen Tage regelmäßig in einer ihrer 14.000 Zweitwohnungen verbringen. Das sei den einzelnen Menschen gegönnt. Aber man stellt sich schon die Frage, warum man dann nicht auch offiziell und gegen Geld in eine Ferienwohnung darf.

Wir können feststellen, dass, so viel ich weiß, zumindest auf Sylt und in Sankt Peter-Ording sehr viel Tourismus ist. Wer sich die Zahlen anschaut, sieht: Dort sind die Zahlen nicht hochgegangen. Das ist für mich jetzt schon ein Indiz dafür, dass anscheinend auch der Tourismus nicht unbedingt ein Pandemietreiber ist.

(Beifall SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, ich bin mir ziemlich sicher, dass auch die Gastronomie kein Pandemietreiber ist. Auch das würden wir in den Griff bekommen können. Ich glaube, dass das Erlauben von Gastronomie besser ist als das Zulassen privater unkontrollierter Treffen. Je öfter die Leute woanders hingehen und an verpflichtende Abstandsregeln gebunden sind, desto besser ist es, meine Damen und Herren.

Trotzdem, glaube ich, müssen wir auch darauf achten, dass wir versuchen, bei uns Modellprojekte zu etablieren. Das ist anscheinend die einzige Chance, in den nächsten Wochen in irgendeiner Form etwas hinzubekommen.

Ich bin über die Rücknahme des Oster-Lockdowns, so wie es heute Morgen von der Bundeskanzlerin verkündet worden ist, ganz froh. Das führt nämlich tatsächlich dazu, dass in den Regionen, wo zumindest einige Bereiche aufgrund niedriger Inzidenzen geöffnet haben, tatsächlich das eine oder andere Geschäft erledigt werden kann. Ich spreche beispielsweise von meiner Heimatregion Nordfries-

land. Dort beträgt die Inzidenz 25. Alle Läden sind geöffnet. Wenn die am Donnerstag nächster Woche hätten schließen müssen - die meisten Geschäfte haben auch Ostersonnabend geöffnet -, dann wäre das für diese Betriebe wieder eine Katastrophe gewesen. Vor diesem Hintergrund bin ich froh, dass diese Regelung getroffen worden ist.

Das gilt übrigens auch vor dem Hintergrund, meine Damen und Herren, was mit den Leuten gewesen wäre, die am ersten eines Monats ihren Lohn kriegen. Das sind zumeist 450-€Einkommensbezieher und diejenigen, die von Sozialleistungen abhängig sind; die bekommen meist auch am Monatsanfang ihr Geld.

Wenn am 31. 2021 März der letzte Tag gewesen wäre, an dem man hätte einkaufen können, dann hätten es viele Leute, die es ohnehin schon schwer haben im Leben, noch schwerer gehabt, über die nächsten fünf Tage zu kommen.

Meine Damen und Herren, noch ein Letztes: Die Menschen draußen haben es satt, mit harten Einschränkungen leben zu müssen. Sie ertragen es, aber sie erwarten auch, dass es dann gerecht zugeht. Wenn am Wochenende 20.000 Bekloppte in Kassel ohne Maske und ohne Abstand demonstrieren können, dann versteht das kein normaler Mensch mehr.

(Beifall SSW und SPD)

Wenn in den sozialen Medien durch diese Menschen ganz offen dargelegt wird, wie man von vereinbarten Demonstrationsrouten abweichen will und wie man Kinder als menschliche Schutzschilde nutzen will, dann gehören solche Aufzüge verboten - Punkt, aus und Ende. Wer dann immer noch kommt, der muss die Härte des Rechtsstaates kennenlernen. Anders geht es nicht, und anders akzeptieren es auch die Menschen nicht, die da draußen jeden Tag die Regeln einhalten. Corona nervt.

Corona nervt vor allem, weil die Bundesregierung nichts in den Griff bekommt und weil Versprechungen und Hoffnungen enttäuscht werden. Alle drei, vier Wochen eine Konferenz abzuhalten, in der nur reagiert, aber nicht vorrausschauend agiert wird, führt in den Augen der Bevölkerung nur zu mehr Verdruss. Das, meine Damen und Herren, können wir nicht gebrauchen. Das sollte uns eine Lehre aus den letzten Tagen sein. Wir sollten damit aufhören, immer nur zu reagieren. Wir sollten mehr mit Ideen kommen und agieren. Das ist eine Aufgabe, die nicht nur die Regierenden haben, sondern auch wir, die wir als Parlamentarier in der Opposition sitzen. Ich würde mich freuen, wenn wir weiterhin gemeinsam an einem Strang ziehen. - Vielen Dank.

(Lars Harms)

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD hat der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Was für eine Bankrotterklärung von Frau Merkel! Das ist heute ein wirklich denkwürdiger Tag. Die Bundeskanzlerin hat das Volk um Verzeihung gebeten, aber nicht etwa wegen der unverhältnismäßigen Zumutungen der letzten Monate, der immer wieder gebrochenen Versprechungen, des Impfdesasters, der verspäteten Hilfsgelder oder der zerstörten Existenzen aufgrund staatlicher Gewerbe- und Berufsuntersagung. Nein, einziger Auslöser war die Rücknahme der Osteruhetage. Frau Merkel könnte dem ganzen Land wirklich einen Gefallen tun und zurücktreten. Frau Merkel hat fertig.

Tatsächlich war ihre Idee auch völlig absurd. Ein zusätzlicher Tag Lockdown, euphemistisch „Osterruhe“ genannt, sollte unseren Sommerurlaub retten. Mit einem Schuss gesunden Menschenverstand war allen klar: Das ist Unsinn. Das bringt nichts. Das ist blanker Aktionismus. Nach Malle fliegen geht, aber nach Rügen mit dem eigenen Wohnmobil fahren, das geht nicht. Das versteht nun wirklich niemand mehr. Vielleicht ist das ja genau der Grund, warum die Bundesregierung jetzt prüfen lässt, ob man nicht Auslandsurlaub gleich ganz verbieten kann.

Sie, Herr Günther, haben diesen total sinnbefreiten Vorschlag der Kanzlerin mitgetragen. Die Rolle rückwärts heute Morgen war daher richtig. Aber diese Entscheidung wirft ein bezeichnendes Licht auf die Qualität der Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz. Herr Bouffier hat das ganz treffend kommentiert. Er sagte: Jetzt sind wir die Depen. - Recht hat er. Da treffen sich „ich kann nicht“ und „ich will nicht“ und zerstören weiter Existenzen, maßen sich weiter an, in österliche Familienplanungen einzugreifen, verhalten sich weiter übergriffig gegenüber mündigen Bürgern. Herr Günther, leihen Sie sich doch bitte für die nächste MPK ein bisschen von dem Rückgrat, das Herr Buchholz heute Vormittag gezeigt hat.

Auch wenn Frau Merkel vorhin gesagt hat, dass sie die ganze Verantwortung übernimmt, so stimmt das natürlich nicht; denn für Schleswig-Holstein und die Bürger in unserem Bundesland tragen Sie die

Verantwortung, Herr Günther. Sie müssen das tun, was für unser Land notwendig und vor allem angemessen ist. Unsere ganze Tourismusbranche zur Hölle zu schicken, ist es jedenfalls nicht. Sie tun immer so, als wäre die Ministerpräsidentenkonferenz das alles entscheidende Gremium. Richtig ist aber, es handelt sich bei dieser Kungelrunde um gar kein Gremium, das im bundesdeutschen Verfassungsgefüge überhaupt vorgesehen wäre, geschweige denn, das über irgendwelche Befugnisse verfügt. Sparen Sie sich also Ihre Krokodilstränen und Ihre Phrasen: Ich hätte mir gerne etwas anderes gewünscht. - Sie können heute eine Verordnung erlassen, die diese rein landesinterne Angelegenheit regelt. Das könnten Sie tun. Dass Sie es nicht tun, heißt vor allem, dass Sie es nicht wollen.

Ich darf Sie an Ihre Worte von gestern erinnern. Die Lage in Schleswig-Holstein ist nicht dramatisch. Das haben Sie gestern gegenüber der Presse verkündet. Damit haben Sie ja recht. Die Belegung von Intensivbetten durch Covid-19-Patienten und die Anzahl der beatmeten Patienten bewegen sich bei uns in einem Rahmen, den unser Gesundheitssystem durchaus bewältigen kann. Sie haben richtigerweise festgestellt, dass kein Grund ersichtlich sei, warum Sie nicht ein Wochenende statt zu Hause in Eckernförde etwa in einer Ferienwohnung in Husum verbringen dürfen. Die Inzidenzwerte seien doch schließlich ganz ähnlich. Ganz richtig: Dieser ganze Wahnsinn ist schon lange niemandem mehr zu vermitteln.

Nachdem Sie am 10. Februar auf den 3. März vertröstet hatten, tritt jetzt ein, was Sie vor zwei Wochen von mir nicht hören wollten. Mit dieser weiteren Verlängerung des Endlos-Lockdowns stellen Sie das Ostergeschäft für die gesamte Tourismusbranche infrage. Genau das habe ich hier vor zwei Wochen gesagt, und genauso kommt es nun. Statt vorsichtiger Öffnungen bleiben die Betriebe weiterhin geschlossen. Warum? Sie sagen, Sie hätten halt nicht genügend Ministerpräsidentenkollegen überzeugen können, dass die Vorschläge aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen richtig seien. Zumindest kontaktarmen Urlaub im eigenen Land hatten Sie sich vorgestellt, aber nicht einmal dieses absolute Minimum kommt jetzt.

Meine Damen und Herren, die Bürger landauf, landab verlieren den Glauben in die Politik. Die Akzeptanz für die ganzen Maßnahmen schwindet wie Schnee in der Sonne. Doch was ist richtigerweise jetzt zu tun? Ich sage es Ihnen: Erstens. Richten Sie Ihre Maßnahmen nicht rein sklavisch nur an

(Jörg Nobis)

den Inzidenzwerten aus. Wenn mehr getestet wird, dann steigen die Inzidenzen. Die weiteren Faktoren sind ebenso entscheidend: Positivrate, Krankenhausbelegungen, Intensivkapazitäten, Beatmungsquoten und so weiter.

Zweitens. Lassen Sie einfach den Einzelhandel im Land geöffnet. Der Handel ist kein Treiber der Pandemie. Das haben Sie ja auch selbst festgestellt, Herr Günther. Geben Sie der Gastronomie und dem Tourismus im Land eine faire Chance, natürlich behutsam und nur mit entsprechenden Schutzkonzepten. Die liegen ja aber vor. Erlauben Sie also kontaktarmen Tourismus ab sofort, und hören Sie auf, die Bürger bis ins Kleinste zu gängeln und derart ins Private einzugreifen. Die Bürger können nach einem Jahr Pandemie gut selbst einschätzen, wie Sie sich zu verhalten haben. Grobe Leitplanken anstatt staatlicher Überreglementierung ist das Gebot der Stunde. Vertrauen Sie den Bürgern Schleswig-Holsteins. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem ersten Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Heiner Dunckel.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben gefragt: Was wollen Sie - die SPD - eigentlich?

(Zurufe CDU: Ja!)

Ich will Ihnen das jenseits der großen Themen an drei Punkten deutlich machen, die wir hier und heute ändern könnten. Weitere Punkte ließen sich gern ergänzen.

Erster Punkt: Seit Monaten haben wir beim Impfen ein Anmeldeverfahren, das für die Bürgerinnen und Bürger frustrierend, beschämend und unfassbar zeitaufwendig ist. Ich kann nur jedem Einzelnen empfehlen, einmal eine halbe Stunde - Sie können es aber auch zehn Stunden machen - am Rechner zu versuchen, einen Termin zu ergattern. Die Chance auf einen Termin entscheidet sich in Sekundenbruchteilen, und es gelingt in der Regel nicht. Warum haben Sie das Verfahren nicht geändert? Konsequentes Einladungsverfahren!

(Beifall SPD)

Die Betonung liegt auf konsequentes Einladungsverfahren! Wartelisten, statistische und

geordnete Verfahren wären und sind immer noch möglich.

Zweiter Punkt: Ich gebe zu, als Vater von zwei kleinen, schulpflichtigen Kindern in meiner Wahrnehmung etwas vorbelastet zu sein, und ich gebe auch zu, dass ich nur noch geringe Frustrationstoleranz habe, was die Schule anbetrifft.

(Serpil Midyatli [SPD]: Ich teile das!)

Wenn Sie aber zusagen, dass die Kinder in den Schulen getestet werden können, dann organisieren Sie das auch richtig. Das fängt bei klaren Anweisungen für Kinder an und hört bei einer klaren Organisation auf. Was Sie aber tatsächlich tun: Sie lassen die Schulen weitgehend allein.

(Beifall SPD)

Ich will Ihnen jetzt die vielen Beispiele ersparen, Sie können sie aber heute auch schon in den Pressemitteilungen lesen.

Dritter Punkt: Wir brauchen jetzt Perspektiven für Kinder und Jugendliche. Wir werden dazu morgen noch einmal sprechen. Wenn wir für diese nicht Zusammentreffen - gerne draußen - organisieren, dann werden sie es einfach trotzdem machen. Das hätte ich und das hätten Sie auch gemacht. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lukas Kilian.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht verhehlen, dass wir heute zu diesem Tagesordnungspunkt auch noch einen Dringlichkeitsantrag der SPD-Landtagsfraktion bekommen haben, nämlich zum Thema Neustarthilfe für den Tourismus. Es geht darum, ein Programm aufzulegen und Stellschrauben zu verändern, um es dem Tourismus im Land einfacher zu machen.

Sehr bezeichnend ist dazu gerade der Redebeitrag von Ihnen, Herr Dr. Dunckel, gewesen, weil die SPD-Fraktion nach einer konkreten Position zum Thema Tourismus gefragt wurde und Sie jetzt drei Maßnahmen genannt haben, über die man sicher sprechen kann, aber zum Tourismus habe ich von Ihnen gerade nichts vernommen. Das Einzige, was zum Thema Tourismus vorliegt, ist ein Antrag von Ihnen auf Neustarthilfe. Für diesen beantragen wir

(Lukas Kilian)

Ausschussüberweisung, weil der Antrag natürlich im Wirtschaftsausschuss ausgiebig beraten werden soll.

Lassen Sie mich aber trotzdem sagen, dass es natürlich ganz schön tollkühn ist, hier im Landtag einen Antrag zu stellen, in dem es um zusätzliche Wirtschaftshilfen für den Tourismusbereich geht, gleichzeitig aber jede Maßnahme zu verteufeln, die Touristikern eigene Einkünfte und eigenes Geschäft ermöglichen.

Herr Dr. Stegner, in Ihrer etwas dialektischen und Durcheinanderrede heute Morgen war nicht ganz klar, wohin es geht. Aber am Ende haben Sie die Modellregionen madig gemacht. Das heißt, Sie wollen nicht, dass Tourismus im Land losgeht. Sie möchten aber ein weiteres Förderprogramm auflegen, mit dem man möglicherweise weitere Hilfen verteilt. Gerade in Anbetracht des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz, die ja eine solche weitere Hilfe in Aussicht gestellt hat, würde ich es für klüger halten zu warten, was der Bund da macht, bevor wir mit eigenem Landesgeld da hingehen. Sie haben beim letzten Mal schon vorgeschlagen, dass wir Bundesgeld durch Landesgeld ersetzen, meines Erachtens immer noch kein kluger Weg.

Ich persönlich würde vielmehr darauf setzen, dass wir es in Modellregionen unseren Touristikern im Land ermöglichen, eigenes Geld zu verdienen. Die Unternehmer in diesem Land sind es leid, den Lohn oder nur einen Teil ihrer Fixkosten vom Staat zu bekommen.

(Beifall Volker Schnurrbusch [AfD] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Wir müssen Wege aufzeigen. Es wäre schön, wenn die Sozialdemokratie sich da zumindest einmal festlegt, in welche Richtung es dort gehen soll. Mir ist klar, dass es für die Sozialdemokratie etwas anderes ist als für die anderen Fraktionen in diesem Hause, dass der Lohn oder im Zweifel das Geld vom Staat kommt. Das merkt man. Denn von 21 Abgeordneten sind 16 von Ihnen aus dem öffentlichen Dienst. Es ist also etwas ganz Normales, dass der Staat alles bezahlt. Für viele Unternehmer im Land ist das eben nicht der Fall.

(Beifall AfD - Zuruf Serpil Midyatli [SPD] - Weitere Zurufe)

Es ist nicht normal. Ich sage Ihnen eins: Gegen Ihre Position beim Tourismus ist ein Fähnchen im Wind

noch positionstreu. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Birte Pauls [SPD] - Serpil Midyatli [SPD]: Ich hoffe, alle Landesbediensteten haben das gehört! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das war ein Wahlauftritt für alle anderen Parteien! Ekelhaft war das! - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD] - Birgit Herdejürgen [SPD]: Ist Ihnen schon einmal aufgefallen, dass Ihre ganze Fraktion vom Staat bezahlt wird? - Martin Habersaat [SPD]: Außer denen mit den Nebentätigkeiten! - Weitere Zurufe)

Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Merkel hat sich also entschuldigt. Sie hat die Osterruhe zurückgenommen, und sie hat sogar Verantwortung übernommen. Das nötigt mir Respekt ab.

Aber eine ganz entscheidende Frage ist bei ihr und auch in der bisherigen Debatte vollkommen unterbelichtet geblieben, und zwar: Wurden die zusätzlichen freien Tage nur deswegen zurückgenommen, weil sie in der Praxis sowieso nicht durchführbar gewesen wären? - Dafür spricht leider alles. Oder gab es etwa ein Einsehen bei der Kanzlerin, dass der bisherige Kampf gegen Corona - das ist immer ihr Vokabular - selbstkritisch überdacht werden müsste? - Dafür spricht leider gar nichts.

Es wird also weiter einen Mix aus vollkommener Unverhältnismäßigkeit der Maßnahmen und der Zuckerbrot-und-Peitsche-Corona-Lockdownpolitik geben: Jetzt noch ein paar harte Wochen die Zähne zusammenbeißen, aber dann!

Meine Damen und Herren, solche Worte können einem nur über die Lippen kommen, wenn man bereit ist, sich selbst und auch die Bevölkerung zu täuschen. Man kann zwar keine Klamotten kaufen, aber man kann sie ja bestellen. Im Altersheim bleibt Oma zwar isoliert und alleine, aber Hauptsache, sie ist geimpft. Die Skatrunde bleibt zwar weiterhin verboten, aber bei Mau-Mau kann man ja auch reizen. Die Ostergottesdienste fallen aus, aber wir gehen dann eben Weihnachten wieder in die Kirche. An der Frittenbude dürfen die Pommes nicht einmal

(Dr. Frank Brodehl)

draußen am Stehtisch gegessen werden, das wäre ja auch zu gefährlich. Urlaub im eigenen Bundesland bleibt verboten, aber zum Glück bleibt wenigstens das Arbeiten im eigenen Bundesland erlaubt.

Jeder von Ihnen weiß, dass man diese Liste der Selbsttäuschungen lange fortsetzen könnte, wenn es nicht so traurig wäre. Noch trauriger ist aber, dass viel zu viele verantwortliche Politiker dieses Theater um des Kaisers neue Kleider mitspielen, obwohl sie alle mit Sicherheit wissen, wie es unseren Kindern, den Alten, dem Gastronomen nebenan, dem Unternehmer, der jungen Familie und so weiter in zwischen geht. Wenn Ihnen diese Menschen nicht egal sind, und das glaube ich nicht, dann geben Sie sich heute nicht einfach mit einer Entschuldigung der Kanzlerin zufrieden, sondern fordern Sie mit mir die Landesregierung zu drei ganz schlichten Dingen auf.

Behandeln Sie die Bürger nicht weiter wie Untertanen, sondern stärken Sie deren Eigenverantwortung. Das Zur-Verfügung-Stellen einer ausreichenden Menge von freiwilligen Selbsttests ist hierzu ein längst überfälliger Schritt.

Zweitens: Vergessen Sie die hauptsächliche Orientierung an den Inzidenzwerten, denn wie gefährlich eine Pandemie ist, macht sich an ganz, ganz vielen anderen, viel wichtigeren Punkten fest.

Und zuletzt: Stoppen Sie den blinden Corona-Maßnahmen-Angst-Aktionismus, denn Sachlichkeit und Evidenzbasierung sind keine Nebensächlichkeiten, sondern das ist die Hauptsache. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Jan Marcus Rossa.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion um den MPK-Beschluss ist zum Schluss ein bisschen in Schiefelage geraten. Die Maßnahmenvorschläge des Kollegen Dunckel hatten relativ wenig mit dem zu tun, womit wir uns hier beschäftigen müssen, nämlich mit der Ausgestaltung der nächsten Landesverordnung.

Auch die Hinweise der Kollegen auf meiner rechten Seite sind nicht wirklich hilfreich. Wenn hier die Bedeutung der Inzidenzwerte infrage gestellt wird, macht das einen gravierenden Mangel an Rechtskenntnis oder Rechtstreue deutlich. Herr Nobis, Herr Dr. Brodehl, das Infektionsschutzgesetz schreibt die Inzidenzwerte vor, und die Verwaltung,

die vollziehende Gewalt in Deutschland, ist an Recht und Gesetz gebunden. Das gilt auch für den Ministerpräsidenten und seine Regierung in Schleswig-Holstein. Das zu ignorieren, ist populistisch. Sie wollen Stimmung machen. Das hat mit Lösungen nichts zu tun. Wir halten uns in diesem Land an Recht und Gesetz, und deswegen sind die Inzidenzwerte so wichtig.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wir können alle nicht glücklich sein über den Verlauf der MPK in dieser Woche. Wer mich kennt, kennt meine persönliche Meinung dazu. Aber erstens lege ich meine Hand dafür ins Feuer, dass diese Landesregierung die Ruhezeit über Ostern nicht in der Landesverordnung geregelt hätte; da bin ich mir ganz sicher, da habe ich Vertrauen in diese Regierung, weil das einfach nicht möglich gewesen wäre. Dazu hätte man diese Regelung gar nicht zurücknehmen müssen.

Zweitens haben wir uns in der Vergangenheit an Recht und Gesetz gehalten, uns daran orientiert und die Maßnahmen in diesem Land daran ausgerichtet. Deswegen appelliere ich an die Landesregierung, am Stufenmodell festzuhalten, das hier auf große und breite Zustimmung gestoßen ist. Wir stärken unserer Landesregierung den Rücken. Unter welchem Druck die Ministerpräsidenten der Nordländer gestanden haben, um ihre Position am Ende nicht durchzubringen, können wir alle nicht abschließend ermessen. Das ändert aber nichts daran, dass unsere Regierung Rückendeckung braucht, und die geben Sie ihr nicht mit Ihren Beiträgen; das gilt in Teilen leider auch für die SPD.

Wir brauchen Erklärungen der staatlichen Maßnahmen beim Infektionsschutz, und wir sollten uns an den gesetzlichen Rahmenbedingungen orientieren, die der Bundesgesetzgeber vorgegeben hat. Wenn wir das tun, sind wir auf der richtigen Seite; wenn wir davon abweichen, setzen wir Unrecht. So einfach ist das.

(Zuruf Volker Schnurrbusch [AfD])

- Herr Schnurrbusch, gucken Sie doch ins Gesetz! Da steht etwas von abgestimmten Maßnahmen bei bestimmten Inzidenzwerten. Genau das wird auf Ministerpräsidentenkonferenzen getan. Wenn Sie das leugnen und ignorieren, entfernen Sie sich schlichtweg von den Rechtsgrundlagen, die hier maßgeblich sind. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe Jörg Nobis [AfD] und Volker Schnurrbusch [AfD] - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Thomas Hölck.

(Das Licht im Plenarsaal geht an)

Thomas Hölck [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das hätte nicht nötig getan.

(Heiterkeit und Zurufe)

Kollege Kilian, Sie haben unseren Antrag „Lockdown-Folgen abmildern“ entweder nicht gelesen oder nicht verstanden; Ihr Redebeitrag spricht für beides.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Unser Antrag richtet sich nicht nur an die Gastronomie, er richtet sich an die Branchen, die durch den Lockdown besonders hart betroffen sind. Das ist die Gastronomie, es ist die Hotellerie, es ist die Veranstaltungsbranche und in Teilen auch der Einzelhandel. Unser Antrag ist nicht nur auf die Gastronomie fokussiert.

Dadurch dass der Lockdown verlängert wird, müssen wir uns die Frage stellen, was das für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in Kurzarbeit sind, auf der einen Seite und für die betroffenen Branchen auf der anderen Seite bedeutet. Die Branchen brauchen Liquidität. Daher fordern wir, die Abschlagszahlung für die Wirtschaftshilfen zu erhöhen. Das ist kein Landesgeld, das ist eine Forderung an den Bund. Dass Sie sich darauf nicht verständigen können, ist armselig.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Harms?

Thomas Hölck [SPD]:

Ja, gern.

Lars Harms [SSW]: Vielen Dank, Herr Kollege. - Als ich den Antrag gelesen habe, habe ich mir nur eine einzige Frage gestellt: Wenn wir den Unternehmern jetzt wieder mit einer Wirtschaftshilfe zusätzliches Geld über das Bundesgeld hinaus geben, was lässt Sie hoffen, dass, wenn die Betriebe weiterhin geschlossen sind - das ist ja das, wofür sich der Vorsitzende der SPD heute ausgesprochen hat -, Menschen trotzdem wieder eingestellt

oder aus der Kurzarbeit zurückgeholt werden?

(Serpil Midyatli [SPD]: Das hat er gar nicht gesagt!)

- Das habe ich gar nicht gesagt. Das wollte ich gerade näher ausführen; ein bisschen mehr Geduld wäre angemessen gewesen. Noch einmal: Wir fordern die Erhöhung der Abschlagszahlung der Wirtschaftshilfen des Bundes; das ist eine Forderung an den Bund und hat mit Landesgeld nichts zu tun.

Es geht darum, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach einer gewissen Zeit der Kurzarbeit und einem bestimmten Beschäftigungszeitraum eine Neustartprämie bekommen, damit sie nicht aus den Branchen abwandern, weil sie mit dem Kurzarbeitergeld nicht mehr auskommen.

Der DEHOGA sagt uns, dass die Leute abwandern, weil das Kurzarbeitergeld nicht ausreicht, weil die Situation unsicher ist. Es wäre fatal, wenn die Branche wieder öffnen darf und die Beschäftigten nicht mehr da sind. Deshalb wollen wir den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit der Neustartprämie helfen, dass sie finanziell besser über die Runden kommen und nicht abwandern.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Harms?

Thomas Hölck [SPD]:

Ja.

Lars Harms [SSW]: Herr Kollege, ich habe noch eine Nachfrage. Wenn das für diejenigen gilt, die in Kurzarbeit waren und irgendwann glücklicherweise wieder in ihre Betriebe zurückgekommen sind, warum soll das nicht auch für diejenigen gelten, die von Arbeitslosigkeit betroffen waren und sich in der Branche hoffentlich auch wieder um Jobs bewerben? Auch die müssten das dann ja kriegen. So wäre zumindest meine Einstellung. Ich würde alle ehemaligen Mitarbeiter in den Branchen gleichbehandeln.

- Ich habe gerade ausgeführt, dass es darum geht, dass sich diejenigen, die in Kurzarbeit sind und mit dem Geld nicht auskommen, das teilweise durch die Betriebe aufgestockt wird, was aber angesichts der Länge des Lockdowns auf Dauer nicht durchzuhalten ist, nicht anders orientieren, sondern dass sie in

(Thomas Hölck)

ihren Branchen, in den Betrieben, in den Gasthöfen bleiben und, wenn es wieder möglich ist, voll zu arbeiten, noch zur Verfügung stehen. Vielleicht haben Sie das nicht richtig verstanden. Mecklenburg-Vorpommern ist ein gutes Vorbild.

Ich halte das für extrem wichtig, gerade im Bereich der Gastronomie, weil die Gastronomie durch den Lockdown nach wie vor betroffen ist, durch fehlende Liquidität und die Gefahr, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abwandern, weil die Situation unsicher ist und das Kurzarbeitergeld nicht ausreicht, und nicht zur Verfügung stehen, wenn es wieder losgeht. Das wäre eine zusätzliche Bedrohung für die Gastronomie, die wir uns nicht leisten können.

Ich habe großen Respekt davor, dass Menschen mit geringem Einkommen, die Kurzarbeitergeld beziehen, alles daransetzen, damit zurechtzukommen. Aber wenn eine Servicekraft 1.200 € brutto bekommt, ist das Kurzarbeitergeld zu wenig. Deshalb wollen wir, dass es nach der Zeit der Kurzarbeit eine Prämie gibt, die dazu führt, dass die Beschäftigten eine Chance haben, mit dem Geld auszukommen. Wir wollen mit unserem Antrag verhindern, dass die soziale Spaltung durch die Pandemie immer größer wird.

Ich finde es ziemlich arrogant, bei der Verlängerung des Lockdowns und den Einschnitten für die Unternehmen und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die besonders hart davon betroffen sind, so über diesen Antrag hinwegzugehen. Wir möchten gern in der Sache abstimmen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das hätten Sie auch früher sagen können!)

Ich appelliere an Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zwei Anmerkungen zur Debatte machen. Erstens. Sie haben hier versucht, unsere Position zum Tourismus zu diskreditieren.

(Zurufe CDU)

Ich empfehle Ihnen die Lektüre der „Lübecker Nachrichten“, „Kieler Nachrichten“, und des

„Nord-Schleswiger“ vom 2. März 2021. Da wird der Herr Ministerpräsident mit seiner Forderung, den Tourismus und auch die Hotels zu öffnen, zitiert, obwohl das im Widerspruch zu Ihrem eigenen Inzidenzplan steht, den Sie haben. Danach müsste der Wert unter 50 liegen.

Das, was am Ende von Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein vorgelegt wurde, war ein Kompromiss. Da ging es nicht um kontaktarmen Tourismus - den wir unterstützt hätten. Das ist der Unterschied, um Ihnen das noch einmal klipp und klar zu sagen. Lesen Sie das nach! Dann sehen Sie, die Forderungen des Ministerpräsidenten haben wir nicht unterstützt, das haben wir falsch gefunden. Das waren falsche Versprechungen. Das ist nachzulesen, wörtlich zitiert, am 2. März 2021 in den Zeitungen, die ich gerade genannt habe. Punkt eins.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Zweitens. Eben hat ein Abgeordneter hier vorgetragen, die SPD sei eine Partei, die es irgendwie besser fände, wenn das Geld aus der öffentlichen Hand komme. Dazu muss ich Ihnen ehrlich sagen: Für Abgeordnete finde ich es in der Tat besser, wenn die Mehrzahl ihrer Einkünfte aus öffentlichen Geldern, nämlich von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, kommt. Wo wir übrigens hinkommen, wenn wir als Abgeordnete das anders sehen, kann man gerade in München und in Berlin beobachten, Herr Kollege, um Ihnen das klipp und klar zu sagen.

(Beifall SPD - Zuruf Lukas Kilian [CDU])

Falls Sie etwas anderes gemeint haben, möchte ich Ihnen sagen: Die Polizistinnen und Polizisten, die Lehrerinnen und Lehrer, die Pflegekräfte werden sich für die Haltung, die Sie hier gezeigt haben, bedanken - nach dem Motto, sie wüssten nicht, wie man eigenes Geld verdient. Das kommt auch von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Das ist eine unverschämte Dreistigkeit, die ich hier zurückweisen möchte, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD und Christian Dirschauer [SSW] - Zurufe CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kilian?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Nein, das hat sich erledigt.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, damit schließe ich die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 19/2878 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Wir kommen zu weiteren Abstimmungen, zunächst zur Abstimmung zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2855, und zum Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2883. Abstimmung in der Sache. Richtig?

(Zuruf CDU: Ja!)

Es ist beantragt worden, in der Sache abzustimmen. Ich lasse somit zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2855, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und die Abgeordneten des SSW. Die Gegenprobe! - Das sind die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Dr. Brodehl und von Sayn-Wittgenstein. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse dann über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2883, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU sowie die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD.

(Lars Harms [SSW]: Und die Abgeordneten des SSW!)

- Und die Abgeordneten des SSW, selbstverständlich. Gegen die Stimmen von? - Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein bei Enthaltung des Abgeordneten Dr. Brodehl. Damit ist der Antrag angenommen.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2882, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. - Gegenstimmen? -

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wir wollten eigentlich in den Ausschuss überweisen! Entschuldigung, Frau Präsidentin! - Unruhe)

- Dann lasse ich die Abstimmung gern wiederholen. Dann stimmen wir zunächst über die Ausschussüberweisung ab. Ich hatte das nur gesagt, weil die SPD Abstimmung in der Sache beantragt hatte und ich zunächst nicht vernommen hatte, das auch Ausschussüberweisung beantragt worden ist.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/2882 dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, CDU, FDP, die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein und Dr. Brodehl. Somit ist die Ausschussüberweisung beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 5 und 43 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrags über den Norddeutschen Rundfunk (NDR-Staatsvertrag)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/2816

b) Bericht zur Situation der Medienlandschaft in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/2650

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile für die Landesregierung dem Ministerpräsidenten Daniel Günther das Wort.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Seit der letzten Novellierung im Jahr 2005 ist der NDR-Staatsvertrag mächtig in die Jahre gekommen - nicht der NDR, sondern wohlgermerkt der Staatsvertrag. Gesellschaftspolitische und rechtliche Veränderungen in den vergangenen 15 Jahren führen zu einem erheblichen Anpassungsbedarf. Der Ihnen nunmehr vorliegende Entwurf novelliert den NDR-Staatsvertrag umfangreich. Er modernisiert ihn maßgeblich.

So sieht der Entwurf erstmals vor, dass die Regional- und Minderheitensprachen Norddeutschlands in allen Angeboten des NDR regelmäßig und angemessen berücksichtigt werden sollen. Das hat für Schleswig-Holstein einen besonderen Stellenwert.

(Ministerpräsident Daniel Günther)

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Dänisch, Friesisch, Plattdeutsch und Romanes werden künftig häufiger zu hören und zu sehen sein. Ich finde, das ist ein schöner Erfolg für unser Land.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Erstmalig wird auch das Gebot der Nachhaltigkeit sowohl für das Programm als auch für das Unternehmen im Staatsvertrag hinterlegt. Damit wird eine ökologische, ökonomische und soziale Ausgewogenheit im Sinne der UN-Agenda 2030 im NDR-Staatsvertrag berücksichtigt; auch hier ist der NDR-Staatsvertrag Vorreiter in Deutschland.

Der Entwurf beinhaltet zudem zahlreiche Regelungen für eine geschlechterparitätische Besetzung der Gremien des NDR. Erstmalig wird in einem Medienstaatsvertrag diese gesellschaftspolitische Notwendigkeit so durchgängig umgesetzt.

(Beifall Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Als Erfahrung aus der Coronapandemie sollen Sitzungen des Rundfunkrates und des Verwaltungsrates nunmehr auch per Videokonferenz möglich sein. Allerdings soll dies als eine Ausnahme für besondere Situationen bleiben. Der Rundfunkrat lebt vom gesellschaftlichen Diskurs in Präsenz.

Der Entwurf sieht zudem vor, dass Wiederwahlen der Intendanz und Amtszeiten der Gremienmitglieder begrenzt werden. Das soll die Innovationskraft der Anstalt fördern.

Wichtig sind zudem neue Regelungen zum Informationszugang, die an das Informationszugangsgesetz für das Land Schleswig-Holstein angelehnt sind. Damit hat nun jede natürliche oder juristische Person mit Sitz in Deutschland das Recht auf freien Zugang zu den Informationen, über die der NDR als informationspflichtige Stelle verfügt.

Eine weitere Änderung, die ich nicht unerwähnt lassen möchte, ist die deutlich gesteigerte Transparenz der Sitzungen des Rundfunkrats. Diese sollen zukünftig öffentlich sein.

Eine positive Änderung gibt es auch für die festen freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des NDR. Zurzeit gelten die Regelungen zur Personalvertretung nicht für diese Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergruppe. Der vorliegende Entwurf sieht in einem ersten Schritt vor, dass für freie feste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des NDR nunmehr die gleichen

Personalvertretungsrechte wie für alle Beschäftigten gelten sollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In einer weiteren Novellierung des NDR-Staatsvertrags soll das Personalvertretungsrecht dann speziell auf den NDR zugeschnitten werden.

Meine Damen und Herren, die Beispiele zeigen, dass es in den vier norddeutschen Ländern geglückt ist, einen modernen Regelungsrahmen für den NDR zu schaffen, eine Reform, welche den NDR für die Zukunft gut aufstellt.

Reform ist auch das passende Stichwort für die Überleitung zum nächsten Thema, die Situation der Medienlandschaft in Schleswig-Holstein. Seit Jean-Jacques Rousseau gelten Medien als die vierte Säule der Demokratie. Diese wichtige Funktion haben sie bis heute inne. Meinungs- und Informationsvielfalt bilden die Grundpfeiler unserer Demokratie. Gerade in Zeiten von Fake News, von Desinformation und Populismus haben die Medien eine zentrale Bedeutung. Die Coronapandemie hat uns einmal mehr gezeigt, wie wichtig eine fundierte, ausgewogene und seriöse Berichterstattung ist.

Infolge der Digitalisierung und des Zusammenwachsens verschiedener Mediengattungen, der viel besagten Konvergenz, verändern sich Medienmärkte und die Mediennutzung rasant.

In Schleswig-Holstein führt diese Entwicklung dazu, dass lokale und regionale journalistische Angebote in den letzten Jahren spürbar zurückgegangen sind. Die Branche durchlebt einen tiefgreifenden Strukturwandel. Tageszeitungen büßen an Auflage ein, insbesondere für lokale und regionale Anbieter sind die sinkenden Abonentenzahlen verheerend. Insgesamt kann festgehalten werden: Bewährte Geschäftsmodelle funktionieren immer weniger, zudem verschärft die Coronakrise die wirtschaftliche Situation der Verleger und auch der privaten Rundfunkanbieter. Die Werbeeinnahmen der Lokalzeitungen und lokalen Rundfunkanbieter sind stark rückläufig. Dadurch geraten lokale und regionale Medienanbieter zunehmend unter Druck.

Meine Damen und Herren, wir müssen jetzt neue Denk- und Lösungsansätze diskutieren und die Rahmenbedingungen für eine starke und wirtschaftlich gesunde Medienlandschaft schaffen. Die sinnvolle Unterstützung und Förderung lokaler und regionaler Medienangebote ist dabei unser gemeinsames erklärtes Ziel. Der vom Landtag erbetene Bericht zur Situation der Medienlandschaft in Schles-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

wig-Holstein bietet hierbei die Möglichkeit für eine offene Diskussion.

Grundlage des Berichtes sind die Stellungnahmen der betroffenen Verbände und Unternehmen. Auch die Auswirkungen der Coronapandemie für die gesamte Medienlandschaft in Schleswig-Holstein werden anhand der Aussagen der Beteiligten im Bericht beleuchtet. Die möglichen Lösungsansätze wollen wir gemeinsam mit allen Fraktionen, den Betroffenen und gegebenenfalls mit Sachverständigen definieren, und zwar zunächst ohne Denkhürden. Für alle Lösungsansätze gilt aber: Das Gebot der Staatsferne ist uneingeschränkt zu achten.

Ich bin überzeugt, dass durch eine sinnvolle Förderung der Vielfalt von Medien dieser wichtige Innovationsmotor für unser Land erhalten bleibt und wir damit gleichzeitig die vierte Säule der Demokratie wesentlich stärken können,

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

ohne dass das demokratische Haus instabil würde. Ich freue mich auf eine spannende Beratung darüber mit Ihnen allen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Stefan Weber das Wort.

(Unruhe)

Gibt es Irritationen wegen der Reihenfolge der Redner? Mir ist es hier so vermerkt worden. Wie haben Sie sich geeinigt?

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Alles gut! Wenn er eine gute Rede hält, ist es in Ordnung!)

- Herr Kollege Weber, fangen Sie bitte an.

Stefan Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Ministerpräsident: Vielen Dank für den vorgelegten Bericht. Vielen Dank auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei, und vielen Dank den Hauptmitwirkenden des Medienberichtes: dem Verband der Zeitungsverleger Norddeutschland e. V., dem Deutschen Journalistenverband, Landesverband Schleswig-Holstein, dem NDR und der Medienanstalt Hamburg-Schleswig-Holstein.

Wie heißt es auf Seite 49 zu Analyse der Medienlandschaft in Schleswig-Holstein - Herr Günther hat es mit angesprochen -?

„Die Landesregierung hat die MA HSH, den VZN und den DJV SH gebeten, entsprechende Analysen vorzunehmen. Die nachfolgenden Beiträge entsprechen vollumfänglich den jeweiligen Rückmeldungen ...“

Nicht nur, dass man die Analyse den Verbänden überlassen hat, die Landesregierung hat zudem bei der Erstellung des Berichtes auf wissenschaftliche Begleitung und Aufarbeitung verzichtet. Ebenso fehlen in dem Bericht eigene Ideen der Landesregierung, wie man mit den Erkenntnissen und Aussagen des Berichtes umgehen soll oder welche Antworten und Handlungsoptionen sie aus dem Bericht zieht. Ich würde sagen: Chance verpasst.

(Beifall SPD)

Positiv ist: Die Verbände und Anstalten haben mit ihren Aussagen wichtige medienpolitische Themen und Entwicklungen beschrieben. Auf Seite 6 zum Beispiel:

„Die analogen lokalen und regionalen Presseangebote sind in den letzten Jahren erheblich unter Druck geraten.“

Auch der Ministerpräsident hat es in seiner Rede erwähnt.

„Bewährte Geschäftsmodelle funktionieren immer weniger, Reichweiten gehen zurück und speziell jüngere Menschen wenden sich den neuen Medien zu.“

Ja, das Nutzerverhalten ändert sich kontinuierlich. Während Onlinemedien in der Nutzung ständig zunehmen, nehmen die Zeiten für Printmediennutzung beständig ab. Das Internet wird im Mittel am Tag fast 3,5 Stunden lang genutzt, wie zentrale Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2020 belegen.

Auf Seite 52 heißt es passend hierzu:

„Die klassisch-massenmedialen lokalen Angebote verfehlen zunehmend die online-affinen nachwachsenden Zielgruppen, ihre Verbreitungswege und auch ihre Formate haben für junge Zielgruppen keine Relevanz mehr.“

Tatsächlich: Lokalen und regionalen Medien geht es schon länger nicht gut. Nun kämpfen sie seit einem Jahr zunehmend mit den finanziellen Folgen der Coronakrise. Dabei sind ihre Inhalte in Zeiten der Pandemie sehr gefragt. Auch das zeigt der Bericht sehr deutlich.

(Stefan Weber)

Der Bericht geht aber auch noch auf weitere Punkte ein: barrierearme Angebote der Rundfunkanbieter in Schleswig-Holstein. Hier ist das Bild unterschiedlich. Aus Sicht der Medienanstalt betrug zum Beispiel bei den privaten Rundfunkanbietern die Untertitelungsquote bei den Programmen der Mediengruppe RTL im vergangenen Jahre durchschnittlich 17 %. Ich zitiere:

„Aufgrund der erheblichen Kosten, die mit barrierearmen Angeboten wie Untertitelungen und Audiodeskriptionen verbunden sind, können solche Angebote für die regionalen Fensterprogramme von SAT.1 Nord oder von RTL-Nord nicht bereitgestellt werden. Das gilt auch für die übrigen privaten TV-Veranstalter in Schleswig-Holstein.“

Hier muss nach Lösungen gesucht werden, damit Menschen mit Hörschädigung oder Sehbehinderung den Inhalten der Sendungen folgen können. Im Gegensatz hierzu bietet der NDR in seinen dritten Programmen das Untertitelangebot derzeit für 85 % seiner Sendungen an. Im Öffentlich-Rechtlichen, vor allem aber bei den Privaten ist bei diesem Thema noch Luft nach oben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich zum Schluss komme, noch ein paar Worte zum NDR-Staatsvertrag. Die Novellierung ist wichtig und notwendig, denn der Staatsvertrag wird dadurch den aktuellen Regelungen angepasst. In manchen Bereichen hätten wir uns mehr gewünscht, zum Beispiel bei der paritätischen Besetzung der Gremien des NDR. Hier wird die Gruppe der Diversen oder der LSBTI nicht entsprechend berücksichtigt. Da muss bei der nächsten Novellierung dringend nachgebessert werden. Wie heißt es so schön: Nach der Novellierung ist vor der Novellierung.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einmal die wachsenden Probleme im lokalen und regionalen Medienbereich hervorheben, auf die der Bericht ganz richtig hinweist. Es gibt seit vielen Jahren einen immer wiederkehrenden Ratschlag von Experten und Wissenschaftlern, wie zum Beispiel Zeitungen ihre Leser an sich binden können, wie sie interessant bleiben und sich profilieren können. Dieser Ratschlag lautet: Stärke das Lokale! Das Lokale interessiert, es ist nah am Bürger, am Leben in der Region, in den Gemeinden und Städten. Obwohl es das Internet heute leicht macht, sich jederzeit über Ereignisse in der ganzen Welt zu informieren, haben Informationen aus dem direkten Umfeld eine besondere Bedeutung. Je näher das Ereignis ist, desto mehr Bedeutung hat es für den einzelnen Menschen. Mit welchen Problemen die lokalen Me-

dien in Schleswig-Holstein zu kämpfen haben, zeigt doch die aktuelle Entscheidung der „Lübecker Nachrichten“ vom Januar dieses Jahres, die Druckerei in Lübeck zu schließen und die „LN“ in der Druckerei der „Kieler Nachrichten“ produzieren zu lassen. Zentralisierung heißt hier das Zauberwort.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

So eine Entscheidung trägt aber nicht dazu bei, lokale Medien zu stärken.

„Eine Medienvielfalt bei lokalen und regionalen Medien muss keine Illusion sein und könnte auch in der digitalen Medienwelt ein Rückgrat unserer demokratischen Gesellschaft bilden.“

So der Medienjournalist Helmut Hartung zum Abschluss des vorgelegten Berichtes. Lassen Sie uns über den Bericht im Ausschuss gern weiter diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall SPD - Hans-Jörn Arp [CDU]: Da hat die SPD doch die Mehrheit, das hätten Sie doch ändern können! - Serpil Midyatli [SPD]: Unsere Mehrheiten sind zumindest bekannt! - Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tim Brockmann das Wort.

Tim Brockmann [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor etwa einem Jahr hatte der Landtag einstimmig auf Initiative unserer Koalition hin die Landesregierung um einen Bericht zur Medienlandschaft in Schleswig-Holstein gebeten. Zunächst möchte ich mich beim Ministerpräsidenten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich für diesen umfangreichen Bericht bedanken. Es ist sofort erkennbar, dass Sie in diesen Bericht sehr viel Arbeit investiert haben, und es wird deutlich, dass für Sie die Entwicklung der Medienlandschaft in Schleswig-Holstein kein Nischenthema ist. Eine gute Entscheidung ist es aus meiner Sicht auch gewesen, dass Sie bei der Erstellung dieses Berichtes die wesentlichen Akteure eingebunden, sie befragt und deren Antworten wiedergegeben haben. Das rundet den Bericht ab.

Meine Damen und Herren, als wir den Bericht in Auftrag gegeben hatten, galt unser Blick insbesondere den Themen Konvergenz und Konzentration. Nun ist im vergangenen Jahr ein drittes gewichtiges Thema, nämlich die Auswirkungen der Coronapan-

(Tim Brockmann)

demie, hinzugekommen. Ich bin Ihnen, Herr Ministerpräsident, sehr dankbar, dass Sie dieses Thema in diesem Bericht berücksichtigt haben.

Der Bericht zeigt deutlich, wie es um die Medienlandschaft in Schleswig-Holstein bestellt ist. In allen Teilen der Medienlandschaft hat es in den vergangenen Jahren erhebliche Veränderungen gegeben, und dies wird auch für die Zukunft weiter gelten. Die Konzentration auf wenige Anbieter gerade im lokalen und regionalen Bereich ist weit fortgeschritten. Es drohe, so heißt es auf Seite 86, ein Verlust an Vielfalt in der öffentlichen Debatte und bei der Information der Bürgerinnen und Bürger über Ereignisse und Entwicklungen gerade auch in ihrer unmittelbaren Nähe. Für eine offene Gesellschaft und eine lebendige Demokratie ist es aber zwingend erforderlich, dass es solche Debatten in öffentlichen Räumen gibt. Insofern ist es auch richtig, dass sich die Bundesländer Gedanken darüber machen, wie lokale und regionale Medien gestärkt werden können, ohne dabei das Gebot der Staatsferne aus dem Blick zu verlieren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun einen Blick auf die Situation der Medienlandschaft in Schleswig-Holstein werfen. Im Printbereich hat es in den vergangenen Jahren einen erheblichen Konzentrationsprozess gegeben, ausgelöst durch einen dramatischen Rückgang der Werbeerlöse und Abos sowie gleichzeitig stark steigende Kosten für Logistik und Zustellung. Wir haben es im Wesentlichen nur noch mit zwei Anbietern zu tun, deren Hauspitzen zudem außerhalb von Schleswig-Holstein liegen. Nur noch „Flensburg Avis“ und die „Dithmarscher Landeszeitung“ werden vollständig hierzulande erstellt.

Zwar weist der VZN darauf hin, dass derartige Kooperationen im Verbund ein entscheidender Faktor für die langfristige Sicherung der regionalen und lokalen Pressevielfalt seien. Diese Einschätzung wird allerdings vom DJHV SH nicht geteilt, und sowohl die Entwicklung der Auflagen als auch die aktuelle Entwicklung in Lübeck zeigen und bestätigen dies aus meiner Sicht nicht.

Nicht nur im Printbereich stehen wir vor Veränderungen. Zwar kann die Radionutzung als weitgehend stabil angesehen werden, jedoch steht gleichwohl auch der Hörfunkmarkt vor einem tiefgreifenden Wandel. Zum einen stehen wir vor der Frage, wie die terrestrische Verbreitung künftig erfolgen soll. Zum anderen zeichnen sich Entwicklungen ab, die den Hörfunkmarkt strukturell, insbesondere im Hinblick auf die Konvergenz, spürbar verändern werden.

Auch der Fernsehmarkt befindet sich im Wandel. Das klassische lineare Angebot verliert an Bedeutung. Onlineangebote erfahren dagegen immer mehr Zuspruch. Die Frage ist, wie sich dies auf die regionale Informationsvielfalt auswirkt. Die privaten Regionalfenster sind - neben dem Landesfunkhaus des NDR - ein wichtiger Baustein der lokalen und regionalen Berichterstattung. Diese Vielfalt muss auch im konvergenten Medienzeitalter erhalten bleiben.

Bei den barrierefreien und barrierearmen Angeboten besteht in der Medienlandschaft noch Luft nach oben. Zwar werden vonseiten der Medienanstalten Fortschritte bei den privaten Rundfunkanbietern dokumentiert, aber eine Untertitelungsquote von rund 20 % kann uns nicht zufriedenstellen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk dagegen ist mit seinen Angeboten zur Barrierefreiheit erheblich weiter. Dies ist aber auch unser Anspruch an eine beitragsfinanzierte Anstalt.

Meine Damen und Herren, neben dem Bericht zur Medienlandschaft liegt uns heute auch die Neufassung des NDR-Staatsvertrages vor. Diese ist aus meiner Sicht überfällig, denn die letzte grundlegende Novelle fand vor mehr als 15 Jahren statt. Damals spielten Themen wie Telemedien, Transparenz und Nachhaltigkeit nur eine untergeordnete Rolle. Dies hat sich fundamental verändert. Der bisherige NDR-Staatsvertrag wird den aktuellen Herausforderungen in einer sich wandelnden Medienlandschaft nicht mehr gerecht. Seit mehr als zwei Jahren wurden nun Gespräche zwischen den Staatsvertragsländern geführt, und das Ergebnis kann sich durchaus sehen lassen. Deshalb gilt mein Dank an dieser Stelle erneut dem Ministerpräsidenten, aber auch dem Chef der Staatskanzlei, die mit viel Verhandlungsgeschick ein gutes Ergebnis erzielt haben.

Ich möchte noch einige Punkte hervorheben: Bereits aus dem bundesweit geltenden Medienstaatsvertrag kennen wir die Gleichrangigkeit der Telemedien mit Fernsehen und Hörfunk. Dieses setzen wir nun auch im NDR-Staatsvertrag um. Wir schaffen auch mehr Transparenz in den Gremien. Künftig tagt der Rundfunkrat öffentlich. Diese Transparenz ist unerlässlich, und sie dient der Steigerung der Akzeptanz des gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Meine Damen und Herren, ein - wie ich finde - wirklich großer Erfolg für uns ist es, dass die Minderheiten- und Regionalsprachen im Programmauftrag des NDR stärker verankert werden. Damit leisten wir einen Beitrag zum Schutz und zur Erhaltung der Sprachen und der Kultur. Die Formulierung ist

(Tim Brockmann)

so gewählt, dass sie richtigerweise nicht in die Programmautonomie eingreift. Gleichwohl habe ich die klare Erwartungshaltung, dass dieser Programmauftrag nicht nur als Feigenblatt erfüllt wird, sondern mit Leben gefüllt wird.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Jedoch nicht alles, was wir uns als Schleswig-Holsteinischer Landtag gewünscht haben, fand Einzug in den Staatsvertrag. Als Beispiel möchte ich an dieser Stelle die Zusammensetzung der Gremien nennen. Hier hätten wir uns Veränderungen, zum Beispiel einen Platz für die Minderheiten im Rundfunkrat, vorstellen können. Leider konnte zwischen den vier Staatsvertragsländern darüber keine Einigung erzielt werden, sodass alles beim Alten bleibt. Aber das bleibt wahrscheinlich bei solchen Verhandlungen zwischen vier Bundesländern nicht aus.

Dennoch glaube ich, dass der Staatsvertrag sehr gelungen ist. Ich bitte daher um entsprechende Überweisung des Staatsvertrages, aber auch des Medienberichts an den Innen- und Rechtsausschuss. Der Ministerpräsident hat ja schon gesagt, dass er sich auf eine offene Diskussion auch über den Medienbericht freuen wird. Wir haben heute schon im Ausschuss erörtert, dass wir genau diesen Weg gehen wollen, auch mit einer schriftlichen Anhörung, die wir schon auf den Weg gebracht haben. Ich glaube, wir können damit einen Beitrag zu der kreativen Medienlandschaft in Schleswig-Holstein leisten, indem wir uns damit beschäftigen und gute Impulse setzen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Abgeordneten Lasse Petersdotter das Wort.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich stelle einmal die Zusammenfassung des Medienberichtes ein Stück weit vorweg. Es steht darin eigentlich wenig Überraschendes und noch viel weniger Beruhigendes. Die Medienlandschaft in Schleswig-Holstein hat ein ernsthaftes Problem. Wenn wir auf die private Seite gucken, dann haben wir da zwei Fernsehsender, von denen ich ehrlicherweise, bevor ich Abgeordneter wurde, noch nie etwas gehört hatte. Wir haben einen gro-

ßen Radioproduzenten, und wir haben zwei große Zeitungsverlage.

Es ist in Schleswig-Holstein flächendeckend beinahe unmöglich, zwischen zwei regionalen oder lokalen Zeitungen wählen zu können und sich so eine gewisse Meinungsvielfalt in das eigene Haus zu tragen. Es gibt Gemeinden in Schleswig-Holstein, in denen es nicht einmal mehr möglich ist, eine Printzeitung zu abonnieren, weil diese dort einfach nicht mehr geliefert werden. Wir haben hier also offensichtlich eine dramatische Lage, wenn man sich vielfältig, und zwar nicht nur digital, informieren möchte.

In der lokalen Berichterstattung hat man zu essen, was auf den Tisch kommt. Überregionale Berichte kommen dort aus Agenturen entweder mit Sitz in Hannover oder Osnabrück. Eine schleswig-holsteinische Perspektive auf die Bundespolitik und auf das, was in Berlin gerade entschieden wird, gibt es fast gar nicht. Das ist etwas, womit wir uns eigentlich nicht zufriedenstellen können. Dass das, was auf den Tisch kommt, nicht immer schmeckt, sollte eigentlich zu der Möglichkeit reifen, eine Auswahl zu bekommen. Das sehen wir aber gerade im Bereich der privaten Medien in Schleswig-Holstein nicht.

Gern wird diese Strategie, die ja kein Zufall ist, sondern das, was die großen Zeitungsverlage wünschen, als Fokussierung verklärt. Man sagt, man wolle sich auf den Lokaljournalismus konzentrieren. Deswegen greife man auf bundesweite Agenturen zurück, die dann die Meldungen lieferten. Wenn das so wäre, dann hätten wir eine ganz andere Entwicklung in den Lokalredaktionen. Dann hätten wir eine Lokalredaktion, die personell ausgebaut und nicht zusammengestrichen wird, wie wir das vermehrt beobachten.

Wenn wir gerade über das Personal sprechen, dann möchte ich ganz klar sagen, dass ich mir hier vom Bericht mehr erwartet hätte. Eine kurze Einschätzung von den Verlagen und noch einmal eine kurze Stellungnahme vom Deutschen Journalistenverband - ich finde, das reicht nicht.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mich hätte interessiert, wie die Honorarsituation von freien Journalistinnen und Journalisten aufgestellt ist, wie die Betriebsratsorganisation innerhalb der Redaktion aussieht, wie sich die Personalentwicklung in den Lokalredaktionen tatsächlich dargestellt hat und wie die unterschiedliche Gewichtung in den Redaktionen und auch gerade beim

(Lasse Petersdotter)

Personal aussieht, wenn es um redaktionelle Inhalte auf der einen Seite und das Anzeigengeschäft auf der anderen Seite geht. Hier haben wir noch viel zu diskutieren.

Wir müssen auch dringend über das Arbeitsethos sprechen, den sich Journalistinnen und Journalisten gerne selber geben. Das, was gerne häufig als besonders leidenschaftlich oder als alte Schule erklärt wird, ist im Kern häufig nichts anderes als wahnsinnig unattraktiv. Genau das sehen wir doch auch an den Bewerbungszahlen für Volontariatsstellen. Wer hat denn noch wirklich Lust auf eine solche Stelle, bei der ich nachher nicht einmal weiß, wo ich landen werde, bei der ich mich fragen muss, ob ich dann, wenn ich die Stelle anrete, überhaupt noch irgendeinen Kredit für mein Haus bekomme oder ob das familientechnisch irgendwie attraktiv ist?

Die Entwicklung, die wir beobachten, wie viele gute Journalistinnen und Journalisten am Ende doch in den Pressestellen von Parteien, Regierungen oder anderen Organisationen von Unternehmen landen, sollte uns eigentlich ein bisschen Sorgen machen und weist auf eine sehr schlechte Entwicklung hin, was die Attraktivität im Journalismus angeht, dort zu arbeiten.

Wir müssen noch viel mehr diskutieren über die Schließung der Druckerei bei den „Lübecker Nachrichten“, über Personalentscheidungen beim „sh:z“, über Kurzarbeit beim „sh:z“ in einer nachrichtenstarken Zeit wie dieser. Welches sind da eigentlich die Hintergründe, und was wollen wir daraus lernen?

Die Zukunft des Journalismus liegt in gutem Journalismus und nicht in dem kostenlosen iPad bei einem Abo-Abschluss. Genau das kann nämlich nicht die Antwort sein und hilft uns bei einem Medienangebot, vor allem, wenn es darum geht, technische Geräte bei einer Zeitung zu kaufen, wenig weiter. Das klingt vielleicht pathetisch, aber meine Generation, die Millennials, wird gerne ein bisschen als der Untergang der Zeitungen dargestellt. Wenn wir dann einen Blick in die Statistiken werfen, dann muss man sagen: Jo, das stimmt auch ein Stück weit.

Da kann ich nur sagen, dass sich die richtige Lösung eben nicht darin zeigt, dass man einmal einen Instawalk durch die Redaktion macht oder dass man ein Angebot bekommt, dass ich dann, wenn ich ein Abo bei einer Lokalzeitung abschließe, noch einen Kontaktgrill dazubekomme. Das überzeugt mich nicht, die Zeitung zu abonnieren.

Die bundesweite Berichterstattung erhalte ich auf anderen Wegen. Die digitalen Angebote, mal ein bisschen E-Paper und dazu noch ein Angebot, bei dem noch ein „+“ dahintersteht, ein bisschen mehr interaktive Grafik, all das ist nicht die Zukunft des Journalismus. Nur wenige der Lösungen, die auf dem Tisch liegen, sind überzeugend, wenn es darum geht, Stiftungen zu gründen, die den Journalismus fördern. Das kann dann auch in eine ganz falsche Richtung gehen, wenn es um die Frage geht, wer sich mit seinem finanziellen Interesse einbringt oder wenn es um die Gemeinnützigkeit geht. Auch dies birgt viele Gefahren in sich. Allein über das Geld werden wir keine Lösungen finden.

Deswegen freue ich mich sehr auf die Diskussion, die uns im Ausschuss erwartet. Wir brauchen einen starken Journalismus sowohl im Privaten wie auch im Öffentlich-Rechtlichen.

Es wurde bereits viel zum NDR-Staatsvertrag gesagt. Gut sind die stärkere nachhaltige Ausrichtung, das Mehr an Transparenz, die bessere Personalvertretung für feste Freie. Auch das ist so ein absurder Begriff. Ich weiß, wie die Praxis ist. Aber was ist denn ein fester Freier?

(Heiterkeit)

Ist das etwas Sinnvolles? Das ist eine Arbeitsstruktur, in der man sich auch langfristig bewegen möchte.

(Unruhe)

Auch die Minderheiten hier sprachen über viele gute Sachen im NDR-Staatsvertrag, aber auch über viel Schlechtes.

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie um ein bisschen mehr Ruhe bitten. Ich glaube, es ist ein bisschen unfair dem Redner gegenüber, wenn die Unruhe zu groß wird. - Besten Dank.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Auch die Zusammensetzung des Rundfunkrates kann sich ehrlicherweise selbst nicht ernst nehmen. Hier gibt es seit 1991 keine ernsthafte Veränderung. Die Gesellschaft hat sich durchaus verändert. Gerade die gesellschaftliche Diversität hätte im Rundfunkrat viel besser vertreten sein müssen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist gut, aber er wird es

(Lasse Petersdotter)

nicht alleine lösen. Wir brauchen eine größere, auch private öffentliche Darstellung der Lage.

Die finanziellen Hilfen müssen den Journalismus und die Redaktionen stärken und nicht die Verlage. Wenn wir jetzt sagen, wir schnüren Hilfspakete und neue Finanzierungsmodelle, die am Ende nur die alten Strukturen retten und die Vertriebswege retten, dann haben wir am Ende keine Presselandschaft, sondern nur ein Museum mehr, das jedoch niemand braucht. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Jan Marcus Rossa das Wort.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Medienpolitik ist in den letzten Monaten eines der beherrschenden politischen Themen gewesen und wird uns nicht zuletzt wegen der Verfassungsbeschwerden über den Rundfunkbeitrag weiter beschäftigen.

In diesem Zusammenhang passt es gut, dass wir zum einen heute den Medienbericht der Landesregierung vorgelegt bekommen haben und darüber diskutieren können und zum anderen uns auch über den NDR-Rundfunkstaatsvertrag austauschen können.

Wir alle schätzen mehrheitlich den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, weil er gewährleistet, dass auch regionale Berichterstattung auf gutem journalistischen Niveau stattfindet.

Durch die Verabschiedung des Medienstaatsvertrages haben wir festgestellt, dass der NDR-Rundfunkstaatsvertrag einer deutlichen Überarbeitung bedurfte. Dieser Aufgabe sind wir mit dem NDR-Staatsvertrag nun nachgekommen. Insofern fällt es leicht, sich für den Abschluss des NDR-Staatsvertrag auszusprechen und ihm zuzustimmen, ihn aber zunächst einmal an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen.

Wir bemerken aber auch, dass die Medienlandschaft einem massiven Wandel ausgesetzt ist. Das macht der Medienbericht überdeutlich. Der Medienbericht soll eine Debatte anstoßen, wie wir unsere Medienlandschaft entwickeln wollen und wie wir sie uns idealerweise vorstellen, um Medienvielfalt zu erhalten. Einen ersten Beitrag zu dieser Debatte will ich heute hier abliefern.

Wesentliche Treiber dieser Veränderungen in der Medienlandschaft sind das Internet und die digitale Transformation, die von den Medien insgesamt vollzogen werden muss. Das Internet erweist sich immer noch als neuer Markt, der erst von den klassischen Medien erobert werden musste und erobert werden muss. Hier konkurrieren aber ganz unterschiedliche Medienanbieter.

Allerdings - das macht sich aus meiner Sicht immer stärker bemerkbar - sind die Wettbewerbsbedingungen in diesem Bereich in der digitalen Medienlandschaft sehr ungleich und bevorzugen in erheblicher Art und Weise die beitragsfinanzierten Medien, die ihre Inhalte letztlich unentgeltlich über das Internet ihren Kunden zugänglich machen können.

Das aber führt, wenn man das genau betrachtet, zu einem Verdrängungswettbewerb, der im Hinblick auf die von uns allen gewünschte Medienvielfalt durchaus schädlich ist. Denn Medienunternehmen, die nicht beitragsfinanziert sind, müssen ihre Produkte im Internet verkaufen, um die Mittel dafür zu generieren, die Inhalte herzustellen. Wir alle wissen: Guter Journalismus kostet Geld. Und das müssen private Unternehmen durch den Verkauf ihrer Produkte verdienen.

Sie müssen also die von ihnen produzierten Inhalte im Internet zu fairen Wettbewerbsbedingungen verkaufen und vertreiben können. Und daran - das ist meine persönliche Meinung - mangelt es zurzeit. Denn wer bezahlt für eine Nachricht, eine Berichterstattung oder einen Kommentar, wenn er dies alles auch unentgeltlich beziehen kann, insbesondere eben von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten?

Ich habe mich schon immer gefragt, warum wir uns bei den digitalen Medien regulatorisch nicht stärker am Presserecht orientiert haben. Da herrschen nämlich ein freier Markt und ein freier Wettbewerb zu ähnlichen oder vergleichbaren Bedingungen. Beitragsfinanzierte Presseverlage gibt es eben nicht. Ich meine diese Orientierung nicht technisch, sondern regulatorisch.

Warum hat man die Regelungen über die digitalen Medien nicht stärker an die Medienlandschaft angepasst, bei der es gleichgewichtige Wettbewerbsbedingungen gibt? Das hat mir jedenfalls bis heute noch kein Medienexperte plausibel erklären können. Das erwarte ich aber von einer Debatte über unseren Medienbericht.

Diese ungleichen Wettbewerbsbedingungen sind durch den jüngsten Medienstaatsvertrag in meinen Augen - darauf habe ich schon in mehreren Debat-

(Jan Marcus Rossa)

ten und sonstigen Beiträgen hingewiesen - eher noch verschärft worden; denn die Möglichkeiten digitaler Medienangebote sind für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk erheblich ausgeweitet worden. Wenn man die Entwicklung vorhersieht oder prognostiziert, dann geht das in ganz erheblichem Maße zulasten der privaten Medienanbieter.

Beim Telemedienauftrag oder auch bei den presseähnlichen Berichterstattungen hat insbesondere der Bundesverband der Zeitungsverleger meines Erachtens voreilig das Feld geräumt. Wenn man mit anderen Verlagen spricht, zum Beispiel mit Zeitschriftenverlagen, dann wird das außerordentlich bedauert.

In diesem Zusammenhang muss es für die Verlage wie Hohn klingen, wenn der Bund die digitale Transformation über mehrere Jahre mit insgesamt 180 Millionen € fördern will. Zuerst verhindern die Länder mit dem Medienstaatsvertrag einen wirklich fairen Wettbewerb in diesen Medien, und dann gleicht der Bund das staatlich geschaffene Ungleichgewicht mit Fördergeldern wieder aus.

Das ist in meinen Augen ein völlig verfehelter Ansatz. Das kann keine Lösung dieses Problems sein.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

- Das ist auch kein guter Lösungsansatz. Da sind wir uns, glaube ich, einig. - Stattdessen muss der Staat entweder für einen fairen Wettbewerb sorgen, oder aber er muss unfaire Wettbewerbsbedingungen unterbinden. Diese beiden Möglichkeiten gibt es meines Erachtens. Das bedeutet im Ergebnis, dass er die digitalen Angebote von beitragsfinanzierten Medienanbietern begrenzen muss, damit hier ein fairer Wettbewerb stattfinden kann.

Medienangebote, deren Unentgeltlichkeit nur durch Beitragsfinanzierung möglich wird, dürfen nicht in Konkurrenz zu privaten Medienangeboten im Internet stehen. Die Folgen für die Medienvielfalt sind absehbar. Sie sind gravierend. Sie sind durch die Coronapandemie und deren Folgen besonders sichtbar geworden. Denn die privaten Medienanbieter leiden besonders stark unter den Einkommensverlusten und Umsatzverlusten, die durch die Coronapandemie und ihre Folgen ausgelöst worden sind.

Es ist daher an der Zeit, diese unfairen Wettbewerbsbedingungen zu überwinden und für einen fairen Wettbewerb unter vergleichbaren Voraussetzungen einzutreten. Die Chance ist da, denn die Länder werden nach der Befassung mit dem Medienstaatsvertrag erneut über die Reform von Struktur und Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

beraten und eine Novellierung des Medienstaatsvertrags vorbereiten. Dazu gehört auch, den Rundfunkauftrag so zu definieren, dass der beitragsfinanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk den privatwirtschaftlichen Medien nicht das Wasser abgräbt, indem er mit seinen vermeintlich unentgeltlichen Medienangeboten den Verkauf von anderen Medien erschwert oder sogar auf Dauer verhindert.

Hier ist die Politik gefordert. Wir sollten uns unserer Verantwortung bewusst sein, dass wir Markt und Wettbewerbsbedingungen für die privaten Medien so gestalten, dass wir die Medienvielfalt, die wir uns alle wünschen, erreichen. Das gehört zur Wahrheit dazu, wenn wir heute über die Medienlandschaft in Schleswig-Holstein debattieren, meine Damen und Herren. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW spricht nun ihr Vorsitzender Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Viele meiner Vorredner haben schon viel Richtiges gesagt, sodass ich die Freude habe, diesen Tagesordnungspunkt aufgrund der knappen Zeit ausschließlich minderheitenpolitisch betrachten zu können.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade die Medien sind nämlich beim Spracherhalt und bei der Sprachvermittlung für die Minderheiten unabdingbar. Deshalb kommt gerade den Massenmedien hier eine besondere Bedeutung zu. In vielen Ländern werden die Minderheiten durchaus gut mit Medienangeboten versorgt. Für uns in Schleswig-Holstein gilt dies bisher leider nicht.

Gerade die öffentlich-rechtlichen Medien haben eine entsprechende Verantwortung. Dass man ein gutes Medienangebot vorhalten kann, das zeigen der Mitteldeutsche Rundfunk und der Rundfunk Berlin-Brandenburg, die beide für die sorbische Minderheit ein sehr umfangreiches mehrstündiges Radioprogramm vorhalten und auch eine regelmäßige halbstündige Fernsehsendung mit deutschen Untertiteln ausstrahlen. Davon, meine Damen und Herren, sind wir hier noch weit entfernt. Alleine für die Minderheitensprachen den Standard zu erreichen, der jetzt schon für die Regionalsprache Nieder-

(Lars Harms)

deutsch in den Programmen des NDR erfüllt wird, wäre ein minderheitenpolitischer Quantensprung.

Deshalb freut es mich ungemein, dass es der Landesregierung auf Initiative des SSW und der Friisk Foriining gelungen ist, das ein neuer Passus zugunsten der Minderheiten verhandelt und in den NDR-Staatsvertrag aufgenommen wurde. Im Staatsvertrag steht nun:

„Norddeutschland und die Vielfalt seiner Regionen, ihre Kultur sowie ihre Regional- und Minderheitensprachen sind in den Angeboten des NDR regelmäßig und angemessen zu berücksichtigen.“

Während bisher nur von „der Sprache Norddeutschlands“, also Niederdeutsch, die Rede war, werden nun erstmals auch die Minderheitensprachen genannt. Damit hat der NDR zum ersten Mal den Auftrag, in seinen Angeboten die Minderheitensprachen Dänisch, Nordfriesisch, Saterfriesisch - gesprochen in Niedersachsen - sowie Romanes - sofern die Sinti und Roma es wünschen - regelmäßig und angemessen zu berücksichtigen.

Diese Verpflichtung gilt für das gesamte Angebot, also nicht nur für das Angebot im Internet, sondern auch für das Radio- und Fernsehprogramm. Auch diese Klarstellung erfolgte auf Betreiben der Landesregierung Schleswig-Holstein, wofür ich sehr dankbar war.

Nun müssen der Formulierung allerdings auch Taten folgen. Deshalb wäre es angebracht, wenn sich der NDR und die Minderheitenvertreter hier in Schleswig-Holstein - gerne auch mit Unterstützung der Landesregierung - möglichst schnell zusammensetzten, um zu beraten, wie diese bewusst durch die Politik formulierte Verpflichtung umgesetzt werden kann.

Dabei ist klar, dass man nur Stück für Stück voranschreiten kann. Das Ziel muss ein Sendeumfang für die Minderheitensprachen sein, der sich in der Quantität mit den bestehenden und zukünftigen Niederdeutschangeboten messen kann.

Meine Damen und Herren, kommen wir nun aber zu einem zweiten minderheitenpolitischen Thema. Viele Zeitungen stehen vor erheblichen finanziellen Herausforderungen; das haben wir heute auch schon gehört. Hier ist natürlich auch die Vergabe von öffentlichen Anzeigenaufträgen im Fokus. Ich habe kürzlich mit einer Kleinen Anfrage nachgefragt und - freundlich formuliert - eine erschreckende Rückmeldung bekommen: In den letzten drei Jahren sind insgesamt Anzeigen in einer Gesamt-

summe von rund 2,4 Millionen € bei unseren fünf größten regionalen Zeitungen geschaltet worden. Hinzu kommen dann noch Anzeigen in weiteren Zeitungen, sodass in den Zeitungen der Mehrheitsbevölkerung fast 3,9 Millionen € in Anzeigen investiert wurden. Im gleichen Zeitraum, meine Damen und Herren, wurden in der Zeitung der dänischen Minderheit nur knapp 3.300 € in Anzeigen investiert. Das, meine Damen und Herren, steht in einem krassen Missverhältnis zueinander.

Es darf nicht sein, dass die Zeitung der dänischen Minderheit übergangen wird. Ich unterstelle keine Absicht. Möglicherweise liegt dem auch ein gewisser Grad von Unkenntnis zugrunde. Trotzdem müssen die Angehörigen der Minderheit die gleichen Informationen bekommen wie die der Mehrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW)

Ich empfehle jedem, in die Bonn-/Kopenhager Erklärungen hineinzugucken; ich habe es gerade getan. Darin ist bereits 1955 formuliert worden, dass genau das zu geschehen hat, nämlich dass bei öffentlichen Bekanntmachungen auch die Zeitungen der dänischen Minderheit zu berücksichtigen sind. Das geschieht leider derzeit noch nicht.

Meine Damen und Herren, es gibt mehrere Ziele, die es notwendig machen, hierüber nachzudenken. Denn bei Stellenanzeigen sollten wir sogar ein gesteigertes Interesse daran haben, die Angehörigen von Minderheiten anzusprechen. Wir wollen ja mehrsprachiges Personal haben. Aber dann müssen die Angehörigen von Minderheiten auch von den Stellenangeboten erfahren. Das tun sie derzeit nicht. Derzeit sind sie im Prinzip ausgeschlossen. Das darf so nicht bleiben. Deswegen brauchen wir eine klare Anweisung, dass auch die Zeitung der dänischen Minderheit bei Annoncen des Landes Schleswig-Holstein zu berücksichtigen ist.

Das Thema Minderheiten und Medien ist sehr vielschichtig. Es gibt viele gute Beispiele, denen man folgen kann. Gerade hier sollte unser Anspruch sein, dass wir beispielgebend werden und hier in Schleswig-Holstein gute Minderheitenregelungen geschaffen werden, meine Damen und Herren.

Ich bin nicht bange, dass wir das hinbekommen. Wir müssen am Ball bleiben. Wir müssen versuchen, möglichst vielschichtig auf die zum Glück freien Medien in diesem Land einzuwirken. Aber wenn wir darüber reden - auch das ist für mich sehr wichtig -, dass Medien auch in den Minderheitensprachen berichten sollen, dann ist das kein Eingriff in die redaktionelle Freiheit. Die redaktionelle Frei-

(Lars Harms)

heit bezieht sich auf die Inhalte. Sie bezieht sich nicht auf das Transportmittel.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man darf gern frei berichten, aber eben nicht nur auf Deutsch, sondern auch auf Dänisch, auf Friesisch und Romanes, sofern die Sinti und Roma es wünschen; diese Einschränkung mache ich immer, weil es bisher nicht ihr Wunsch war. Aber in allen diesen Sprachen kann man die freie Medienvielfalt, die freie Berichterstattung ausleben. Wir wünschen uns, dass da noch mehr geschieht. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD hat nun der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Neufassung des NDR-Staatsvertrages bringt eine Reihe von Verbesserungen mit sich. Da ist zum einen die Begrenzung der Wiederwahl von Intendant und Gremienmitgliedern - das ist zu begrüßen -, damit sich personelle Strukturen nicht allzu lange verfestigen. Auch die Regelung, mehr Transparenz in die Sitzungen des Rundfunkrates zu bringen, ist ein Schritt nach vorn.

Dass manche Mitglieder des Rundfunkrates mit Tagegeldern dazu motiviert werden sollen, zu den Sitzungen auch zu erscheinen, mag gut gemeint sein, wirft aber ein schlechtes Licht auf diese Mitglieder, die ihrer Pflicht nicht nachkommen. Statt sie mit Tagegeldern anzulocken, sollte man ihr Fehlen vielmehr zum Anlass nehmen, sie durch andere Mitglieder zu ersetzen.

Überhaupt gäbe es bei der Zusammensetzung dieses Gremiums Handlungsbedarf. Warum sind zum Beispiel nur die Bauern aus Mecklenburg-Vorpommern vertreten und nicht die aus Schleswig-Holstein?

Was die Eignung für die Gremienarbeit betrifft, schafft der neue Staatsvertrag eine echte Verbesserung, indem er bei den Mitgliedern des Verwaltungsrates Anforderungen an deren fachliche Befähigung stellt, seien sie juristischer, journalistischer oder wirtschaftlicher Natur. Ganz im Gegensatz dazu stehen die Quotenregelungen hinsichtlich des Geschlechts, was nun wirklich nichts über die Qua-

lifikation für diese Art von Arbeit aussagt. Doch das sind dem Zeitgeist geschuldete Petitesse. Wahre Qualifikation setzt sich immer durch, unabhängig von jeder Zwangsquote.

Der wahre Sündenfall dieses neuen Staatsvertrages findet sich in § 38; denn es soll zum ersten Mal Sponsoring erlaubt werden. Bisher haben sich NDR und WDR dagegen ausgesprochen. Jetzt verliert zumindest der NDR seine weiße Weste. Als ob es nicht reichen würde, Hunderte von Millionen Euro durch Werbung einzunehmen. Zusätzlich zu den Milliarden Euro an Zwangsgebühren wirbt der NDR künftig noch mehr Geld aus dem Werbemarkt ab und entzieht sie somit dem privaten Wettbewerb. Das ist definitiv nicht in Ordnung, und deswegen werden wir den Staatsvertrag in dieser Form auch ablehnen.

Kommen wir zur Medienlandschaft in Schleswig-Holstein. Diese zeichnet sich leider nicht durch Vielfalt aus; das wurde gerade schon festgestellt. Im Pressebereich findet bundesweit eine rasante Konzentration statt, begleitet von einem dramatischen Zeitungssterben. Die Verlage sparen am Personal, legen Redaktionen zusammen und übernehmen Teile ihrer Blätter von zentralen Stellen, wie zum Beispiel dem RND.

Im Bericht heißt es zutreffend, dass auch im Radiobereich die lokale Berichterstattung zu kurz kommt. Das liegt zum einen an der schwierigen Finanzierung in kleinen Werbemärkten, zum anderen aber am veränderten Nutzungsverhalten, das immer stärker Richtung Internet abwandert. Trotz dieser richtigen Erkenntnis will die Landesregierung in der Förderung von lokalen und regionalen Angeboten einen sinnvollen Hebel für Vielfalt sehen. Gleichzeitig will sie dabei das verfassungsrechtliche Prinzip der Staatsferne einhalten. Wie das konkret geschehen soll, bleibt sehr unklar. Ich bin gespannt darauf, wie das dann in der Praxis aussehen soll.

Außerdem: Warum sollen Angebote mit Steuergeldern gefördert werden, die vom Publikum ganz offensichtlich nicht angenommen werden? Offene Kanäle, Bürgerradios, aber auch kommerzielle Lokalsender finden nicht genug Zuspruch. Das gilt es ganz nüchtern anzuerkennen. Aus unserer Sicht sollte sich der Staat, anstatt mit Steuergeldern alte Geschäftsmodelle am Leben zu halten, aus den Medien heraushalten, wenn ihm wirklich an einer vielfältigen Medienlandschaft gelegen ist. Auch Überlegungen, indirekt den Journalismus zu fördern, zum Beispiel über Stiftungen, wie es sich der DJV vorstellt, halten wir für abwegig und schließen uns

(Volker Schnurrbusch)

hier der klaren Ablehnung durch den Verlegerverband an.

(Unruhe - Glocke Präsidentin)

Ob die Vorschläge der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein praktikabel sind, sollten wir im Ausschuss ebenso diskutieren wie weitere Erkenntnisse - auch die, die Herr Rossa gerade vorgetragen hat - aus dem Bericht, für den wir der Staatskanzlei abschließend danken möchten. - Vielen Dank.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe somit die Beratung.

Es ist zu a) beantragt worden, den Gesetzentwurf, Drucksache 19/2816, dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? Das ist einstimmig so beschlossen.

Abstimmung zu b): Berichterstattung der Landesregierung, Drucksache 19/2650. Es ist ebenfalls beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/2650, dem Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich auch hier um das Handzeichen. - Es sieht so aus, als ob auch das einstimmig ist. Das ist somit so beschlossen.

Ich schließe die heutige Sitzung und unterbreche die Tagung bis morgen früh 10 Uhr. Schönen Feierabend!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:14 Uhr